

GESCHÄFTSBERICHT 2014

mit Wissensbilanz und Umwelterklärung
NACHHALTIGKEITSBERICHT 2014



2014

Unser gesetzlicher Auftrag

Bundesgesetz über die Oesterreichische Nationalbank

(Nationalbankgesetz 1984 – NBG)

BGBL. Nr. 50/1984 idgF

§ 2

(1) Die Oesterreichische Nationalbank ist eine Aktiengesellschaft. Sie ist die Zentralbank der Republik Österreich und als solche integraler Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB).

(2) Die Oesterreichische Nationalbank hat gemäß den Bestimmungen des AEUV [d. i. der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union], des ESZB/EZB-Statuts [d. i. die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank], der auf Grundlage dieser Bestimmungen erlassenen unmittelbar anwendbaren unionsrechtlichen Vorschriften sowie dieses Bundesgesetzes an der Erreichung der Ziele und der Vollziehung der Aufgaben des ESZB mitzuwirken. Im Rahmen des Unionsrechts [...] hat die Oesterreichische Nationalbank mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, das Ziel der Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ziels der Preisstabilität möglich ist, ist den volkswirtschaftlichen Anforderungen in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsentwicklung Rechnung zu tragen und die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union zu unterstützen.

(5) Bei Verfolgung der [...] genannten Ziele und Aufgaben hat die Oesterreichische Nationalbank [...] entsprechend den Leitlinien und Weisungen der EZB zu handeln; weder die Oesterreichische Nationalbank noch ein Mitglied ihrer Beschlussorgane darf hierbei Weisungen von Organen oder Einrichtungen der Europäischen Union, von Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder von anderen Stellen einholen oder entgegennehmen.

§ 44b

(1) Die Oesterreichische Nationalbank hat im öffentlichen Interesse das Vorliegen aller jener Umstände zu beobachten, die für die Sicherung der Finanzmarktstabilität in Österreich von Bedeutung sind.

§ 44c

Die Oesterreichische Nationalbank trägt unbeschadet § 44b im Inland zur Wahrung der Finanzmarktstabilität, Minderung der Systemgefährdung und Reduzierung des systemischen und prozyklisch wirkenden Risikos bei [...].

Unser Leitbild

Die Oesterreichische Nationalbank leistet einen unverzichtbaren Beitrag zu Preisstabilität und sicheren Finanzmärkten.

MISSION

- Die OeNB ist die unabhängige Zentralbank der Republik Österreich.
- Wir gewährleisten gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) und den anderen Zentralbanken des Euroraums die Stabilität des Euro und unterstützen damit eine gesunde Wirtschaftsentwicklung.
- Wir sichern zusammen mit der EZB und der österreichischen Finanzmarktaufsicht die Stabilität der Banken und der Finanzmärkte.
- Wir sorgen gemeinsam mit unseren Tochterunternehmen für sicheres Bargeld und einen funktionierenden Zahlungsverkehr.
- Wir veranlagen und verwalten die Währungs- und Goldreserven professionell im Sinne unseres Stabilitätsauftrags und versorgen die österreichischen Banken mit ausreichender Zentralbankliquidität.
- Wir bringen als zentrale wirtschaftspolitische Institution unsere volks- und finanzwirtschaftliche Expertise ein und geben Orientierung mittels hochwertiger und verlässlicher Statistiken.
- Wir unterstützen mit unserem Informations- und Bildungsangebot das bessere Verständnis von Wirtschaft und Finanzen.

WERTE

- Wir fühlen uns der europäischen Idee verpflichtet und unterstützen aktiv den europäischen Integrationsprozess.
- Wir sind uns der Verantwortung für Österreich und Europa bewusst und erfüllen unsere Aufgaben effektiv und effizient.
- Grundlage unseres Handelns sind fachliche und soziale Kompetenz, Nachvollziehbarkeit und verantwortungsbewusste Unternehmensführung.
- Wir begegnen neuen Entwicklungen offen und zukunftsorientiert.
- Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihr Wissen und ihr Engagement sind unser wichtigstes Kapital.
- Wir sind Chancengleichheit und Diversität verpflichtet und messen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie einen hohen Stellenwert zu.
- Unsere gesellschaftliche Verantwortung zeigt sich auch in unserem Engagement für Wissenschaft und Forschung, humanitäre Anliegen, Kunst und Kultur sowie für die Umwelt.

OESTERREICHISCHE NATIONALBANK



Die OeNB ist die unabhängige Zentralbank der Republik Österreich und leistet einen unverzichtbaren Beitrag zu Preisstabilität und sicheren Finanzmärkten.

Wir fühlen uns der europäischen Idee verpflichtet und unterstützen aktiv den europäischen Integrationsprozess.

Aus unserem Leitbild

Inhalt

Unser gesetzlicher Auftrag	2
Unser Leitbild	3
Inhalt	5
Vorwort des Präsidenten	6
Vorwort des Gouverneurs	7
Eigentümer und Organe	8
Organisation der OeNB	12
Geschäftsjahr 2014 im Überblick	14

Die OeNB im Dienste der Preis- und Finanzmarktstabilität

Sinkende Inflation und schleppende Wirtschaftserholung erfordern geldpolitische Maßnahmen im Euroraum	19
Wachstumsschwäche in Österreich setzt sich fort	27
Breit gestreute Mittelveranlagung reduziert Ertragsrisiken im aktuellen Niedrigzinsumfeld	37
Neue Aufsichtspolitik zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität	41
Weiterentwicklung des Statistikangebots im Einklang mit europäischen Vorgaben	55
Ausgabe der zweiten Euro-Banknotenserie und Vorbereitungen zu TARGET2-Securities schreiten voran	59
Direkte Beteiligungen der OeNB	64

Die OeNB – ein nachhaltiges Unternehmen

OeNB investiert in ihr intellektuelles Kapital und optimiert Prozessabläufe	67
OeNB im Dialog mit Bevölkerung und Wirtschaft	71
OeNB fördert Forschung, Wissenschaft, Kunst und Kultur	75
OeNB übernimmt Verantwortung für die Umwelt (Umwelterklärung 2014)	76
Beteiligungsspiegel	80

Jahresabschluss 2014	83
-----------------------------	-----------

Hinweise

Abkürzungen, Zeichenerklärung	122
Periodische Publikationen	123
Adressen	125
Impressum	126

Redaktionsschluss: 24. März 2015

Vorwort des Präsidenten



Die Sicherung von Preis- und Finanzmarktstabilität gestaltete sich für das Eurosystem und die OeNB im Jahr 2014 neuerlich schwierig. Das Umfeld mit schleppendem Wirtschaftswachstum und unerwünscht stark sinkender Inflation erforderte von der Geldpolitik zahlreiche Maßnahmen. Die Rücknahme der Zinsen auf historische Tiefststände (teilweise sogar negative Zinsen), Sonderregelungen bei der Liquiditätsversorgung sowie umfangreiche Ankaufprogramme von Vermögenswerten zeugen vom intensiven Einsatz der Zentralbanken im Eurosystem, um die Wirtschaft in Schwung zu bringen und stabile Preise zu gewährleisten.

Diese Aktivitäten sowie die neue europäische Aufsichtsarchitektur und diesbezüglich vorgelagerte umfangreiche Analysen der Bilanzen haben die mit Volkswirtschaft, Bankenaufsicht, Reservenveranlagung und Statistik befassten Abteilungen stark gefordert. Bei der Bankenunion konnten weitere Meilensteine erreicht werden. Der Einheitliche Aufsichtsmechanismus (SSM) trat in Kraft, ebenso wurden die gesetzlichen und institutionellen Weichen für den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus geschaffen. Fortschritte gab es auch bei der harmonisierten Einlagensicherung. Mit SEPA ist im Jahr 2014 der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum endgültig verwirklicht worden. Die Ausgabe weiterer neuer Euro-Banknoten der neuen Europa-Serie verlief reibungslos.

Mitte 2014 wurde das aus Unternehmenssicht wichtige Projekt „Optimierungsanalyse (OPAL)“ gestartet. Es hat zum Ziel, Aufgabenportfolio und Leistungsprozesse der OeNB zu optimieren, und wird bis Juni 2015 dauern. Der Hauptfokus liegt dabei auf einer nachhaltigen Reduktion der laufenden Kosten bei Personal- und Sachauf-

wand. Darüber hinaus werden in diesem Projekt auch Ideen für die Definition einer neuen und modernen Notenbank erarbeitet, um die OeNB optimal auf die Anforderungen der Zukunft vorzubereiten. Auf Basis von detaillierten Analyseergebnissen wurde mit 1. März 2015 eine neue Organisationsstruktur beschlossen und damit der Grundstein für weitere Optimierungen, Effizienzsteigerungen und Synergieeffekte geschaffen. Bis Ende 2018 sind zusätzliche Adaptierungen der Organisationsstruktur vorgesehen.

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und insbesondere des sehr niedrigen Zinsniveaus konnte die OeNB im Jahr 2014 wiederum ein beachtliches Betriebsergebnis erwirtschaften: Mit 811 Mio EUR wurde der Vorjahreswert um fast ein Viertel übertroffen. Nach der Zuführung zur Risikorückstellung in der Höhe von 325 Mio EUR und Abschreibungen auf Fremdwährungen und Wertpapiere von zusammen 145 Mio EUR beläuft sich das geschäftliche Ergebnis 2014 auf 341 Mio EUR – auch dieses lag um rund 40 Mio EUR über dem des Jahres 2013.

Mein Dank gilt dem Direktorium und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die heterogenen Aufgaben in den einzelnen Geschäftsbereichen mit großem Einsatz bewältigten und damit die Rolle der OeNB als wichtige wirtschafts- und finanzmarktpolitische Akteurin festigen.

Wien, im Mai 2015

Claus J. Raidl, Präsident

Vorwort des Gouverneurs

Im Jahr 2014 konnte der Euroraum die Rezession der Vorjahre zwar hinter sich lassen, allerdings erfüllten sich die Konjunkturerwartungen vom Jahresanfang nicht. So verzeichnete der Euroraum 2014 ein BIP-Wachstum von lediglich 0,9%, Österreich von nur 0,4%. Für die Jahre 2015 und 2016 zeichnet sich sowohl für den Euroraum wie auch für Österreich eine wirtschaftliche Erholung ab. Bereits zu Jahresbeginn 2014 betrug die HVPI-Inflationsraten im Euroraum weniger als 1% und lagen damit deutlich unter dem Preisstabilitätsziel von unter, aber nahe 2%. Zudem kam es infolge der drastisch sinkenden Ölpreise ab Mitte 2014 zu einem rapiden Rückgang der Inflationsrate. Um den Jahreswechsel 2014/15 fiel die Inflationsrate für den Euroraum sogar in den negativen Bereich.

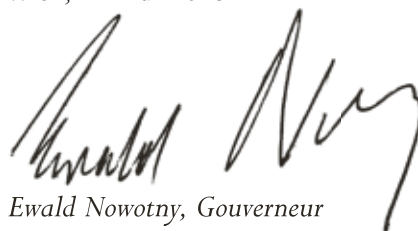
Die wirtschaftliche Situation sprach demnach für eine weitere Lockerung der gemeinsamen Geldpolitik. Dies wurde im Jahr 2014 und Anfang 2015 in einem großen Maßnahmenpaket umgesetzt. Dieses Paket besteht erstens aus neuen längerfristigen Refinanzierungsgeschäften, die an die Kreditvergabe der Banken gekoppelt sind. Zweitens kauft das Eurosystem seit Herbst 2014 gedeckte Schuldverschreibungen und Asset-Backed Securities. Schließlich werden ab März 2015 auch Staatsanleihen aus dem Euroraum sowie Anleihen von Emittenten mit Förderauftrag und von europäischen Institutionen angekauft. Diese flexible und aktive Geldpolitik des Eurosystems zielt auf eine weitere Lockerung der monetären und finanziellen Bedingungen für die Wirtschaft ab und stützt somit tendenziell die Investitionen und den Konsum. Ziel dieses Ankaufsprogramms ist es aber vor allem, dass das Eurosystem sein Mandat zur Gewährleistung von Preisstabilität erfüllt. Gerade in den nächsten Jahren werden aber – neben der Geldpolitik – auch andere Politikbereiche gefordert sein, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, um verstärktes Wachstum und einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen in Europa sicherzustellen.

Der Bereich Bankenaufsicht war 2014 – wie auch in früheren Jahren – besonders gefordert und wurde entsprechend organisatorisch und personell verstärkt. Mit 4. November 2014 trat im gesamten Euroraum der Einheitliche Aufsichtsmechanismus in Kraft, womit ein ganz wesentliches Element der europäischen Bankenunion Realität wurde. Seither ist die EZB für die Beaufsichtigung der als bedeutend eingestuften Banken des Euroraums direkt zuständig – für die österreichischen Banken in Zusammenarbeit mit der Finanzmarktaufsicht (FMA) und der OeNB.

Das Jahr 2014 war somit ein herausforderndes Jahr für die OeNB und ihre Belegschaft. Die laufenden Analysen zur Wirtschaftslage und zur Geldpolitik, die operative Umsetzung des geldpolitischen Maßnahmenpakets, die Mitwirkung an der neu geordneten Bankenaufsicht, aber auch weitere Tätigkeiten der OeNB, wie etwa die Implementierung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums sowie die Ausgabe weiterer neuer Euro-Banknoten erforderten ein hohes Maß an Expertise und Einsatzbereitschaft. Um für diesen Einsatz den bestmöglichen und kosteneffizientesten Rahmen zu schaffen, wurde mit dem Projekt „Optimierungsanalyse (OPAL)“ erstmals in der Geschichte der OeNB ein die gesamte Bank umfassendes Organisationsprojekt mit intensiver externer Beratung begonnen.

Ich danke dem Präsidium, dem Direktorium und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr hohes Engagement und ihre Professionalität bei der Erfüllung der vielfältigen Aufgaben, die die OeNB im Interesse der Bevölkerung unseres Landes zu erfüllen hat.

Wien, im Mai 2015



Ewald Nowotny, Gouverneur



Eigentümer und Organe

Eigentümer der OeNB

Die OeNB ist eine Aktiengesellschaft. Sie unterliegt im Vergleich zu anderen Aktiengesellschaften aber einer Reihe von besonderen, im Nationalbankgesetz 1984 (NBG) begründeten Regelungen, die sich aus ihrer besonderen Stellung als Zentralbank ergeben. Das Grundkapital von 12 Mio EUR steht seit Juli 2010 zur Gänze im Eigentum des Bundes.

Aufgaben des Generalrats

Der Generalrat ist das Aufsichtsorgan der OeNB und überwacht jene Geschäfte, die nicht in den Aufgabenbereich des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) fallen. Der Generalrat wird durch den Präsidenten einberufen, und zwar in der Regel einmal im Monat. Gemäß § 20 Abs. 2 NBG hat der Generalrat das Direktorium in Angelegenheiten der Geschäftsführung und der Währungspolitik zu beraten. Gemeinsame Sitzungen des Generalrats und des Direktoriums haben mindestens einmal im Vierteljahr stattzufinden. Für eine Reihe von Agenden der Geschäftsführung ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Dazu zählen die Neuaufnahme oder Auflassung von Geschäftszweigen, die Errichtung oder Auflassung von Zweiganstalten sowie der Erwerb oder die Veräußerung von Beteiligungen und Liegenschaften.

Des Weiteren ist die Zustimmung des Generalrats bei der Besetzung von Aufsichtsräten und des Managements von Unternehmen, an

denen die OeNB beteiligt ist, einzuholen. Auch bei der Ernennung der Funktionäre der zweiten Führungsebene der OeNB ist die Zustimmung des Generalrats erforderlich. Darüber hinaus sind die in § 21 Abs. 2 NBG genannten Angelegenheiten der Beschlussfassung durch den Generalrat vorbehalten, wie z. B. die Erstattung von unverbindlichen Dreivorschlägen an die Bundesregierung für die Ernennung der Mitglieder des Direktoriums durch den Bundespräsidenten, die Festlegung allgemeiner Grundsätze der Geschäftspolitik in Nicht-ESZB-Angelegenheiten und die Genehmigung des Jahresabschlusses zwecks Vorlage an die Generalversammlung sowie die Genehmigung der Plankostenrechnung und des Investitionsplans für das nächste Geschäftsjahr.

Zusammensetzung des Generalrats

Der Generalrat besteht aufgrund der NBG-Novelle 2011, BGBl. I Nr. 50/2011, aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und acht weiteren Mitgliedern, wobei aufgrund einer Übergangsregelung in dieser Gesetzesnovelle die ursprünglich gegebene Anzahl der Generalratsmitglieder (14) in zwei Schritten bis spätestens 31. Dezember 2015 auf zehn zu reduzieren war. Die Mitglieder müssen österreichische Staatsbürger sein. Sie werden von der Bundesregierung für die Dauer von fünf Jahren ernannt; eine Wiederernennung ist zulässig. Weitere Bestimmungen zum Generalrat finden sich in den §§ 20 bis 30 NBG.

Mit Stand 24. März 2015 umfasste der Generalrat der OeNB folgende Mitglieder:



Dkfm. Dr.
Claus J. Raidl
Präsident

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.9.2013 – 31.8.2018*



Mag. Max
Kothbauer
Vizepräsident

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.9.2013 – 31.8.2018*



Dipl.-Ing.
August Astl
*Generalsekretär der
Landwirtschaftskammer
Österreich*

*Aktuelle Funktionsperiode:
8.9.2013 – 7.9.2018*



Univ.-Prof. MMag. Dr.
Gottfried Haber
*Leiter Forschungsbereich Wirtschafts-,
Budget- und Finanzpolitik und Zen-
trum für Management im Gesundheits-
wesen der Donau-Universität Krems*
*Aktuelle Funktionsperiode:
23.5.2013 – 22.5.2018*



Dr. Erich Hampel
*Präsident der
UniCredit Bank Austria AG*

*Aktuelle Funktionsperiode:
23.5.2013 – 22.5.2018*



Mag. Anna Maria
Hochhauser
*Generalsekretärin der
Wirtschaftskammer Österreich*

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.3.2013 – 28.2.2018*



Mag. Werner Muhm
*Direktor der Kammer
für Arbeiter und
Angestellte für Wien*

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.3.2013 – 28.2.2018*



Dr. Gabriele Payr
*Konsultantin bei der
Wiener Stadtwerke
Holding AG*

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.8.2014 – 31.7.2019*



Mag. Dr. Walter
Rothensteiner
*Generaldirektor der
Raiffeisen Zentralbank
Österreich AG*

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.8.2014 – 31.7.2019*



Dr. Dwora Stein
*Bundesgeschäftsführerin der
Gewerkschaft der Privat-
angestellten, Druck,
Journalismus, Papier*

*Aktuelle Funktionsperiode:
1.9.2013 – 31.8.2018*

Gemäß § 22 Abs. 5 NBG wurden vom Zentralbetriebsrat zu den Sitzungen des Generalrats als Vertreter Robert Kocmich und als Stellvertreterin Mag. Birgit Sauerzopf entsendet.



Robert Kocmich
*Vorsitzender des
Zentralbetriebsrats*



Mag. Birgit Sauerzopf
*Stellvertretende Vorsitzende des
Zentralbetriebsrats*



Staatskommissär
Sektionschef
Mag. Harald Waiglein
*Leiter der Sektion für Wirtschafts-
politik und Finanzmärkte im
Bundesministerium für Finanzen*
*Aktuelle Funktionsperiode:
seit 1.7.2012*



Staatskommissär-Stellvertreter
Mag. Alfred Lejsek
*Gruppenleiter
Gruppe III/B Finanzmärkte im
Bundesministerium für Finanzen*

*Aktuelle Funktionsperiode:
seit 1.4.2011*

Personelle Veränderungen im Generalrat (vom 1. Jänner 2014 bis 23. März 2015)

Die Funktionsperiode von Frau Dkfm. Elisabeth Gürtler-Mauthner als Mitglied des Generalrats endete mit 27. Mai 2014. Das Mandat wurde nicht nachbesetzt.

Ebenfalls nicht nachbesetzt als Mitglied des Generalrats wurde Herr Dipl.-Ing. Johann Marihart, dessen Funktionsperiode per 31. Juli 2014 auslief.

In ihrer Sitzung vom 22. Juli 2014 hat die Bundesregierung beschlossen, das Mandat von Frau Dr. Gabriele Payr zu verlängern, und sie daher für eine neue Funktionsperiode, beginnend mit 1. August 2014, zum Mitglied des Generalrats ernannt.

Herr Mag. Dr. Walter Rothensteiner hat sein Mandat als von der Generalversammlung gewähltes Mitglied des Generalrats mit Wirkung vom 2. Juli 2014 zurückgelegt und wurde von der Bundesregierung in der Sitzung vom 22. Juli 2014 für eine Funktionsperiode, beginnend mit 1. August 2014, wieder zum Mitglied des Generalrats ernannt.

Durch die oben genannten Veränderungen ist die gemäß § 87 Z 9 NBG festgelegte stufenweise Reduktion auf zehn Mitglieder des Generalrats, inklusive Präsident und Vizepräsident, abgeschlossen.

Herr Mag. Ferdinand Mramor, stellvertretender Belegschaftsvertreter im Generalrat (§ 22 Abs. 5 NBG) hat per 1. März 2014 seine Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Zentralbetriebsrats zurückgelegt. Gemäß dem Beschluss des Zentralbetriebsrats vom 20. Februar 2014 wurde Frau Mag. Birgit Sauerzopf zur stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralbetriebsrats gewählt und als stellvertretende Belegschaftsvertreterin in den Generalrat entsandt.

Direktorium

Das Direktorium leitet den gesamten Dienstbetrieb und führt die Geschäfte der OeNB. Bei der Verfolgung der Ziele und Aufgaben des ESZB handelt das Direktorium entsprechend den Leitlinien und Weisungen der EZB. Das Direktorium führt die Geschäfte in der Weise, dass die OeNB in die Lage versetzt wird, die ihr auf Grundlage des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB/EZB-Satzung) erlassenen unmittelbar anwendbaren unionsrechtlichen Vorschriften und die sonst durch ein Bundesgesetz zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen.

Mit Stand 24. März 2015 umfasste das Direktorium der OeNB folgende Mitglieder:



*Von links: Direktor Mag. Dr. Peter Mooslechner; Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny;
Vize-Gouverneur Mag. Andreas Ittner; Direktor Mag. Dr. Kurt Pribil*

Für weitere Informationen zum Direktorium der OeNB siehe auch www.oenb.at.

Das Direktorium besteht aus dem Gouverneur, dem Vize-Gouverneur und zwei weiteren Mitgliedern. Alle Mitglieder des Direktoriums werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag der Bundesregierung ernannt. Die Ernennung erfolgt aufgrund der NBG-Novelle 2011 jeweils für die Dauer von sechs Jahren; eine Wieder-

ernennung ist zulässig. Der Gouverneur ist Mitglied des EZB-Rats und des Erweiterten Rats der EZB. Er und sein Vertreter sind bei Wahrnehmung dieser Funktionen weder an Beschlüsse des Direktoriums noch an solche des Generalrats gebunden und unterliegen auch sonst keinerlei Weisungen.

Organisation der OeNB

Präsident

Dkfm. Dr. Claus J. Raidl

Vizepräsident

Mag. Max Kothbauer

Direktorium

Ressort Notenbankpolitik

Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny

Referat Compliance

AL Mag. Eva Graf, LL.M.

Hauptabteilung

Öffentlichkeitsarbeit, Organisation und Personal

DHA Mag. Markus Arpa

Referat Protokoll Direktorium, Generalrat und Generalversammlung

SAD Dr. Brigitta Lidauer

Personalabteilung

AL DRR Hannes Brodtrager

Organisationsabteilung¹

AL Mag. Anna Cordt

Referat Pressestelle

AL Dr. Christian Gutleiderer

Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Finanzbildung

AL Maximilian Hiermann

Geldmuseum

AL DRR Mag. Günther Thonabauer

Hauptabteilung Volkswirtschaft

DHA Dr. Doris Ritzberger-Grünwald

Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen

AL DRR Mag. Dr. Ernest Gnan

Abteilung für volkswirtschaftliche Studien

AL Mag. Dr. Martin Summer

Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland

AL Dr. Helene Schubert

Ressort Finanzmarktstabilität, Bankenaufsicht und Statistik

Vize-Gouverneur Mag. Andreas Ittner

Innenrevision

AL DRR Mag. Dr. Axel Aspetsberger

Hauptabteilung

Europäische Großbankenaufsicht

DHA Mag. Dr. Karin Hrdlicka

Abteilung für Europäische Großbankenanalyse

AL Dipl.-Ing. Dr. Gabriela De Raaij

Abteilung für Europäische Großbankenrevision

AL Mag. Martin Hammer

Abteilung Europäische Aufsichtsgrundsätze und Strategie

AL Priv.-Doz. Mag. Dr. Markus Schwaiger

Hauptabteilung

Finanzmarktstabilität und Bankenprüfung

DHA Mag. Philip Reading

Abteilung für Bankenanalyse

AL Mag. Dr. Georg Hubmer

Abteilung für Bankenrevision

AL DRR Mag. Dr. Roland Pipelka

Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht

AL DRR Dr. Michael Würz

Hauptabteilung Statistik

DHA Mag. Dr. Johannes Turner

Referat für spezifische Bankenabwicklungsthemen

N.N.

Abteilung Statistik – Informationssysteme und Datenmanagement

AL DRR Eva-Maria Springauf

Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken

AL Dr. Michael Pfeiffer

Abteilung Statistik – Aufsicht Modelle und Bonitätsanalysen

AL Priv.-Doz. Mag. Dr. Gerhard Winkler

AD *Advisor*
AL *Abteilungsleiter*
DHA *Direktor der Hauptabteilung*
DRR *Direktionsrat*
DZA *Direktor und Leiter der Zweiganstalt*
SAD *Senior Advisor*
STAL *Stellvertretender Abteilungsleiter*

Ressort Zahlungsverkehr, Informationsverarbeitung und Infrastruktur

Direktor Mag. Dr. Kurt Pribil

Referat Risikoüberwachung Treasury

AL Mag. Wolfgang Haunold, MA

Referat Beteiligungsverwaltung und Gesellschaftsrecht

AL Dr. Christa Mölzer-Hellsberg

Zweiganstalt Österreich Nord

DZA Josef Kienbauer

Zweiganstalt Österreich Süd

DZA Claudia Macheiner

Zweiganstalt Österreich West

DZA Mag. (FH) Armin Schneider

Hauptabteilung Beteiligungen, Zahlungsverkehr und Interne Dienste

DHA Dr. Stefan Augustin

Abteilung Beteiligungs- und Zahlungsverkehrssteuerung

AL Mag. Doris Schneeberger

Banknoten- und Münzenkasse

AL Kassendirektor Mag. Dr. Gerhard Schulz

Zahlungsverkehrsabteilung

AL DRR Mag. Katharina Selzer-Haas

Abteilung für Sicherheitsangelegenheiten

AL DRR Gerhard Valenta

Abteilung für Einkauf, Technik und Service

AL Mag. Thomas Reindl

Hauptabteilung Informationstechnologie und Kundenservice

DHA Christoph Martinek

Referat IT Strategie, Architektur und Sicherheit

N.N.

Abteilung IT-Development

AL Dipl.-Ing. Dieter Gally

Abteilung IT-Operations

AL DRR Ing. Peter Deixelberger

Abteilung Informationsmanagement und -services

AL Mag. Bernhard Urban

Ressort Finanzmärkte, Internationale Beziehungen und Rechnungswesen

Direktor Mag. Dr. Peter Mooslechner

Abteilung Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen

AL Mag. Franz Nauschnigg

Repräsentanz Brüssel

AD Mag. Carmencita Nader-Uher, MBA

Rechtsabteilung

AL Dr. Matthias Schroth, LL.M.

Hauptabteilung Treasury

DHA Mag. Franz Partsch

Treasury – Back Office

AL Mag. Reinhard Beck

Abteilung für Treasury – Strategie

AL Mag. Robert Reinwald

Treasury – Front Office

AL Mag. Peter Sixt

Repräsentanz New York

AL DRR Mag. Gerald Fiala

Hauptabteilung Rechnungswesen und Controlling

DHA Friedrich Karrer

Abteilung Bilanzierung und Steuerangelegenheiten

AL DRR Elisabeth Trost

Abteilung Zentralbuchhaltung und Werterevision

AL Josef Steininger

Abteilung für Planung und Controlling

AL Mag. Rudolf Butta

¹ Umweltbeauftragter Mag. Martin Much, MSc
Stand per 24. März 2015

Geschäftsjahr 2014 im Überblick

Eurosystem geht neue Wege in Geldpolitik und Finanzmarktaufsicht

Auch wenn der Euroraum im Jahr 2014 die Rezession der Vorjahre hinter sich lassen konnte, erfüllten sich die Konjunkturerwartungen vom Jahresanfang nicht. Die Wirtschaftsleistung des Euroraums wuchs im Gesamtjahr 2014 nur um 0,9%, jene Österreichs nur um 0,4%. Gleichzeitig reduzierte sich die Inflationsrate aufgrund sinkender Rohöl- und Nahrungsmittelpreise ab Mitte 2014 rapide und fiel im Euroraum um den Jahreswechsel 2014/15 in den negativen Bereich. Zeitverzögert folgten auch die Inflationserwartungen dem Abwärtstrend. Die Geldpolitik reagierte mit neuerlichen Zinssenkungen, mit einem umfangreichen Ankaufprogramm für Vermögenswerte und stellte dem Bankensektor wieder langfristige Liquidität zur Verfügung, um die Versorgung der Realwirtschaft mit Krediten zu unterstützen.

Neue Aufsichtspolitik zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität

Das schwierige makrofinanzielle Umfeld sowie ein erhöhter Risikovorsorge- und Abschreibungsbedarf schwächten die Profitabilität der österreichischen Banken. Die Aktivitäten der österreichischen Tochterbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa lieferten nach wie vor einen wesentlichen Gewinnbeitrag, wenngleich dieser im Berichtsjahr rückläufig war. Die Ka-

pitalisierung der österreichischen Banken blieb trotz Verbesserungen verhältnismäßig schwach. Dies wurde auch durch die umfassende Bewertung (Comprehensive Assessment) ausgewählter Euroraum-Banken durch die EZB bestätigt. Diese wurde durchgeführt, bevor die EZB mit 4. November 2014 die Aufsichtsverantwortung über diese Banken übernahm. Die Etablierung des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) soll einen Beitrag zur Sicherheit und Zuverlässigkeit des europäischen Bankensystems leisten. Die makroprudenzielle Aufsicht mit dem Ziel, strukturelle und zyklische Systemrisiken frühzeitig zu identifizieren und ihnen entgegenzusteuern, soll das Bankensystem krisenresistenter machen und somit die gesellschaftlichen Kosten minimieren. In Österreich stärkt das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) die Zusammenarbeit in makroprudenziellen Fragen.

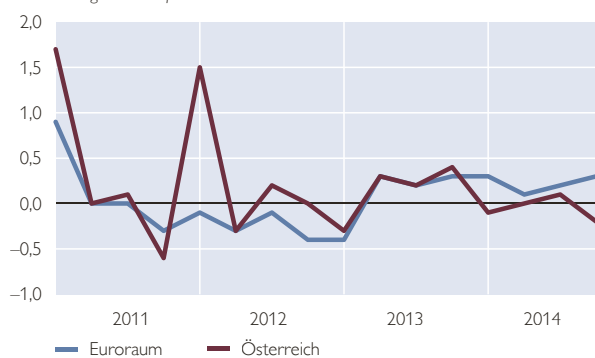
OeNB unterzieht sich einer Optimierungsanalyse

Die neue europäische Aufsichtsarchitektur, aber auch die jüngsten geldpolitischen Entscheidungen haben weitreichende Konsequenzen für viele Bereiche der OeNB. Inhaltlich waren insbesondere die mit Volkswirtschaft, Bankenaufsicht, Reservenveranlagung und Statistik befassten Abteilungen betroffen. Die Neuerungen stellten aber auch die Bereiche Kommunikation und Personalwesen vor neue

Grafik 1

Reales BIP

Veränderung zum Vorquartal in %

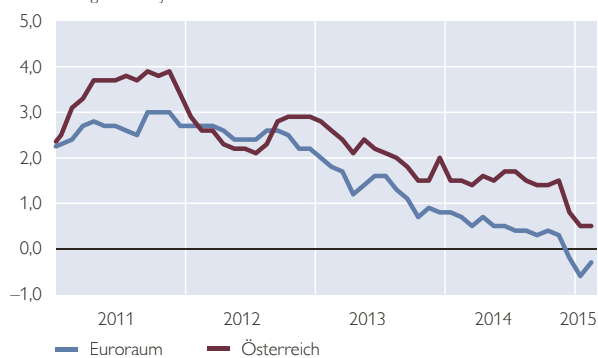


Quelle: Eurostat.

Grafik 2

HVPI-Inflationsrate

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: Eurostat.

Herausforderungen. Die OeNB hat in den letzten Jahren laufend notwendige innerbetriebliche Reformen umgesetzt. So wurde Anfang 2015 das Sonderpensionenbegrenzungsgesetz vollinhaltlich umgesetzt. Eine im Jahr 2014 von der OeNB in Auftrag gegebene Optimierungsanalyse (OPAL) untersuchte die Aufgabenportfolios und Leistungsprozesse der OeNB, um sie optimal auf die Anforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Geschäftliches Ergebnis der OeNB beläuft sich auf 341 Mio EUR

Das von der OeNB im Jahr 2014 erwirtschaftete Ergebnis ist gegenüber dem Vorjahr um fast ein Viertel auf 811 Mio EUR gestiegen.

Nach der Zuführung zur Risikorückstellung in Höhe von 325 Mio EUR und Abschreibungen auf Fremdwährungen und Wertpapiere von zusammen 145 Mio EUR, beläuft sich das geschäftliche Ergebnis 2014 auf 341 Mio EUR. Davon entfallen auf die Körperschaftsteuer 85 Mio EUR und auf den 90-prozentigen Gewinnanteil des Bundes gemäß NBG 230 Mio EUR. Der Bilanzgewinn 2014 wird mit 26 Mio EUR ausgewiesen. Die Nettowährungsposition der OeNB erhöhte sich auf 18,5 Mrd EUR. Dabei wirkten sich aus der Bewertung des Goldes buchmäßige Kursgewinne, die GuV-neutral verrechnet wurden, mit 1,0 Mrd EUR aus. Von der Nettowährungsposition entfallen 8,9 Mrd EUR auf Goldbestände.

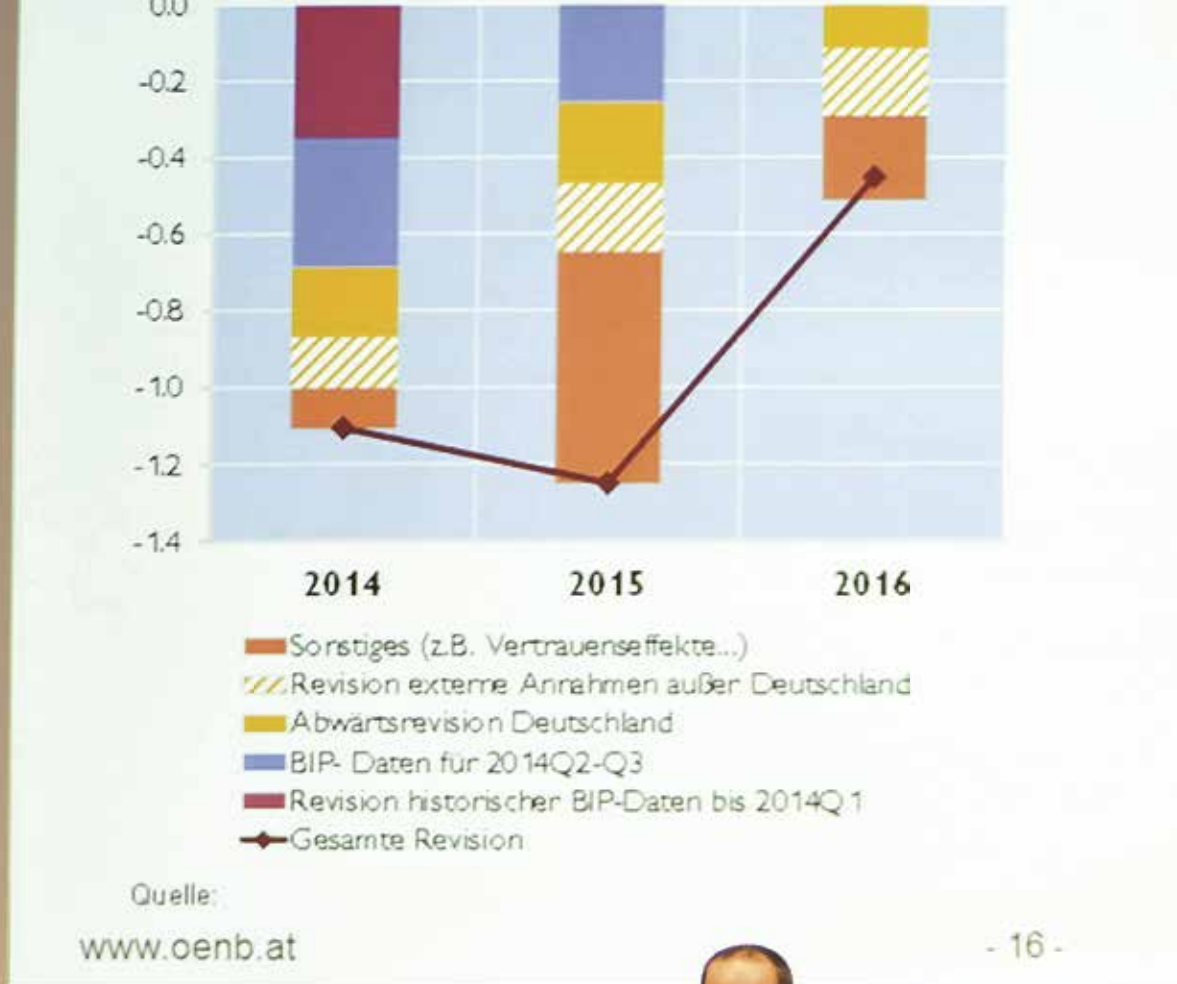
Tabelle 1

Ausgewählte Unternehmenskennzahlen der OeNB

	2013	2014
<i>in Mio EUR (Stand 31. Dezember)</i>		
Nettowährungsposition	13.430	18.531
Banknotenumlauf	24.497	26.237
Bilanzsumme	97.485	92.827
Erwirtschaftetes Ergebnis	662	811
Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen und Veränderung der Risikorückstellung und der Rückstellung für geldpolitische Operationen des Eurosystems	-364	-470
Geschäftliches Ergebnis	298	341
Körperschaftsteuer	75	85
Gewinnanteil des Bundes	181	230
Bilanzgewinn	20	26
<i>absolut bzw. in %</i>		
Personalstand (in Ressourcen)	1.089,1	1.084,0
Personal mit akademischer Ausbildung, in %	54,1	56,4
Frauenanteil am Personalstand	39	39
Frauenanteil in Führungskarriere	25	26
Auskünfte der OeNB-Hotlines	27.235	25.212
Bargeldschulungen (inkl. Euro-Shop-Tour), Personen	17.342	14.192
Stromverbrauch in MWh/Person	7,5	6,1

Quelle: OeNB.

Die OeNB im Dienste der Preis- und Finanzmarktstabilität



Wir gewährleisten gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) und den anderen Zentralbanken des Euroraums die Stabilität des Euro und unterstützen damit eine gesunde Wirtschaftsentwicklung.

Sinkende Inflation und schleppende Wirtschaftserholung erfordern geldpolitische Maßnahmen im Euroraum

Geldpolitische Ausrichtung zunehmend expansiv

Die Weltwirtschaft wuchs im Jahr 2014 – wie schon in den beiden Jahren zuvor – nur moderat. Die Erholung nach der großen Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 kam in den Jahren 2012 bis 2014 nicht richtig voran. Zunächst (2012 und 2013) schlitterten einige Industrieländer – allen voran europäische Staaten – aufgrund der Staatsschuldenkrise im Euroraum und verstärkt durch eine restriktive Fiskalpolitik in eine Rezession. Dann lasteten ungünstige Finanzierungsbedingungen und strukturelle Probleme auf manchen aufstrebenden Marktwirtschaften. Insgesamt wuchs die Weltwirtschaft in den Jahren 2012 bis 2014 nur um etwas mehr als 3% pro Jahr.

Euroraum überwindet Rezession, erholt sich aber langsam und schwach

Die globale Nachfrage wirkte sich im Jahr 2014 für den Euroraum kaum wachstumsfördernd aus. Die Wirtschaftsentwicklung war daher auf die Binnennachfrage angewiesen, die jedoch durch den anhaltenden Schuldenabbau und die hohe Arbeitslosigkeit gedämpft wurde. Aufgrund der freien Produktionskapazitäten bestand zudem kein Anreiz, diese auszuweiten, sodass auch Investitionen ausblieben. Zusätzlich wurde die Ausgabenfreudigkeit durch geopolitische Spannungen, allen voran jene zwischen

der Ukraine und Russland, gedämpft. Diese trugen zur allgemeinen Verunsicherung hinsichtlich der Wachstumsaussichten bei.

Die Wirtschaft des Euroraums konnte im Jahr 2014 mit einem BIP-Wachstum von 0,9% die Rezession der Vorjahre hinter sich lassen. Sie erholte sich jedoch deutlich langsamer als erwartet. Die HVPI-Inflationsraten betragen zu Jahresbeginn 2014 weniger als 1% und lagen damit deutlich unter dem Preisstabilitätsziel von unter, aber nahe 2%. Zudem wiesen die Inflationsraten einen Abwärtstrend auf und lagen beständig unter den Prognosen. Das von Banken an den Privatsektor vergebene Kreditvolumen ging weiter zurück, wodurch insbesondere die Unternehmenskredite betroffen waren. Vor dem Hintergrund all dieser Umstände sowie einer nach wie vor beeinträchtigten geldpolitischen Transmission sprach die wirtschaftliche Situation für eine weitere Lockerung der Geldpolitik.

Rückgang der Überschussliquidität im Bankensystem lässt Geldmarktzinsen steigen

Im Gegensatz zu diesem Befund wies der EONIA (Euro OverNight Index Average) – jener kurzfristige Geldmarktzins, den die Geldpolitik des Eurosystems steuert – in der ersten Jahreshälfte 2014 eine Aufwärtstendenz auf, die auf einen Rückgang der Überschussliquidität im Bankensystem zurückzuführen war. Die Steuerung des EONIA durch die Geldpolitik basiert auf zwei Elementen: Erstens bieten die geldpolitischen Leitzinsen dem EONIA einen Korridor, innerhalb dessen er sich bewegt. Zweitens bestimmt die Menge an Zentralbankliquidität die Position des EONIA innerhalb dieses Korridors. In den Jahren 2012 und 2013 fragte das Bankensystem des Euroraums viel Zentralbankliquidität nach.

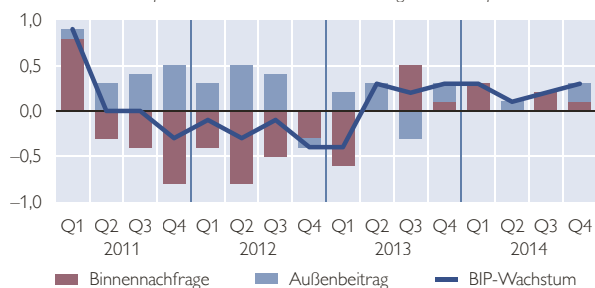
Überschussliquidität

Im Bankensystem befindliche Zentralbankliquidität, die über die Nachfrage – gegeben durch die Mindestreservspflicht und autonome Faktoren wie den Bargeldumlauf – hinausgeht. Mit zunehmender Überschussliquidität nähert sich der EONIA der Untergrenze des durch die geldpolitischen Leitzinsen vorgegebenen Korridors an.

Grafik 3

Wachstum des realen BIP im Euroraum

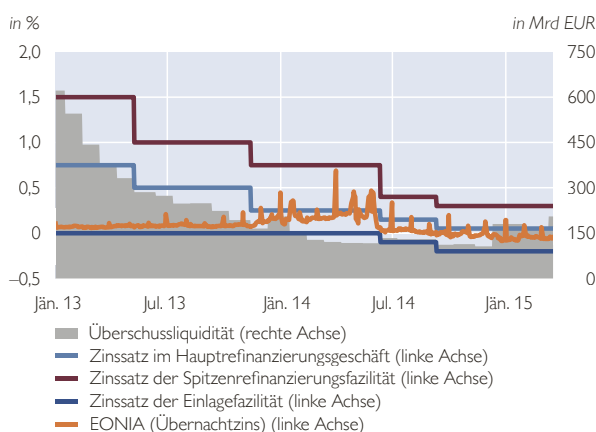
Wachstum zum Vorquartal in % bzw. Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

Grafik 4

Überschussliquidität und EONIA im Korridor



Quelle: EZB, Thomson Reuters.

Durch die hohe Überschussliquidität orientierte sich der EONIA an der Untergrenze des Korridors, nämlich am Zinssatz der Einlagefazilität. Mit der Rückkehr des Vertrauens nach den Turbulenzen der Staatsschuldenkrise ging der Bedarf an Zentralbankliquidität zurück und die Überschussliquidität nahm ebenfalls ab. Folglich bewegte sich der EONIA weg vom Zinssatz der Einlagefazilität in Richtung Mitte des Korridors – eine Entwicklung, die von der Geldpolitik nicht erwünscht war.

Geldpolitisches Maßnahmenpaket zur weiteren Lockerung der Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte

Mit dem geldpolitischen Maßnahmenpaket, das zwischen Juni und Oktober 2014 geschnürt wurde, sollte erstens das geldpolitische Zinsniveau weiter gesenkt werden. Zweitens musste dafür gesorgt werden, dass die niedrigen Zinsen auch tatsächlich bei den Haushalten und Unternehmen im gesamten Euroraum ankommen. Die beschlossenen Maßnahmen tragen dem Umstand Rechnung, dass die Finanzierung von Haushalten und Unternehmen (insbesondere von Klein- und Mittelbetrieben) in Europa hauptsächlich vom Bankensektor bereitgestellt wird. Wichtige Ziele dieses Pakets sind demnach erstens die Senkung der Finanzierungskosten, insbesondere in Regionen mit überdurchschnittlich hohen Kreditzinsen, und zweitens, dass Banken in die Lage versetzt werden, Haushalten und Unternehmen ausreichend Kredite zur Verfügung stellen zu können. Die gedämpfte Kreditentwicklung war ein Teil der Erklärung der schwachen konjunkturellen Erholung im Euroraum und musste folglich angekurbelt werden.

Der EZB-Rat senkte die geldpolitischen Leitzinsen in zwei Schritten (im Juni und im September 2014) und brachte damit das Zinsniveau an seine effektive Untergrenze. Mit

Kasten 1

Änderung des Abstimmungsmodus im EZB-Rat

Der EZB-Rat, das zentrale Beschlussgremium für die Geldpolitik des Eurosystems, besteht aus den sechs Mitgliedern des EZB-Direktoriums und allen Gouverneuren der am Euro teilnehmenden nationalen Zentralbanken. Der Gouverneur der OeNB ist damit in diesem Gremium in sämtliche geldpolitische Entscheidungen involviert. Wie seine Kollegen vertritt er dort jedoch nicht sein eigenes Land, sondern entscheidet als unabhängiger Experte im Interesse des gesamten Währungsraums.

Um die Handlungsfähigkeit des EZB-Rats trotz steigender Mitgliederzahl zu bewahren, wurde im Jahr 2002 eine Rotation der Stimmrechte im EZB-Rat vereinbart, sobald die Anzahl der Euroraum-Länder 18 übersteigt. Am 1. Jänner 2015 führte Litauen als 19. Land den Euro ein, und somit trat das Rotationsprinzip in Kraft.

Während sich nun die fünf wirtschaftsstärksten Staaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und die Niederlande) vier Stimmrechte teilen, teilt sich der Gouverneur der OeNB als österreichischer Vertreter im EZB-Rat mit den derzeit 13 anderen Gouverneuren aus den restlichen Euro-Ländern elf Stimmrechte in einem fixierten Rotationsverfahren. Konkret bedeutet das, dass er im Jahr 2015 im Juli, August und September zwar an den Sitzungen des EZB-Rats teilnehmen und mitdiskutieren, aber kein Stimmrecht haben wird. Die sechs Mitglieder des EZB-Direktoriums behalten dauerhaft ihr Stimmrecht.

einem Zinssatz von 0,05% im Hauptrefinanzierungsgeschäft und –0,2% in der Einlagefazität ist die Nullzinsgrenze erreicht bzw. unterschritten. Die Leitzinssenkungen führten zu einer unmittelbaren Reduktion der Geldmarktzinsen (Grafik 4). Der EONIA, der zu Jahresbeginn 2014 um 0,2% schwankte, sank gegen Jahresende auf knapp unter 0,0% und konnte somit unter das Niveau von 2013 gesenkt werden – sein Aufwärtstrend war gestoppt. Die Geldmarktzinsen mit längeren Laufzeiten verzeichneten ebenfalls deutliche Rückgänge. So verringerte sich z. B. der Drei-Monats-EURIBOR von 0,3% zu Jahresbeginn 2014 auf etwas unter 0,1% gegen Jahresende 2014, was nicht nur die Refinanzierungskosten der Banken direkt drückte, sondern auch vielfach dämpfend auf die Kreditkosten von Haushalten und Unternehmen wirkte, da diese sich oftmals am Drei-Monats-EURIBOR orientieren.

EZB-Rat stellt wieder vermehrt Zentralbankliquidität zur Verfügung

Um die Geldmarktzinsen zu senken, beschloss der EZB-Rat nicht nur Leitzinssenkungen, sondern auch einige Maßnahmen, die dem Bankensektor wieder mehr Zentralbankliquidität zur Verfügung stellen sollten. Erstens wurden

die Feinsteuerungsgeschäfte zur Sterilisation der durch das Programm für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme – SMP) zugeführten Liquidität ausgesetzt: Im Rahmen dieses Programms wurden in den Jahren 2010 bis 2012 europäische Staatsanleihen angekauft. Der dadurch entstehende liquiditätszuführende Effekt wurde jedoch mithilfe einer verzinnten Einlagemöglichkeit sterilisiert. Durch den Wegfall der Feinsteuerungsgeschäfte stieg die Überschussliquidität im Ausmaß des SMP-Portfolios, das in der zweiten Jahreshälfte 2014 ein Volumen von rund 150 Mrd EUR hatte.

Zweitens wurde die seit dem Jahr 2008 geltende Zuteilungsstrategie bei Tendergeschäften, nämlich dass die Nachfrage der Banken nach Zentralbankliquidität in vollem Ausmaß befriedigt wird, bis Ende 2016 verlängert. Drittens wurde beschlossen, dass der erweiterte Katalog an für geldpolitische Geschäfte zugelassenen Sicherheiten noch bis mindestens September 2018 gilt. Das betrifft insbesondere die Möglichkeit der Hereinnahme zusätzlicher Kreditforderungen (Additional Credit Claims). Diese Maßnahme erleichtert den Banken die Aufnahme von Zentralbankkrediten.

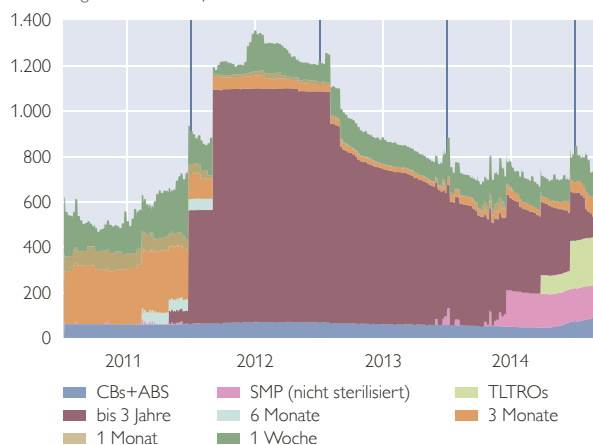
Gezielte längerfristige Liquiditätsgeschäfte zur Ankurbelung der Kreditvergabe an den privaten Sektor

Weiters beschloss der EZB-Rat im Juni 2014 eine Reihe von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (Targeted Longer-Term Refinancing Operations – TLTROs), um die Kreditvergabe an den privaten Sektor anzukurbeln. Im Rahmen der TLTROs wird den Banken Zentralbankliquidität für eine maximale Laufzeit von vier Jahren angeboten, wobei die Banken in den ersten beiden Geschäften, die im September und Dezember 2014 abgewickelt wurden, maximal 7% ihres Kreditportfolios – bestehend aus Krediten an den nichtfinanziellen Privatsektor ohne Wohnbaukredite – unter gleichzeitiger Hinterlegung von Sicherheiten ausleihen durften. Für beide TLTROs im Jahr 2014 gilt ein Fixzins von 0,15%, der sich aus dem geltenden Zinssatz im Hauptrefinanzierungsgeschäft plus einem Aufschlag von 10 Ba-

Grafik 5

Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit und Geschäft, in Mrd EUR



Quelle: EZB, eigene Berechnungen.

sispunkten ergibt. Im Rahmen dieser ersten beiden TLTROs fragten die Banken im Euroraum insgesamt 212 Mrd EUR nach.

Von März 2015 bis Juni 2016 werden vierjährlich sechs weitere Geschäfte folgen, bei denen die Banken in Abhängigkeit von der Entwicklung ihrer Kreditvergabe zusätzliche Li-

TLTROs

steht für Targeted Longer-Term Refinancing Operations bzw. gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte. Im Rahmen von insgesamt acht Geschäften, die im Zeitraum von 2014 bis 2016 abgewickelt werden, wird den Banken für eine maximale Laufzeit von vier Jahren (bis September 2018) Zentralbankliquidität zu einem günstigen Fixzins angeboten. Diese Mittel sollen von den Banken zur Kreditvergabe an den privaten Sektor verwendet werden.

Covered Bonds (CBs)

sind gedeckte Schuldverschreibungen und werden hauptsächlich von Banken zur Aufnahme von Finanzmitteln verwendet. Dem Anleger bieten sie einen doppelten Ausfallschutz. Zum einen haftet das ausgebende Finanzinstitut und zum anderen sind die Gläubiger durch den Bestand an Sicherheiten, auf den sie bevorrechtigt zugreifen können, geschützt. Diese Sicherheiten bestehen häufig aus Hypotheken. Eine wichtige Form von CBs sind Pfandbriefe.

Asset-Backed Securities (ABS)

sind forderungsbesicherte Wertpapiere den Covered Bonds ähnlich. Jedoch sind die Gläubiger nur durch die Besicherung (oftmals ein Kreditbündel) geschützt und nicht durch die Haftung durch das ausgebende Finanzinstitut. Forderungsverkäufer sind in solchen Transaktionen in der Regel Banken, die derart Teile ihrer Kredite handelbar machen, um sich zu refinanzieren.

Eurosystem startet neue Ankaufprogramme

Schließlich kam der EZB-Rat im September 2014 überein, zusätzlich zwei Ankaufprogramme – nämlich das Programm zum Ankauf von Asset-Backed Securities (Asset-Backed Securities Purchase Programme – ABSPP) sowie das dritte Ankaufprogramm für gedeckte Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme – CBPP3) – zu starten. Im

quidität beziehen können. Für diese TLTROs gilt ebenfalls ein Fixzins über die gesamte Laufzeit bis September 2018, der dem Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte zum Zeitpunkt der Aufnahme entsprechen wird.

Alle TLTROs sind jedoch an die Bedingung geknüpft, dass die dadurch erworbenen finanziellen Mittel von den Banken für die Kreditvergabe an den nichtfinanziellen Privatsektor (ohne Wohnbaukredite) verwendet werden. Aus diesem Grund wird die Kreditvergabe der teilnehmenden Banken kontrolliert. Sollte sich ihre Kreditvergabe nicht entsprechend den Vorgaben entwickeln, müssen sie die TLTROs bereits zwei Jahre vor dem Laufzeitende (also 2016) zurückzahlen.

Rahmen des ABSPP kauft das Eurosystem ein breites Portfolio an einfachen und transparenten ABS, die aus Forderungen gegenüber dem nichtfinanziellen privaten Sektor im Euroraum bestehen. Im Rahmen des CBPP3 wird ein breites Portfolio an in Euro denominierten gedeckten Schuldverschreibungen gekauft, die von im Euroraum ansässigen Banken begeben wurden. Beide Programme richten sich an Marktsegmente, die für die Finanzierung der Realwirtschaft wichtig sind, und haben die Belebung der Kreditvergabe der Banken im Euroraum zum Ziel. Mit 20. Oktober 2014 startete das Eurosystem die Ankäufe im Rahmen des CBPP3 und am 21. November 2014 jene der ABS. Bis zum Stichtag 20. März 2015 wurden Anleihen im Ausmaß von 64 Mrd EUR erworben.

Das beschriebene geldpolitische Maßnahmenpaket aus TLTROs, CBPP3 und ABSPP führt zu einer Zunahme der Überschussliquidität und damit zu einer Ausdehnung der Zentralbankbilanz, die sich in Grafik 5 bereits zu Jahresende 2014 abzeichnete und die sich in den kommenden Jahren fortsetzen wird. Der EZB-Rat strebt mit diesen Maßnahmen eine Ausdehnung der Zentralbankbilanz in etwa auf das Niveau von Anfang 2012 an.

Renditen auf europäische Staatsanleihen setzen Abwärtstrend fort

Durch die expansive Ausrichtung der Geldpolitik und die klare Kommunikation, dass der expansive Kurs auch in den kommenden Jahren aufrechterhalten wird (Forward Guidance), aber auch durch die schwachen Wachstums- und Inflationserwartungen für den Euroraum gingen die Renditen von Staatsanleihen weiter zurück. Die Renditen von mit AAA bewerteten Euroraum-Staatsanleihen sanken von rund 2% zu Jahresbeginn 2014 auf unter 1% zum Jahresende. Zur Abnahme des langfristigen Zinsniveaus in den Kernländern des Euroraums trugen auch Kapitalströme in sichere Anlageformen bei.

Vom signifikanten Renditerückgang profitierten nicht nur die Kernländer des Euro-

raums, sondern auch Euro-Länder, die sich in einer angespannten Lage befanden. Eine – durch das allgemeine Niedrigzinsumfeld ausgelöste – „Suche nach Rendite“ ließ die Risikoprämien innerhalb des Euroraums deutlich zurückgehen. Insgesamt spiegelte sich die expansive Geldpolitik also nicht nur in historisch niedrigen Geldmarktzinsen wider, vielmehr erreichten auch die langfristigen Renditen historische Tiefstwerte.

Inflationsraten sinken im Jahresverlauf deutlich und lösen Besorgnis über abnehmende Inflationserwartungen aus

Trotz der seit Jahren expansiven geldpolitischen Ausrichtung folgte die HVPI-Inflationsrate im Euroraum seit 2011 einem deutlichen Abwärtstrend, der sich auch im Jahr 2014 fortsetzte. Einerseits war die Abnahme der Inflationsraten stark durch eine globale Entwicklung der Energie- und Nahrungsmittelpreise geprägt. Andererseits wertete der Euro zwischen Mitte 2012 und Anfang 2014 deutlich gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner auf, was die Preise importierter Güter dämpfte und damit ebenfalls

zur Abnahme der Verbraucherpreisinflation beitrug.

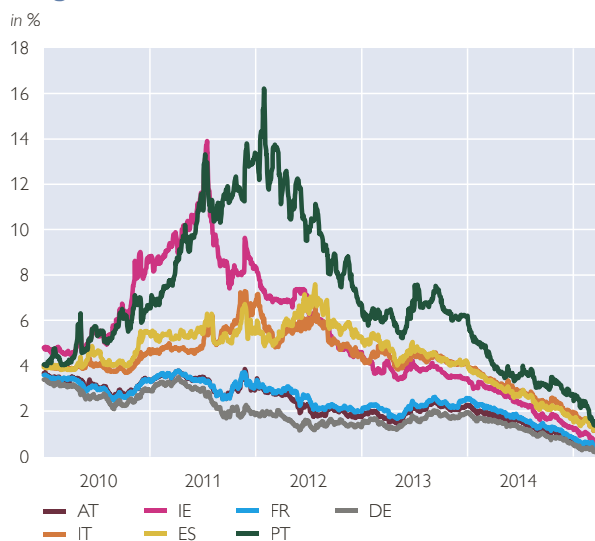
Während die Inflationsrate zu Jahresbeginn 2014 noch knapp unter 1% lag, nahm sie im Jahresverlauf weiter bis auf –0,2% zum Jahresende 2014 ab und sank im Februar 2015 auf –0,3%. Der Rückgang fiel deutlich stärker aus als in den Prognosen erwartet. Dazu trug vor allem der dramatische Ölpreisverfall ab Jahresmitte 2014 bei. In US-Dollar ausgedrückt fielen die Ölpreise im Jahresverlauf 2014 um rund 50%. Da der Euro in der zweiten Jahreshälfte 2014 gegenüber dem US-Dollar abwertete, war der Ölpreisverfall in Euro mit rund 40% etwas geringer.

Im Durchschnitt lag die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2014 bei 0,4%. Im Vergleich dazu entwickelte sich die Kerninflationsrate relativ stabil. Sie lag mit 0,8% im Jahresdurchschnitt zwar aufgrund der schwachen Binnennachfrage ebenfalls auf niedrigem Niveau, wies aber eine schwächere Abwärtstendenz auf.

Niedrige Inflationsraten, die über einen längeren Zeitraum anhalten, können dazu führen, dass sich die Inflationserwartungen von der EZB-Definition der Preisstabilität von unter, aber nahe 2% wegbewegen. Erste Hinweise darauf lieferte die Abnahme marktbasierter Messgrößen der Inflationserwartungen. So

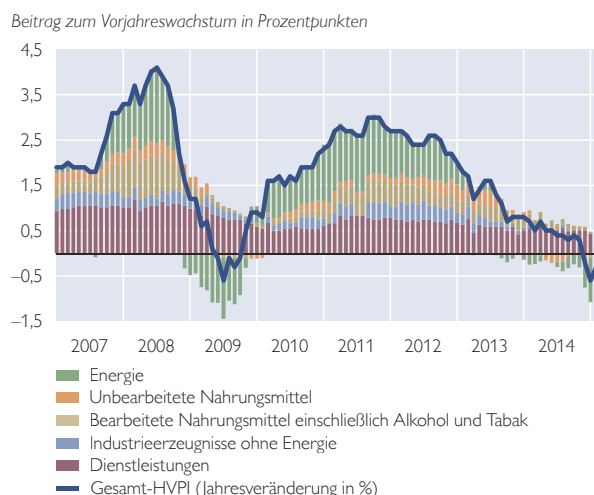
Grafik 6

Renditen 10-jähriger Staatsanleihen ausgewählter Länder



Grafik 7

HVPI-Inflationsrate und ihre Komponenten



verringerten sich die langfristigen Termin-Breakeven-Inflationsraten (berechnet anhand inflationsgebundener Swaps) Ende 2014 auf rund 1,8%. Sie geben eine Einschätzung der Finanzmarktteilnehmer über die Inflationsrate in fünf Jahren für die darauffolgenden fünf Jahre wieder. Darüber hinaus näherten sich die meisten Indikatoren für die gegenwärtige und

die erwartete Inflation historischen Tiefstständen. Sinkende Inflationserwartungen führen zu höheren Realzinsen, was in ihrem Effekt auf die Realwirtschaft wie eine geldpolitische Straffung wirken kann.

Vor diesem Hintergrund beschloss der EZB-Rat im Jänner 2015 ein erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten

Kasten 2

Fünf Fragen und Antworten zur Deflation

Wann spricht man von Deflation?

Wir sprechen von Deflation, wenn die Verbraucherpreise insgesamt über einen längeren Zeitraum hinweg sinken. Geringfügig negative Preisentwicklungen während einzelner Monate sind demnach noch nicht als Deflation zu bezeichnen.

Wo liegen die Gefahren von Deflation?

Durch den Rückgang des Preisniveaus kommt es zum Anstieg der realen Schuldenlast. Kreditnehmer müssen Konsum und Investitionen noch stärker einschränken, um den Kredit bedienen zu können, was sich dämpfend auf die Nachfrage auswirkt. Wenn die Preise stetig sinken, verschieben Verbraucher und Unternehmen in der Hoffnung auf anhaltend sinkende Preise ihre Kaufvorhaben in die Zukunft. Dadurch geht die Nachfrage weiter zurück, worauf die Unternehmen mit neuerlichen Preisreduktionen reagieren.

Hält diese Phase länger an, verankert sich die Deflation auch in den Inflationserwartungen und setzt eine sich selbst verstärkende Deflationsspirale in Gang, die auch den Arbeitsmarkt erfasst. Sie ist mit geld- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen schwer zu durchbrechen, insbesondere wenn sich die Leitzinsen bereits an der Nullzinsgrenze befinden. Für Zentralbanken ist es daher mindestens ebenso wichtig, Deflation wie hohe Inflation zu vermeiden.

Ist Deflation immer gefährlich?

Nein. Unproblematisch ist eine Phase sinkender Preise beispielsweise dann, wenn der Preisrückgang auf eine wichtige technologische Neuerung zurückzuführen ist, die die Produktivität steigert und damit die Betriebe günstiger produzieren lässt. Solche Phasen, die es in der Vergangenheit z. B. im Zusammenhang mit der zunehmenden Verbreitung von Computertechnologien gegeben hat, gehen üblicherweise mit hohem Wirtschaftswachstum einher und erfordern kein geldpolitisches Gegensteuern.

Worin liegen die Ursachen der negativen Inflationsraten um den Jahreswechsel 2014/15?

Der seit 2011 anhaltende Trend sinkender Inflationsraten war die Folge von Rezession und darauf folgender schleppender Erholung, schwacher Arbeitsmarktentwicklung und Euro-Aufwertung bis Mitte 2014. Dass die Inflationsrate Ende 2014 dann in den negativen Bereich kippte, lag jedoch primär am massiven Ölpreisverfall im zweiten Halbjahr 2014 sowie am Rückgang der Preise für unbearbeitete Nahrungsmittel. Die Kerninflationsrate, definiert als Gesamtinflation ohne Energie und unbearbeitete Nahrungsmittel, blieb bis Ende 2014 relativ stabil bei rund 0,8%.

Können wir im Euroraum schon von Deflation sprechen?

Da der Preisverfall im Verlauf des Jahres 2014 auf relativ wenige Güter (Energie, Nahrungsmittel) konzentriert war, lag noch keine breit gestreute Deflationsentwicklung vor. Die sinkenden Energiepreise wirken zudem auch positiv auf das Wirtschaftswachstum. Um den Jahreswechsel begann jedoch auch die Kerninflationsrate abwärts zu driften, und die Inflationserwartungen passten sich sukzessive nach unten an. Das gestiegene Deflationsrisiko bewog den EZB-Rat zu zusätzlichen expansiven geldpolitischen Maßnahmen. Am Beispiel Japans zeigt sich, dass die Bekämpfung einer Deflationsphase äußerst schwierig ist und dieser Gefahr daher frühzeitig begegnet werden muss.

(Expanded Asset Purchase Programme), in dessen Rahmen zu den bereits genannten gedeckten Schuldverschreibungen (CBs) und ABS auch Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt erworben werden. Das monatliche Volumen, das ab März 2015 gekauft wird, beträgt 60 Mrd EUR. Die Ankäufe sollen mindestens bis Sep-

tember 2016 und in jedem Fall so lange erfolgen, bis eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung in Richtung 2 % eintritt.

Mit den Ankäufen im Rahmen des jüngsten Programms wird sich die Bilanzstruktur des Eurosystems deutlich verändern. Zum einen übernimmt der EZB-Rat damit wieder ver-

Kasten 3

Fünf Fragen und Antworten zum erweiterten Ankaufprogramm für Vermögenswerte durch das Eurosystem

Welche Wertpapiere werden gekauft?

Das Eurosystem kauft im Rahmen dieses Programms Covered Bonds (CBs) und Asset-Backed Securities (ABS), also besicherte Wertpapiere (siehe Glossareinträge). Zudem werden auch Staatsanleihen von Ländern des Euroraums (aber keine Anleihen von subnationalen Gebietskörperschaften, wie Bundesländern und Gemeinden) sowie von Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen (wie der Europäischen Investitionsbank, EIB, oder dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, ESM) erworben.

Kann dieses Programm das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Euroraum unterstützen?

Durch die Wertpapierkäufe soll erstens das Zinsniveau gesenkt werden und zweitens den Banken sowie dem Privatsektor mehr finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das erleichtert den Unternehmen in ganz Europa den Zugang zu Krediten, sodass sie ihre Investitionstätigkeit steigern, Arbeitsplätze schaffen und so das Wirtschaftswachstum insgesamt stützen können. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass sich die Inflationsrate wieder einem Niveau von 2 % annähert.

Ist dieses Programm zum Ankauf von Vermögenswerten rechtmäßig?

Ja. Zur Durchführung der Geldpolitik steht dem Eurosystem eine Vielzahl an in den EU-Verträgen festgelegten Instrumenten zur Verfügung. Direktkäufe von marktfähigen Instrumenten sind in Artikel 18.1 der ESZB/EZB-Satzung explizit als geldpolitisches Instrument angeführt. Dies beinhaltet die Möglichkeit, Wertpapiere wie z. B. Staatsanleihen zu kaufen. Voraussetzung bei Staatsanleihen ist jedoch, dass diese auf dem Sekundärmarkt von anderen Anlegern, und nicht auf dem Primärmarkt, also direkt von den Mitgliedstaaten, erworben werden. Das Eurosystem erwirbt Anleihen erst dann, wenn sich bereits ein Marktpreis gebildet hat. Auf diese Weise wird deutlich, dass es sich nicht um Staatsfinanzierung handelt.

Was kauft die OeNB?

Die OeNB kauft entsprechend ihrem Anteil am Kapitalschlüssel einen Teil des Gesamtportfolios. Zum einen wird das Portfolio der OeNB aus CBs bestehen. Zum anderen wird die OeNB österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit zwischen 2 und 30 Jahren kaufen. Ankäufe von Anleihen mit negativer Verzinsung sind möglich, solange diese über dem Zinssatz der Einlagefazilität (-0,2 %) liegt.

Bürdet dieses Programm den nationalen Zentralbanken, wie z. B. der OeNB, finanzielle Risiken auf?

Als Mitglieder des Eurosystems tragen die nationalen Zentralbanken immer einen Teil der Risiken. Es stellt sich daher vor allem die Frage nach der Aufteilung der Risiken. Im Rahmen dieses erweiterten Programms wurde für jene Ankäufe, die über CBs und ABS hinausgehen, eine 20/80-Regel geschaffen. 20 % der Ankäufe unterliegen einer vollständigen Risikoteilung, jedes Land haftet damit anteilmäßig entsprechend der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Größe. Hinsichtlich der verbleibenden 80 % haftet jede nationale Zentralbank für ihr eigenes Portfolio. Damit wurde Bedenken bezüglich einer Vergemeinschaftung von nationalen Ausfallrisiken Rechnung getragen.

mehrt die Steuerung der durch geldpolitische Geschäfte zur Verfügung gestellten Liquidität. Anders als bei den TLTROs, deren Liquiditätszufuhr von den Banken bestimmt wird, legt bei diesem Programm der EZB-Rat mit Ankäufen

von 60 Mrd EUR pro Monat das Volumen fest. Zum anderen wird der Anteil an Repo-Geschäften zurückgehen und der Anteil der durch Direktkäufe geschaffenen Liquidität steigen.

Wachstumsschwäche in Österreich setzt sich fort

Anhaltend schwaches BIP-Wachstum im Jahr 2014

Zu Jahresbeginn 2014 waren die Wachstumsprognosen für Österreich vorsichtig optimistisch. Basierend auf einer Konjunkturbeschleunigung Ende des Jahres 2013 und positiven Signalen von diversen Vorlaufindikatoren wurde ein Anstieg des Wirtschaftswachstums auf rund 1½% erwartet. Die Prognosen realisieren sich jedoch nicht, stattdessen wurden die Wachstumsaussichten im Herbst 2014 deutlich zurückgenommen. Die veränderte Wachstumseinschätzung ging auf die Korrektur von historischen Wachstumswerten und eine Neubewertung der kurz- und mittelfristigen Wachstumsaussichten zurück. Im Gesamtjahr 2014 ist die österreichische Wirtschaft saison- und arbeitstäglich bereinigt real nur um 0,4% gewachsen (nicht saison- und arbeitstäglich bereinigt: +0,3%). Damit verzeichnete Österreich das dritte Jahr in Folge ein reales BIP-Wachstum von unter 1% – deutlich weniger als im Durchschnitt der Periode 1999 bis 2013 (1,7%). Im Jahr 2014 wies Österreich auch erstmals seit 2009 ein geringeres Wachstum als der Euroraum auf.

Das schwache BIP-Wachstum im Jahr 2014 ist sowohl auf eine verhaltene Inlandsnachfrage als auch auf fehlende Impulse der Nettoexporte zurückzuführen. Die wichtigste Nachfrage-

komponente des BIP, der private Konsum, stagnierte in allen vier Quartalen des Jahres 2014 (im Vergleich zum Vorquartal). Hintergrund dieser Entwicklung sind einerseits das aufgrund der vergleichsweise hohen Inflation stagnierende real verfügbare Haushaltseinkommen und andererseits eine im europäischen Vergleich vergleichsweise schlechte Stimmungslage bei Verbrauchern und Unternehmen, die zur Konsumzurückhaltung führt. Die Bruttoanlageinvestitionen konnten im zweiten Halbjahr 2013 und auch noch im ersten Quartal 2014 ein positives Wachstum verzeichnen. Die zunehmende Unsicherheit über die weitere Konjunkturentwicklung im Jahr 2014 führte jedoch zu einem erneuten Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen im weiteren Jahresverlauf. Geringfügig positive Impulse gingen von den Exporten aus, deren Wachstum im Gesamtjahr 2014 auf dem Niveau der Jahre 2012 und 2013 verharrte, damit aber weiterhin deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt blieb. Da das Importwachstum im Gesamtjahr 2014 über dem Wachstum der Exporte lag, trugen die

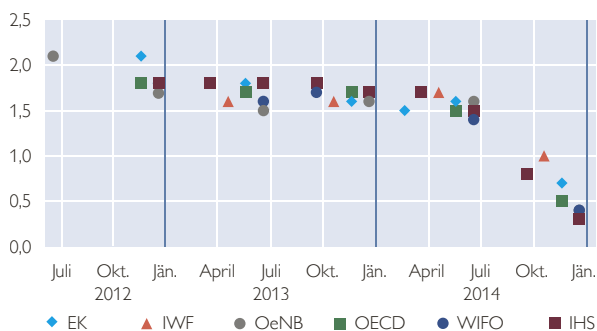
Umstellung auf ESVG 2010

Im September 2014 wurde das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) – d. i. die Buchhaltung des Staates – umgestellt. Diese Umstellung erfolgte in allen EU-Mitgliedstaaten. Infolge der Umstellungen erhöhte sich in Österreich das BIP im Jahr 2013 rein buchhalterisch um 3%. Näheres zu den Umklassifizierungen nach ESVG 2010 ist im Kapitel „Weiterentwicklung des Statistikangebots im Einklang mit europäischen Vorgaben“ zu finden.

Grafik 8

Österreich: Entwicklung der Wachstumsprognosen für 2014 im Zeitablauf

Reales BIP-Wachstum in %

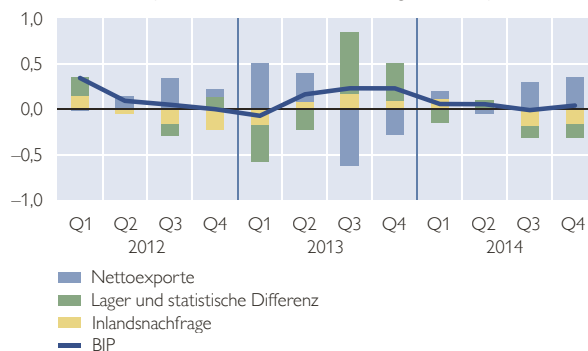


Quelle: OeNB, Europäische Kommission, IWF, OECD, WIFO, IHS.

Grafik 9

BIP-Wachstum und Wachstumsbeiträge

Wachstum zum Vorquartal in % bzw. Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



Quelle: OeNB, WIFO (Trend-Konjunktur-Komponente).

Nettoexporte insgesamt negativ zum BIP-Wachstum bei.

Wachstumsbeschleunigung setzt frühestens Mitte 2015 ein

Auch zu Jahresbeginn 2015 gab es keine Anzeichen dafür, dass die österreichische Wirtschaft die nunmehr seit drei Jahren anhaltende Schwächephase in der unmittelbaren Zukunft überwinden wird. Obwohl der Euroraum die Rezession hinter sich gelassen hatte, blieb die konjunkturelle Dynamik sehr verhalten, sodass davon keine hinreichenden Impulse für eine

Beschleunigung der heimischen Konjunktur ausgingen. Während Deutschland eine Belebung der Inlandskonjunktur, insbesondere des privaten Konsums, verzeichnete, wuchs der private Konsum in Österreich nur schwach, die Bruttoanlageinvestitionen schrumpften sogar.

Allerdings sollte sich der deutlich gesunkene Ölpreis positiv auf den privaten Konsum auswirken. Des Weiteren sollte die Euro-Abwertung, vor allem gegenüber dem Schweizer Franken, dem US-Dollar und dem Pfund Sterling, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exporteure verbessern und damit die Exportnachfrage begünstigen. Drit-

Kasten 4

Immobilienmarktmonitoring der OeNB

Der Immobiliensektor ist von großer Bedeutung für jede Volkswirtschaft und letztlich auch für die Finanzmarktstabilität.

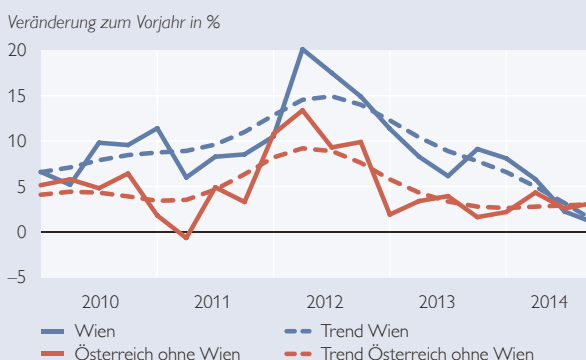
- Immobilien sind der wichtigste Vermögensbestandteil der privaten Haushalte. Damit beeinflussen Preisentwicklungen auf den Immobilienmärkten über Vermögenseffekte die Konsum- und Investitionsentscheidungen der privaten Haushalte.
- Da Immobilien eine wichtige Besicherungsform bei der Kreditaufnahme sind, wirken sich Veränderungen von Immobilienpreisen auf die Verschuldungssituation und die Kredittragfähigkeit der privaten Haushalte und damit auf den Bankensektor aus.
- Wohnen ist eines der Grundbedürfnisse von Menschen. Damit ist die Analyse von Immobilienpreisschwankungen auch aus sozialer Perspektive wichtig.
- Die Bauwirtschaft ist ein bedeutender Arbeitgeber. Die Bauinvestitionen haben somit einen wichtigen Einfluss auf die Konjunktur.

Die Wahrung der Finanzmarktstabilität zählt zu den Kernaufgaben einer Notenbank. Die OeNB hat in den vergangenen Jahren verstärkt Methoden zur laufenden Beobachtung und Analyse des Immobilienmarktes entwickelt, um aussagekräftige Einschätzungen zu den Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft und die Stabilität des Finanzsystems zu ermöglichen und allfällige Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen.

Ab Jahresmitte 2014 war auf dem österreichischen Wohnimmobilienmarkt eine Verlangsamung des Preisauftriebs zu beobachten, die in Wien schon Ende 2013 eingesetzt hatte. Im vierten Quartal 2014 stiegen die Immobilienpreise in Wien im Vergleich zum Vorjahr um 1,0%, im Rest Österreichs um 3,2%. Der OeNB-Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien zeigt für Wien einen Rückgang der Überbewertung (von 22% im ersten auf 19% im zweiten Halbjahr 2014) an. Für Österreich insgesamt ergibt sich eine Übereinstimmung der Preise mit den Fundamentalfaktoren.

Diese Analysen sowie Daten zum österreichischen Wohnimmobilienmarkt sind auf der Website der OeNB unter <http://www.oenb.at/Geldpolitik/immobilienmarktanalyse.html> zu finden).

Entwicklung der Preise für Wohnimmobilien



tens sollten die mit der niedrigeren Inflation einhergehenden höheren Realeinkommen den privaten Konsum ebenso beflügeln wie die Mitte März 2015 von den Regierungsparteien bekannt gegebene Steuerreform. Das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2015 und 2016 könnte damit höher ausfallen als noch in der Prognose der OeNB vom Dezember 2014 erwartet (0,7%).

Der Arbeitsmarkt war in den letzten Jahren trotz der schwachen realwirtschaftlichen Entwicklung von einem hohen Beschäftigungswachstum gekennzeichnet. Obwohl sich die Beschäftigungsdynamik im Sommer 2014 kurzzeitig abschwächte, stieg die Zahl der unselbstständig Beschäftigten im Jahr 2014 gegenüber 2013 um 0,6% auf 3,503 Millionen an. Gleichzeitig nahm jedoch auch die Anzahl der Arbeitslosen um 11,2% auf insgesamt 319.000 (Jahresdurchschnitt) vergleichsweise stark zu. Die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat wurde für historische Daten im März 2015 deutlich revidiert und stieg von 5,4% im Jahr 2013 auf 5,6% im Jahr 2014.

Inflation sank 2014 weiter, liegt aber deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt

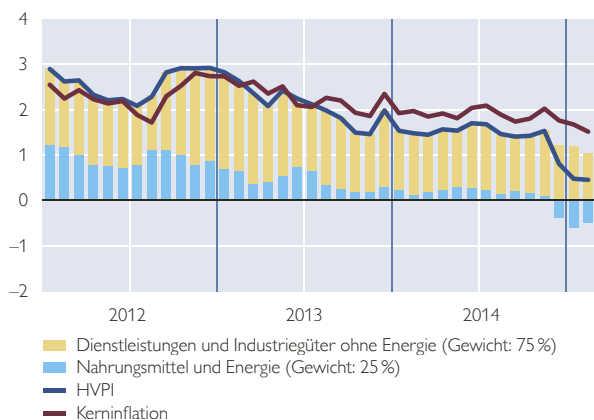
In Österreich geht der Preisauftrieb seit 2011 (3,6%) kontinuierlich zurück und lag im Jahr 2014 bei 1,5%. Der Preisanstieg wurde fast vollständig vom Anstieg der Dienstleistungspreise bestimmt, deren Wachstumsbeitrag bei 1,2 Prozentpunkten lag. Für den Rückgang der Gesamtinflation im Vergleich zum Jahr 2013 (2,1%) sind neben den Energiepreisen primär Industriegüter verantwortlich, zu einem geringeren Anteil auch Nahrungsmittelpreise. Die OeNB prognostizierte im März 2015, dass die HVPI-Inflation in Österreich im Jahr 2015 unter 1% liegen wird. Die Kerninflationsrate wird über der Gesamtinflationsrate liegen.

Trotz des rückläufigen Trends verzeichnet Österreich im Vergleich zu den anderen Staaten im Euroraum eine relativ hohe Inflation. Während sich ein Inflationsabstand zum Euroraum-Durchschnitt dadurch erklären lässt, dass einige Länder des Euroraums in angespannter Lage bewusst eine Phase von Lohn- und Preissenkungen durchlaufen, um ihre Wettbewerbssituation zu verbessern und ihren Staatshaushalt zu konsolidieren, gilt diese Argumentation für die Erklärung des Inflationsabstands zum wichtigsten Handelspartner Deutschland nicht.

Grafik 10

HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Subkomponenten

Veränderung zum Vorjahr in % für HVPI und Kerninflation bzw. in Prozentpunkten für Inflationsbeiträge Letzte Beobachtung: Februar 2015

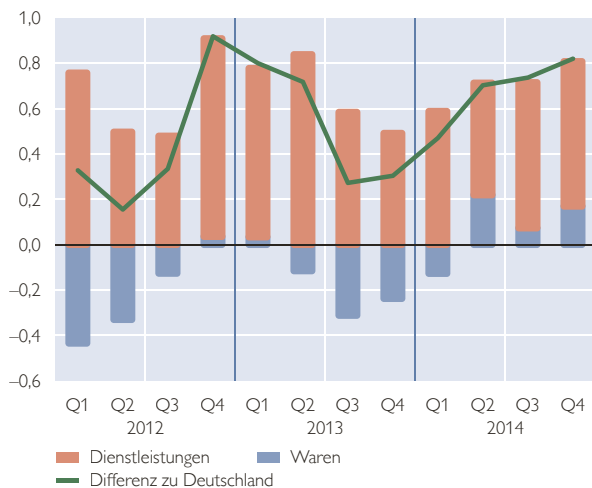


Quelle: Eurostat, Statistik Austria.

Grafik 11

Inflationsdifferenz Österreichs zu Deutschland

in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat, Statistik Austria.

Ausschlaggebend ist hier zum einen der Dienstleistungssektor, dessen Inflationsbeitrag in Österreich rund doppelt so hoch ist wie in Deutschland. Innerhalb des Dienstleistungssektors haben vor allem Restaurant- und Hoteldienstleistungen, Finanzdienstleistungen sowie Dienstleistungen, deren Preise weitgehend reguliert sind (etwa Bildung und Erziehung, Krankenhäuser, Müllabfuhr und Kulturbereich), den größten Einfluss auf die Inflationsdifferenz Österreichs gegenüber Deutschland. Die Nachfrage nach Tourismusdienstleistungen hat sich in Österreich seit 2010 besonders stark ausgeweitet und auch entsprechende Preisefekte nach sich gezogen. Zum anderen erklärt sich der Inflationsabstand zu Deutschland jedoch durch den vergleichsweise höheren Inflationsbeitrag des österreichischen öffentlichen Sektors (Gebühren, administrierte Preise und Steuern) zur Gesamtinflation. In den Jahren 2013 und 2014 wurden im Schnitt rund 0,2 Prozentpunkte der Inflationsdifferenz zu Deutschland durch den öffentlichen Sektor bestimmt.

2014 temporäre Verschlechterung der öffentlichen Finanzen

Die Umstellung auf ESVG 2010 im September 2014 hat gravierende Auswirkungen auf die Fiskalstatistik und auf das Niveau des österreichischen BIP. Einerseits erhöhte sich das BIP-Niveau um 3 %, andererseits ist durch die Reklassifikation verschiedener staatsnaher Unternehmen in den Sektor Staat der Schuldenstand nun beträchtlich höher. Der größte schuldenstandserhöhende Effekt ging von der Reklassifikation der ÖBB Infrastruktur (seit 2005) sowie der Bad Bank KA Finanz AG (seit 2009) aus. Die Auswirkungen auf den Verlauf von Budgetsaldo und Schuldenstand über die Zeit variieren und sind für den Budgetsaldo deutlich geringer. Die Schuldenquote 2013, die sowohl von der Neuberechnung des Schuldenstands als auch von der Anpassung des BIP beeinflusst wird, erhöhte sich demzufolge um etwa 6½ Prozentpunkte auf rund 81 % des BIP; der Budgetsaldo 2013 blieb nahezu unverändert.

Kasten 5

Österreich seit 20 Jahren EU-Mitglied

Der EU-Beitritt am 1. Jänner 1995 gehört zu den bedeutendsten wirtschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte für Österreich. Durch die EU-Mitgliedschaft profitierte Österreich vom vollen Zugang zum EU-Binnenmarkt und von der Möglichkeit, von Beginn an Teil des gemeinsamen Währungsraums zu sein. Eine genaue Berechnung der wirtschaftlichen Kosten und Nutzen ist schwierig, nicht zuletzt, weil seit dem EU-Beitritt auch andere globale Ereignisse eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung spielten: Der Fall des Eisernen Vorhangs 1989/90, die EU-Erweiterung nach 2004 sowie die wirtschaftliche Globalisierung.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) schätzt in einer Studie aus dem Jahr 2014, dass die inflationsbereinigte Wirtschaftsleistung Österreichs infolge der EU-Mitgliedschaft pro Jahr um 0,6 Prozentpunkte höher ausfiel und jährlich 12.000 zusätzliche neue Arbeitsplätze entstanden. Die Inflationsrate lag jährlich um 0,3 Prozentpunkte tiefer. Darüber hinaus werden je 0,4 zusätzliche Prozentpunkte Wirtschaftswachstum pro Jahr auf die Teilnahme an der Währungsunion und auf die EU-Erweiterung zurückgeführt. Grenzüberschreitende Unternehmen haben dabei überdurchschnittlich von den Vorteilen profitiert. Durch den Wegfall der Zollschränken hat sich die Außenhandelsverflechtung Österreichs stark erhöht. Der Leistungsbilanzsaldo fiel infolge der EU-Mitgliedschaft um jährlich 0,5 % des BIP niedriger aus, da der Anteil der Importe an der Wirtschaftsleistung stärker stieg als der Anteil der Exporte.

Auch wenn der ökonomische Nutzen des EU-Binnenmarktes teilweise unter den anfänglichen Erwartungen zurückblieb, kann davon ausgegangen werden, dass für eine kleine offene Volkswirtschaft wie Österreich ein Nicht-Beitritt mit deutlichen Wohlstandsverlusten verbunden gewesen wäre. Ein Indiz dafür ist der Vergleich mit der Schweiz, deren BIP-Wachstum seit der abschlägigen Volksabstimmung zu einem Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) im Jahr 1992 um jährlich 0,6 Prozentpunkte hinter dem Österreichs zurückblieb.

Im Jahr 2014 verschlechterten sich sowohl der gesamtstaatliche Budgetsaldo in Prozent des BIP als auch die Schuldenquote gegenüber dem Jahr 2013 deutlich. Dies lag vor allem an der Reorganisation der Hypo Group Alpe-Adria. Auch der Wegfall des Einmaleffekts der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen im Jahr 2013 trug zur Verschlechterung des Defizits bei. Für die Jahre 2015 und 2016 wurde in der Dezember-Prognose der OeNB trotz eher schwacher Konjunktur unter einer No-Policy-Change-Annahme – d. h., ohne die Effekte der Steuerreform zu berücksichtigen – eine deutliche Verbesserung der fiskalischen Situation prognostiziert. Dies liegt vor allem am erwarteten starken Rückgang der Vermögens-transfers für die Banken. Um das von der Europäischen Kommission geforderte strukturelle Defizit von 0,45 % des BIP im Jahr 2015 zu erreichen, sind jedoch weitere nachhaltige Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich.

Schwache Konjunktur sorgt für geringeren Leistungsbilanzüberschuss

Österreichs Leistungsbilanz wies in den ersten drei Quartalen 2014 einen geringen Überschuss in Höhe von 0,5 Mrd EUR aus, der de facto als ausgeglichenes Ergebnis interpretiert werden kann. Die Saldenentwicklung wurde gleichermaßen durch eine Erhöhung des Defizits aus dem Güterhandel sowie durch rückläufige Dienstleistungseinnahmen belastet. Letztere ergaben per saldo nur noch einen Überschuss von 7,6 Mrd EUR. Die bislang erfolgreiche Entwicklung der Reiseverkehreinnahmen erhielt im Jahr 2014 einen Dämpfer, die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste sank. Gleichzeitig ist die Zahl der Ankünfte aus dem Ausland gestiegen, was auf eine Fortsetzung des Trends zu Kurzurlaube schließen lässt. Die negative Entwicklung der Nächtigungszahlen ist zu einem Gutteil sowohl auf den wichtigsten Herkunftsmarkt, Deutschland, als auch auf russische Gäste zurückzuführen. Angesichts der Schwäche der Exportent-

Kasten 6

Fiskalrat etabliert Fiskalregelbericht, eigene Fiskalprognose und Workshops¹

Der im November 2013 als Nachfolgeorganisation des Staatsschuldenausschusses gegründete unabhängige Fiskalrat, der bei der OeNB angesiedelt ist, weitete im Jahr 2014 sein Tätigkeitsspektrum im Sinne des Gesetzauftrags aus. Im Mittelpunkt stand dabei die zeitnahe Evaluierung der Budgetentwicklung in Österreich vor dem Hintergrund der geltenden Fiskalregeln und die erhöhte Präsenz in der Öffentlichkeit durch Publikationen, Workshops und Pressekonferenzen. Es wurde eine Berichtsreihe des Fiskalrats mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten eingerichtet:

- **Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln** mit einer Evaluierung des jeweils aktuellen Stabilitätsprogramms der Bundesregierung für die Jahre $t-1$ bis $t+4$ (erscheint jeweils im Mai);
- **Bericht über die öffentlichen Finanzen** mit umfangreichen Informationen über Budget- und Schuldentwicklungen der Gebietskörperschaften des vorangegangenen Jahres in Kombination mit Empfehlungen zur Budgetpolitik und deren Finanzierung (erscheint jeweils im Juli);
- **Bericht zur Einschätzung der Budgetentwicklung** mit eigener Budgetprognose für das laufende und kommende Jahr einschließlich einer Plausibilisierung der jeweils aktuellen Haushaltsplanung der Bundesregierung (erscheint jeweils im Dezember).

Für den Bericht über die Einhaltung der Fiskalregeln wurde ein eigenes Berechnungstool entwickelt, das die komplexen numerischen EU-Fiskalregeln abbildet und miteinander verknüpft. Die Fiskalprognose folgt methodisch dem ESZB-Ansatz und liefert nicht nur Informationen über die Defizit- und Verschuldungshöhe des Staates (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger laut ESVG 2010), sondern auch über einzelne Einnahmen- und Ausgabenentwicklungen. Die Berechnung des strukturellen Budgetsaldos erfolgte nach der Methode der Europäischen Kommission auf Grundlage nationaler Daten. Die unterschiedlichen Berechnungsmethoden und die Aussagekraft des Potenzialoutputs wurden in einem Workshop zum Thema „Methodische Ansätze zum Output-Gap und dessen Bedeutung für den zyklisch bereinigten Budgetsaldo“ behandelt.

¹ Siehe www.fiskalrat.at.

wicklung ergab der Güterverkehr in den ersten drei Quarten 2014 ein Defizit von rund 2 Mrd EUR.

Die Leistungsbilanz reflektiert auch die schwache Welthandelsdynamik und deren belastende Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft. Methodische Neuerungen zur Harmonisierung der österreichischen Zahlungsbilanz mit internationalen Statistikvorgaben (6. Zahlungsbilanzhandbuch des IWF – BPM6; Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 – ESGV 2010) führten zu strukturellen Änderungen und Detaillierungen der Leistungsbilanz, machten jedoch – abgesehen von regelmäßig stattfindenden Revisionen – keine substantziellen Änderungen der bisher veröffentlichten Ergebnisse erforderlich.

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen vergleichsweise robuste Konjunktur-entwicklung in Zentral-, Ost- und Südosteuropa

Aufgrund der starken real- und finanzwirtschaftlichen Verflechtung ist die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) von großer Bedeutung für die österreichische Wirtschaft. Trotz schwieriger externer Rahmenbedingungen entwickelte sich die Konjunktur der EU-Mitgliedstaaten in der CESEE-Region vergleichsweise robust: Das durchschnittliche Wachstum beschleunigte sich von 1,6% im Jahr 2013 auf 2,8% im Berichtsjahr. Auch die regionale Heterogenität in der Wirtschaftsentwicklung ging deutlich zurück. Nur noch Kroatien wuchs markant schwächer als der Durchschnitt der Region. Das Land konnte die seit fünf Jahren anhaltende Rezession auch 2014 nicht überwinden.

Stärkere Binnennachfrage treibt Wachstum in Osteuropa

Impulse erhielt die Konjunktur vor allem von einer stärkeren Binnennachfrage. Diese profitierte von einer Stabilisierung der Kreditvergabe, einer Aufhellung des allgemeinen Wirtschaftsvertrauens sowie zuletzt auch von fallen-

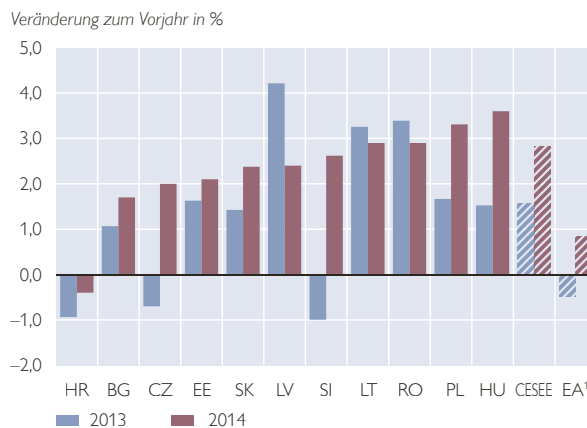
den Ölpreisen. Darüber hinaus entwickelten sich auch die Arbeitsmärkte der Region verhalten positiv. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank im Dezember 2014 auf 8,3% – den niedrigsten Wert seit Mitte 2009. Gleichzeitig war in den meisten Ländern auch ein positiver Trend bei der Beschäftigung festzustellen. Die robustere wirtschaftliche Dynamik in CESEE wirkte sich auch auf die österreichische Volkswirtschaft positiv aus. Mit einem Anteil von mehr als 20% an den Gesamtexporten stellte CESEE im Jahr 2014 einen wichtigen Absatzmarkt für österreichische Produkte dar.

Geldpolitik reagiert auf steigende Deflationsrisiken

Dennoch sieht sich die CESEE-Region vielfältigen Herausforderungen gegenüber. Neben den gestiegenen externen Risiken und der zunehmend unsicheren geopolitischen Lage sind vor allem die niedrigen und weiter sinkenden Inflationsraten zu nennen. Vor dem Hintergrund niedriger Rohstoffpreise und einer weiterhin negativen Produktionslücke rutschte die durchschnittliche Teuerung im Dezember 2014 in den negativen Bereich. Mit der Ausnahme von Litauen, Rumänien und der Tschechischen Republik berichteten alle Länder rückläufige Preise. Die Zentralbanken der Region reagier-

Grafik 12

Reales Wirtschaftswachstum in CESEE



Quelle: Eurostat.
¹ EA: Euroraum.

ten auf diese Entwicklung mit einer weiteren Lockerung der Geldpolitik (z. B. in Ungarn, Polen und Rumänien).

Der Ukraine-Konflikt als Risikofaktor für die wirtschaftliche Entwicklung in CESEE

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und die damit zusammenhängenden geopolitischen Spannungen führten in den beiden unmittelbar betroffenen Ländern zu einem massiven Wirtschaftsabschwung. Steigende

Unsicherheit, ein Einbruch der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie kriegerische Handlungen im Osten der Ukraine zogen sowohl die russische als auch die ukrainische Wirtschaft in Mitleidenschaft. Während 2014 das Wachstum in Russland mit 0,6% de facto stagnierte, fiel die Ukraine in eine tiefe Rezession (6,9%). Darüber hinaus litt die Konjunktur in Russland ab der zweiten Jahreshälfte 2014 unter verschärften internationalen Sanktionen sowie unter dem deutlichen Rückgang des Rohölpreises. Aufgrund der übermäßig ho-

Kasten 7

Die Bedeutung Russlands für die österreichische Real- und Finanzwirtschaft

Angesichts des Konflikts um die Ukraine beschloss die EU im Jahr 2014 in mehreren Schritten restriktive Maßnahmen gegenüber Russland. Diese Sanktionen beinhalten diplomatische Aktionen, restriktive Maßnahmen gegen individuelle Personen und Firmen, Einschränkungen für die Krim und Sewastopol sowie wirtschaftliche Sanktionen (Finanzmarktrestriktionen und ein Handelsembargo). Im Gegenzug dazu erließ Russland ein Importverbot für bestimmte Agrarprodukte aus der EU. Abgesehen von den Wirtschaftssanktionen wurde die russische Wirtschaft durch den starken Ölpreisrückgang hart getroffen. Dieser führte zu einer Rubel-Abwertung und zu einer deutlich steigenden Inflation. Die Auswirkungen der Sanktionen und das geänderte makroökonomische Umfeld bedingen eine klare Abwärtsrevision der Wachstumsprognosen für Russland.

Russlandkrise schwächt österreichisches Wirtschaftswachstum ...

Österreich, das traditionell sehr gute wirtschaftliche Kontakte mit Russland pflegt, ist von den EU-Maßnahmen gegen Russland über mehrere Kanäle betroffen. Im Jahr 2013 war Russland der zehntwichtigste Handelspartner bei Güterexporten und der elftwichtigste Handelspartner bei Dienstleistungsexporten. Die potenziell vom EU-Handelsembargo betroffenen Exportgüter haben einen Gesamtwert von 478 Mio EUR pro Jahr. Die Gegenmaßnahmen Russlands verursachen in Österreich einen Verlust von jährlich rund 50 Mio EUR. Die makroökonomischen Effekte der wechselseitigen Sanktionen wirken sich über den Handelskanal mit einem negativen Effekt von rund 0,1 Prozentpunkten nur sehr geringfügig auf das österreichische BIP aus. Dabei wurden jedoch weder negative Auswirkungen über den Vertrauenskanal, und somit auf das Investitions- und Konsumverhalten, noch die Effekte der geringeren Exportnachfrage Russlands und der Ukraine auf Österreich aufgrund der rückläufigen Wirtschaftsleistung in diesen Ländern berücksichtigt. Unter der Annahme, dass der Erdölpreis im Jahr 2015 auf dem Niveau von Jahresbeginn verharrt, prognostiziert die OeNB für die russische Wirtschaft eine tiefe Rezession mit einem BIP-Rückgang von rund 4%. Eine solche Rezession würde das österreichische BIP um weitere 0,1 Prozentpunkte schwächen.

... und belastet Profitabilität und Risikotragfähigkeit der österreichischen Banken

Russland ist einer der Kernmärkte für die in CESEE tätigen österreichischen Banken. In den letzten Jahren war das Russlandgeschäft für sie äußerst profitabel, da das Kreditwachstum hoch und die Risikokosten niedrig waren. Trotz einer starken Eintrübung des Umfelds verbuchten die österreichischen Tochterbanken auch im Jahr 2014 in Russland Gewinne, die allerdings im Jahresvergleich rückläufig waren. Russland ist gemessen an den Gewinnen nach der Tschechischen Republik der bedeutendste Markt (629 Mio EUR im dritten Quartal 2014 bzw. 28% der positiven Periodenergebnisse in CESEE). Gründe für den Rückgang waren die von einem sehr niedrigen Niveau aus gestiegenen Kreditrisikovorsorgen, ein schwächeres Kreditwachstum, höhere Refinanzierungskosten sowie die Abwertung des Rubels gegen Ende 2014. Der Ausblick für 2015 bleibt eingetrübt. Belastend für die Profitabilität und Risikotragfähigkeit der österreichischen Banken in Russland wirken insbesondere die weitere Verschlechterung der Kreditqualität aufgrund einer erwarteten Rezession für 2015, die angespannte Refinanzierungssituation, hohe Schwankungen des Rubels sowie die allgemein erhöhten geopolitischen Risiken.

hen Abhängigkeit von Energieexporten trifft dieser Preisverfall die russische Wirtschaft sehr stark. Aktuelle Prognosen erwarten im Jahr 2015 eine tiefe Rezession. Die Europäische Kommission geht etwa von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 3,5% aus. Im Zusammenwirken mit massiven Kapitalabflüssen (152 Mrd USD im Jahr 2014) führte der Ölpreisverfall auch zu beträchtlichem Druck auf den Rubel und die Devisenreserven der Notenbank. Die Abwertung auf historische Tiefstände sowohl gegenüber dem Euro als auch gegenüber dem US-Dollar ließ die Teuerung in Russland im Dezember 2014 auf 11% anschwellen. Die russische Notenbank reagierte auf diese Entwicklung im Dezember 2014 mit einer massiven Erhöhung ihres Leitzinssatzes auf 17%.

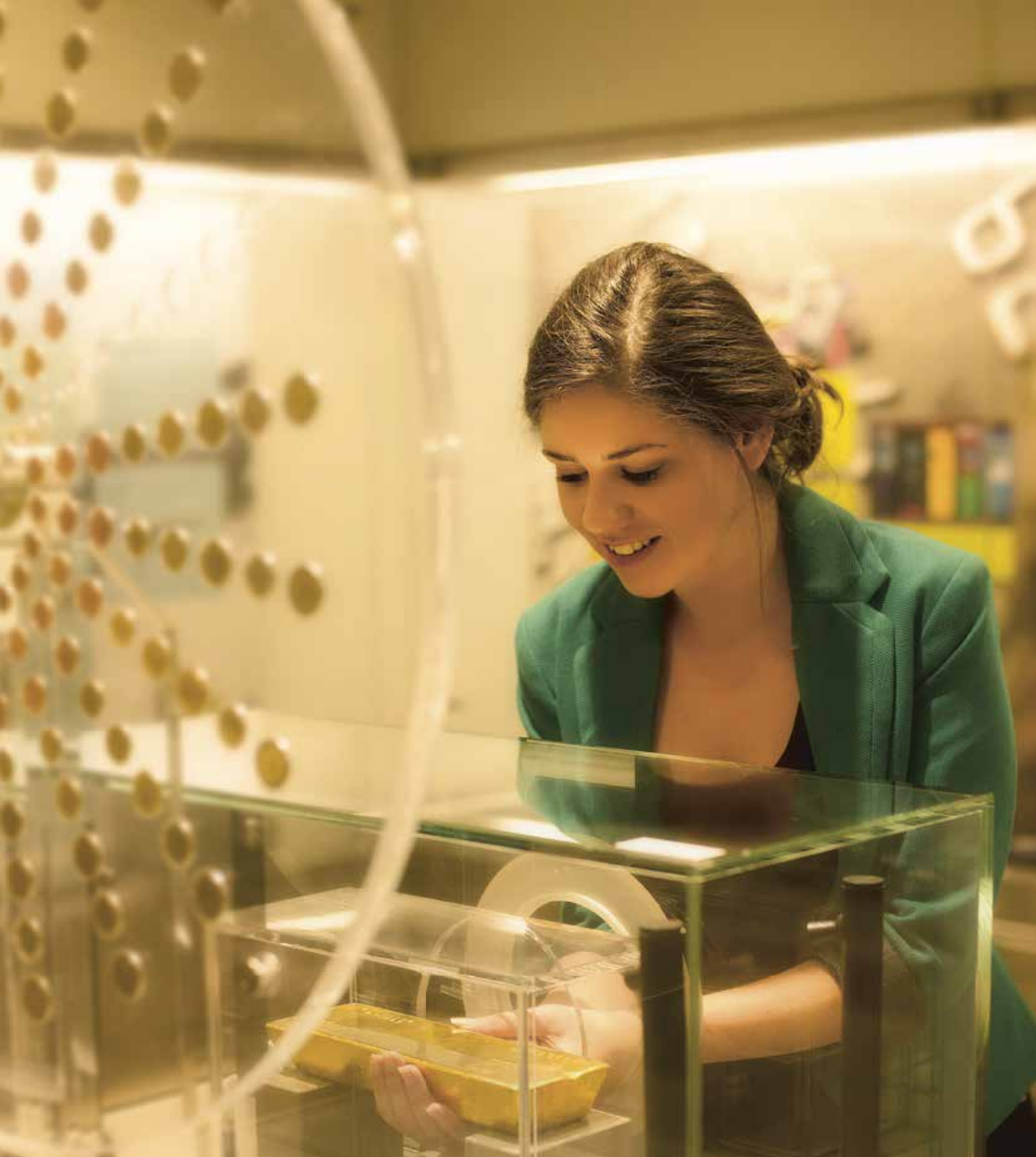
Obwohl die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Russland und manchen CESEE-Ländern beträchtlich ist, blieben die direkten Auswirkungen des Konflikts auf die Konjunktur bis jetzt vergleichsweise gering. Die fragile geopolitische Lage stellt aber nach wie vor ein Risiko für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der CESEE-Region dar.

Europäische Integration führte zu Wohlstandsgewinnen in CESEE

Trotz der turbulenten letzten Jahre war die wirtschaftliche Bilanz des EU-Beitritts der

CESEE-Länder im Jahr 2004 positiv. In den zehn Jahren seit diesem integrationspolitischen Meilenstein wuchs trotz der schweren Wirtschaftskrise das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen (zu Kaufkraftparitäten) der EU-Mitgliedstaaten in CESEE um mehr als 60%. Der Abstand zu den durchschnittlichen Einkommen im Euroraum ging um mehr als 14 Prozentpunkte zurück. Die verstärkte Einbindung der CESEE-Region in europäische Produktionsnetzwerke, intensiviert Handels- und Finanzverflechtungen sowie die generell stärkere Einbindung in politische und ökonomische Strukturen (u. a. auch die erfolgreiche Euro-Einführung in mehreren Ländern) brachte nicht nur für die „neuen“ EU-Mitgliedstaaten Vorteile mit sich, sondern löste auch in den „alten“ EU-Mitgliedstaaten – nicht zuletzt auch in Österreich – bedeutende Wachstumsimpulse aus.

Vor diesem Hintergrund schritt die europäische Integration auch im Berichtszeitraum weiter voran: Litauen trat am 1. Jänner 2015 als 19. Mitglied dem Euroraum bei. Der Euro wird damit von mehr als 337 Millionen Menschen als offizielles Zahlungsmittel verwendet. Die Heranführung der Länder des Westbalkans an die EU machte mit der Zuerkennung des Status eines EU-Kandidatenlandes an Albanien Fortschritte. Darüber hinaus schloss der Kosovo ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU ab.



Wir veranlagen und verwalten die Währungs- und Goldreserven professionell im Sinne unseres Stabilitätsauftrags und versorgen die österreichischen Banken mit ausreichender Zentralbankliquidität.

Aus unserem Leitbild

Breit gestreute Mittelveranlagung reduziert Ertragsrisiken im aktuellen Niedrigzinsumfeld

Finanzmärkte im Spannungsfeld zwischen Konjunkturerholung und Notenbankpolitik

Die weitere Lockerung der Geldpolitik im Euroraum im Jahresverlauf 2014 hat auf den Finanzmärkten zu rekordtiefen Renditen europäischer Staatsanleihen geführt und die Aktienmärkte gestärkt. Der Deutsche Aktienindex (DAX) erreichte ein Rekordhoch von erstmals über 10.000 Punkten. Zwischenzeitlich reduzierten geopolitische Unruhen jedoch immer wieder die Risikobereitschaft der Investoren.

Die witterungsbedingt schwache Konjunktur der USA im ersten Quartal 2014 erhöhte die Unsicherheit auf den Märkten und ließ den Dow Jones Index zwischenzeitlich um 6,6% zurückgehen. Im weiteren Jahresverlauf konnte er dank zunehmend positiver Wirtschaftsdaten sowie der unverändert expansiven Zinspolitik der Federal Reserve auf neue Allzeithochstände ansteigen und beendete das Jahr mit einem Plus von 7,5%.

US-Dollar profitiert von Konjunkturerholung und Erwartung des Endes der expansiven Geldpolitik

Auf dem Devisenmarkt profitierte der US-Dollar von der Konjunkturerholung in der zweiten Jahreshälfte sowie der steigenden Erwartung der Märkte, dass die Fed ihre Zinspolitik früher als die EZB restriktiver ausrichten und mit einem Zinserhöhungszyklus beginnen könnte. Insbesondere gegenüber dem Euro und dem japanischen Yen konnte die US-Währung zulegen. Eine ähnlich positive Entwicklung zeigt das Pfund Sterling. Der japanische Yen erlitt gegenüber den wichtigsten Handelswährungen deutliche Einbußen, was vor allem an der Konjunkturschwäche und einer infolge der Umsatzsteuererhöhung nachlassenden privaten Nachfrage lag.

Mitte Jänner 2015 gab die Schweizerische Nationalbank überraschend bekannt, ihre 2011 eingeführte Wechselkursanbindung an den Euro aufzugeben. Die Unterschiede in der

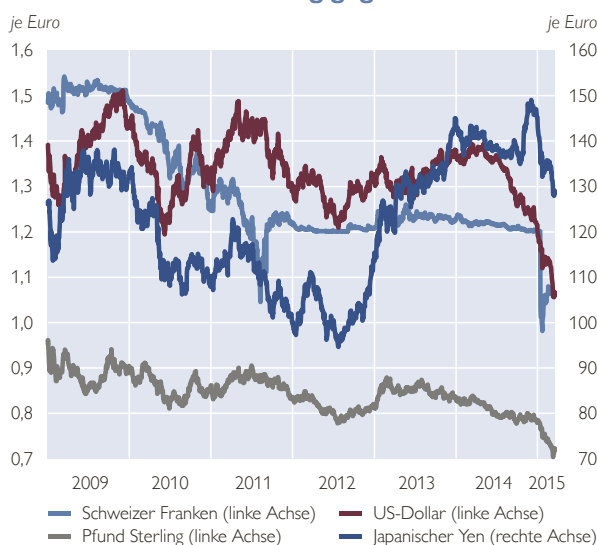
geldpolitischen Ausrichtung von Euroraum und USA sowie die neuerlichen Kapitalzuflüsse in den sicheren Hafen Schweiz hatten die Verteidigung der Anbindung immer schwerer gemacht. Unmittelbar nach der Entscheidung wertete der Schweizer Franken um 15% auf. In den folgenden Wochen wurde nur knapp die Hälfte dieser Aufwertung rückgängig gemacht.

Schwächere Wirtschaftsdaten aus den Schwellenländern und die konsequent fortgesetzte schrittweise Rückführung des Wertpapierankaufprogramms der Fed führten 2014 zu Kapitalabflüssen aus den Schwellenländern. Diese Entwicklung spiegelte sich in volatilen Ausschlägen der Währungen, Anleihen und Aktien dieser Märkte wider.

Einen besonderen Rückgang verzeichnete der Rohölpreis, der von Mitte 2014 bis zum Jahresende – in US-Dollar gemessen – um mehr als 50% einbrach und damit auf das niedrigste Niveau seit 2009 fiel. Ausgelöst wurde der Preisverfall durch eine Kombination aus schwacher Nachfrage und steigendem Angebot als Folge der verstärkten Förderung von Schieferöl in den USA und der geänderten Angebotspolitik der OPEC. Die Währungen erdölex-

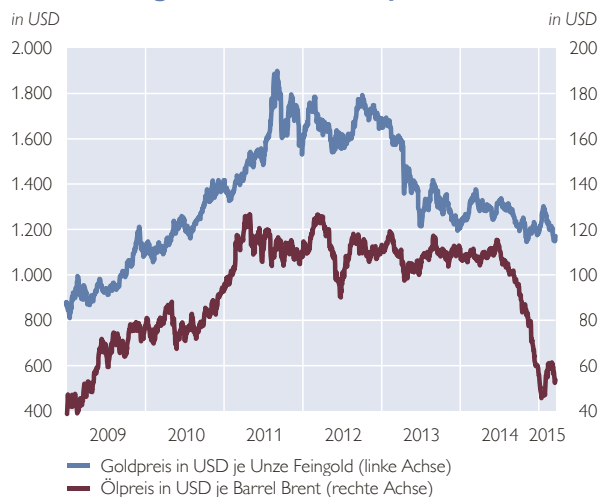
Grafik 13

Wechselkursentwicklung gegenüber dem Euro



Quelle: Thomson Reuters.

Entwicklung des Gold- und Ölpreises



Quelle: Thomson Reuters.

portierender Länder wie Norwegen oder Russland reagierten sehr sensitiv auf den rapiden Ölpreisrückgang und werteten gegenüber dem Euro und dem US-Dollar ab. Der Goldpreis fiel unter anderem wegen der gesunkenen Inflationsaussichten zwischenzeitlich auf ein Vier-Jahres-Tief von 1.140 USD je Feinunze.

Auch 2014 Herausforderungen für das Reservenmanagement der OeNB

Die Veranlagungspolitik der OeNB trug den Entwicklungen auf den Finanzmärkten bereits früh im Jahr 2014 Rechnung und war durch eine vorsichtige Ausweitung der Fremdwährungsbestände gekennzeichnet. Die Eigenveranlagung basiert weiterhin auf den vorrangigen Zielen Sicherheit, Liquidität und Ertrag. Sie erfolgt nach international üblichen Maßstäben und unterliegt einem umfangreichen Risikomanagementsystem. Eine ausgewogene Währungsallokation unterstützt diesen Weg und trägt zu einer stabilen Ertragslage bei. Im Rahmen des ESZB – und damit in enger Zusammenarbeit mit der EZB und den anderen Zentralbanken des Eurosystems – sichert die OeNB weiterhin die Liquidität der Banken und unterstützt dadurch die Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Sonderziehungsrechte (SZR), die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) an die Teilnehmerländer vergeben wurden, wurden im Jahr 2014 verstärkt zurückgezahlt. Das Nettoaufkommen an SZR lässt darauf schließen, dass die Wirtschaftskrise in den meisten Regionen überwunden werden konnte. Der Wert der SZR hat sich im Zuge der Verfestigung der im SZR-Währungskorb enthaltenen Fremdwährungen gegenüber dem Euro erhöht.

Fünf Fragen und Antworten zu den Goldbeständen der OeNB

Welche Bedeutung hat Gold für Zentralbanken?

Gold spielt traditionell eine wichtige Rolle im internationalen Währungssystem. Währungs- und Goldreserven sind ein zentrales Element der Notenbankstrategie zur Krisenvorsorge und -bewältigung und haben in Krisenzeiten ihre vertrauensbildende Funktion stets bestätigt. Der IWF betont in seinen „Revised Guidelines for Foreign Exchange Reserve Management“ die wichtige Rolle von Gold als Währungsreserve.

Was ist das Goldabkommen der Zentralbanken?

Das 1999 erstmals abgeschlossene und bis 2019 verlängerte „Goldabkommen der Zentralbanken“ bezeichnet Gold als wichtigen Bestandteil der weltweiten Währungsreserven. Die beteiligten Zentralbanken bekennen sich dazu, ihre Goldtransaktionen zu koordinieren, um Marktturbulenzen zu vermeiden und sich marktneutral zu verhalten.

Wie hoch sind die Goldbestände der OeNB?

Die von der OeNB gehaltenen Goldreserven Österreichs betragen 280 Tonnen. Dieser Bestand ist seit 2007 unverändert. Die Goldreserven stehen ausschließlich im Eigentum der OeNB und werden mit größter Sorgfalt aufbewahrt und verwaltet. Die mit der Lagerung verbundenen Kosten werden unter besonderer Berücksichtigung des Aspekts der Krisenvorsorge und -bewältigung von der OeNB so gering wie möglich gehalten. Neben dem physischen Halten von Goldbeständen führen Zentralbanken, je nach Marktsituation, auch Goldleihegeschäfte durch. Unter Goldleihe ist ein Geschäft der Veranlagung von Buchgold gegen Erhalt von Zinsen am Ende der Laufzeit zu verstehen. Aufgrund der aktuellen Marktsituation werden derzeit von der OeNB keine Goldleihegeschäfte getätigt.

Die weltweiten Goldreserven des öffentlichen Sektors belaufen sich laut IWF auf rund 32.000 Tonnen. Die größten öffentlichen Goldreserven befinden sich im Besitz der USA (8.134 Tonnen), Deutschlands (3.389 Tonnen) und des IWF (2.814 Tonnen). Im Euroraum belaufen sich die öffentlichen Goldreserven in Summe auf 10.794 Tonnen.

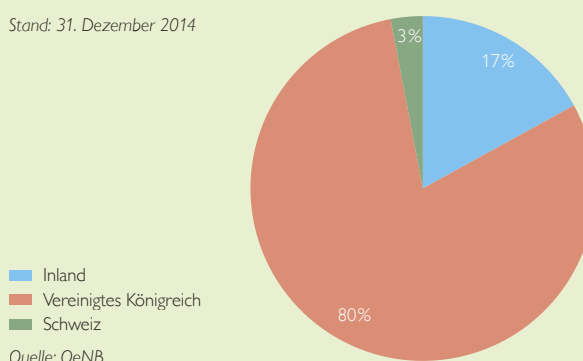
Wo werden die Goldbestände der OeNB gelagert?

Gemäß dem aktuellen Lagerstellenkonzept hält die OeNB derzeit 17 % ihrer Goldbestände in Österreich, 80 % im Vereinigten Königreich und 3 % in der Schweiz. Die von der OeNB verwendeten hochspezialisierten Lagerstellen bester Bonität erfüllen höchste Sicherheitsstandards, verwahren den wesentlichen Teil der internationalen Goldbestände und wickeln auch den Großteil der internationalen physischen Goldtransaktionen ab.

Die OeNB hat im Mai 2014 in Begleitung des Rechnungshofes eine Vor-Ort-Überprüfung ihrer Goldreserven bei einer Lagerstelle in England vorgenommen, bei der es keinerlei Beanstandungen gab.

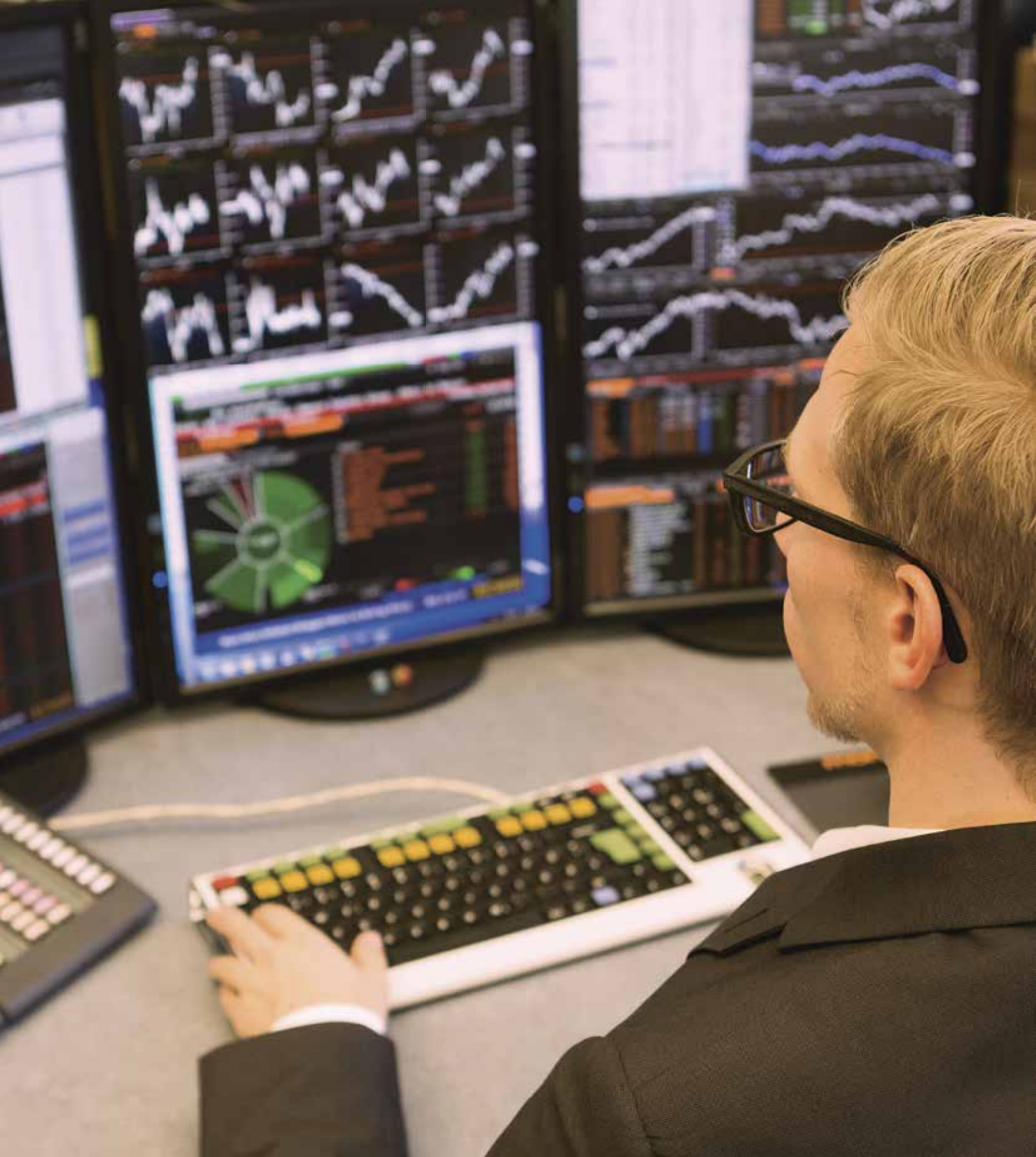
Goldbestand nach Lager- bzw. Auslieferungsort

Stand: 31. Dezember 2014



Was bedeutet „London Good Delivery“?

Dieser Qualitätsstandard trifft auf alle im Eigentum der OeNB stehenden Goldbarren zu. „London Good Delivery“ ist ein Qualitätsstandard der London Bullion Market Association (LBMA) hinsichtlich Gewicht und Feinheit für die Herstellung von Goldbarren. Das internationale Gütesiegel „Good Delivery“ garantiert die aufgeprägten oder eingestanzten Merkmale wie Feinheit und Gewicht sowie die ständige, ununterbrochene Aufbewahrung in akzeptierten Lagerungsanstalten. Barren mit „Good Delivery“-Status garantieren weltweite Akzeptanz und Handelbarkeit.



Wir sichern zusammen mit der EZB und der österreichischen Finanzmarktaufsicht
die Stabilität der Banken und der Finanzmärkte.

Wir begegnen neuen Entwicklungen offen und zukunftsorientiert.

[Aus unserem Leitbild](#)

Neue Aufsichtspolitik zur Gewährleistung der Finanzmarktstabilität

Österreichische Finanzinstitute vor großen Herausforderungen

Die europäischen Banken waren auch 2014 mit einem schwachen Wirtschaftswachstum, höheren Kreditrisikovorsorgen, einem niedrigen Zinsniveau und daher mit einer geringen Profitabilität konfrontiert. Sowohl der Ausblick für das Wirtschaftswachstum im Euroraum als auch für den CESEE-Raum¹ bleibt mit Abwärtsrisiken behaftet. Die geopolitischen Spannungen rund um Russland und die Ukraine wirken sich insbesondere auf CESEE und damit auch auf die Aktivitäten der österreichischen Banken aus.

Profitabilität der österreichischen Banken durch Abschreibungsbedarf und schwieriges makrofinanzielles Umfeld beeinträchtigt

Das konsolidierte Periodenergebnis der österreichischen Banken (einschließlich Auslands-töchter) sank per Ende September 2014 im Vorjahresvergleich um 57% auf 1,0 Mrd EUR. Wesentliche Treiber für diese Entwicklung waren ein erhöhter Risikovorsorge- und Abschreibungsbedarf, Aufwendungen im Zusammen-

hang mit dem Verkauf von Auslandstochterbanken der Hypo Group Alpe-Adria sowie die Auswirkungen des anhaltend niedrigen Zinsumfelds. Das negative Periodenergebnis im Jahr 2013 war insbesondere auf Firmenwertabschreibungen von CESEE-Tochterbanken und Verluste bei der Hypo Group Alpe-Adria zurückzuführen. Die Korrektur der Firmenwerte reflektiert vor allem die niedrigeren Wachstumserwartungen und das schwächere wirtschaftliche Umfeld in CESEE.

Profitabilität auch in CESEE rückläufig

Die Aktivitäten der österreichischen Tochterbanken in CESEE lieferten insgesamt zwar weiterhin einen wichtigen positiven Beitrag zum konsolidierten Periodenergebnis, dieser ist aber im Vorjahresvergleich – v. a. aufgrund des erhöhten Risikovorsorgebedarfs in Rumänien, der Fremdwährungskreditmaßnahmen in Ungarn und der verschlechterten konjunkturellen Situation in Russland – gesunken.

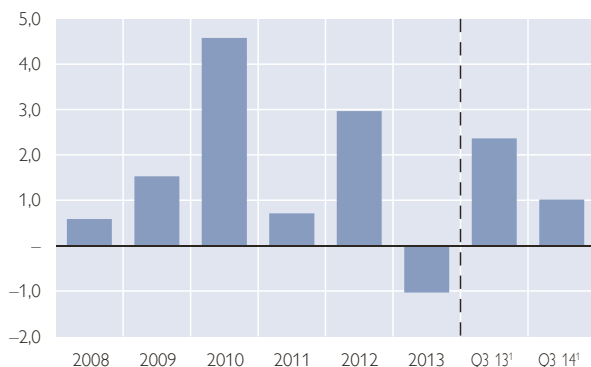
So verringerte sich das Periodenergebnis der österreichischen Tochterbanken in CESEE im Vorjahresvergleich per September 2014 um 59% auf 0,9 Mrd EUR (inkl. Joint Venture einer Bank in der Türkei). Die Gewinnbeiträge aus der Tschechischen Republik und Russland sind nach wie vor beachtlich, wenngleich das Ergebnis aus Russland im Vorjahresvergleich um 15% niedriger ist (siehe Kasten 7).

Der Ausblick für CESEE bleibt für 2015 schwach und dürfte zunehmenden Druck auf die Kreditqualität und die Ertragslage ausüben. Stärkere Währungsabwertungen, wie sie etwa beim russischen Rubel Ende 2014 verzeichnet wurden, schränken die Vorhersehbarkeit der Profitabilität sowie die interne Kapitalgenerierungsfähigkeit der Banken ein. Außerdem bestehen insbesondere für Schwellenländer (z. B. Türkei) Risiken von Kapitalabflüssen im Falle einer unerwarteten Normalisierung der Geldpolitik.

Grafik 15

Konsolidiertes Periodenergebnis der österreichischen Banken

in Mrd EUR



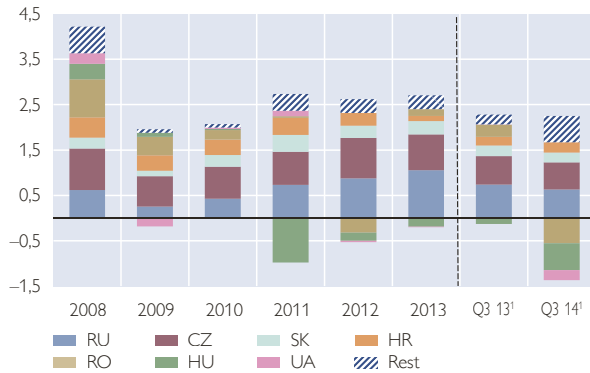
Quelle: OeNB.

¹ Die Q3-Werte sind nicht mit Jahresendwerten vergleichbar.

¹ In diesem Abschnitt wird die CESEE-Region weiter gefasst und schließt auch die GUS-Länder ein.

Periodenergebnisse der österreichischen Tochterbanken in CESEE

in Mrd EUR



Quelle: OeNB.

¹ Die Q3-Werte sind nicht mit Jahresendwerten vergleichbar.

Insgesamt nahmen die Risiken angesichts der relativen Ertragsschwäche der österreichischen Banken im Inland und der verstärkten Konzentration ihrer Gewinne auf einige

wenige CESEE-Länder zu. Die strukturellen Risiken des österreichischen Bankensystems sind unverändert hoch. Neben der Exponierung gegenüber CESEE ist das Bankensystem insgesamt vergleichsweise groß, stark vernetzt und hat eine unterdurchschnittliche Eigenmittelausstattung.

Implizite Staatsgarantie

Die Ratings der österreichischen Banken profitieren von der ausgezeichneten Bonität des österreichischen Staats. Ratingagenturen bewerten in ihren Analysen unter anderem die Finanzkraft des jeweiligen Heimatlands und die Wahrscheinlichkeit von Stützungsmaßnahmen für eine in Schieflage geratene Bank. Aus diesem Grund sind Länderratings und Ratings von Finanzinstitutionen eng miteinander verknüpft. Zahlreiche regulatorische Maßnahmen wie z. B. die BRRD tragen zu einer Entflechtung von Staaten und Banken bei und verringern damit die Rolle der impliziten Staatsgarantien für Bankratings.

Kapitalisierung der österreichischen Banken trotz Verbesserungen weiterhin relativ schwach

In den vergangenen Jahren hat sich die Eigenmittelausstattung des österreichischen Bankensystems kontinuierlich verbessert. Ende September 2014 lag die durchschnittliche Tier 1-Quote bei 11,8%. Das entspricht einer Steigerung um mehr als 4 Prozentpunkte seit Ausbruch der Finanzkrise 2008. Die harte Kern-

kapitalquote lag Ende September 2014 ebenfalls bei 11,8%.

Trotz der Verbesserung der Eigenmittelausstattung sind die österreichischen Banken im internationalen Vergleich allerdings weiterhin unterdurchschnittlich kapitalisiert. Dies wurde auch durch die Ergebnisse des Comprehensive Assessment seitens der EZB untermauert (siehe Abschnitt „Wesentliche Fortschritte in der Errichtung der Bankenunion“). In Anbetracht der schrittweisen Einführung der neuen erhöhten Eigenkapitalvorschriften unter Basel III sowie der Risikoexponierung der österreichischen Banken gegenüber CESEE und Fremdwährungskrediten sind die österreichischen Banken weiter angehalten, ihre Risikotragfähigkeit zu stärken. Dies gilt umso mehr, als die Verbesserung der Eigenmittelquoten im Jahr 2014 zum Stillstand kam.

Investoren und Marktteilnehmer thematisierten bei den österreichischen Banken vor allem ihr Engagement in geopolitisch sensiblen Ländern wie Russland, der Ukraine und der Türkei, die insgesamt starke Ausrichtung auf den CESEE-Raum sowie die Schweizer-Franken-Kredite in Österreich und CESEE. Die Umsetzung der Richtlinie für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Bank Recovery and Resolution Directive – BRRD) in Österreich mit Anfang 2015, die eine verstärkte Gläubigerbeteiligung ermöglicht, übt Druck auf die „standalone ratings“ der Banken, d.h. ohne Berücksichtigung der impliziten Staatsgarantie, aus.

Niedrigzinsumfeld als Herausforderung für die Profitabilität von Versicherungen und Pensionskassen

Durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld stehen große Investoren, die Renditegarantien abgegeben haben, wie Versicherungen oder Pensionskassen, vor der Herausforderung, auslaufende Veranlagungen entsprechend anzulegen, ohne höhere Risiken einzugehen. EU-weit ist der Versicherungssektor in Vorbereitung auf das ab 2016 geltende neue Eigenmittelregime Solvency II, das zu einer weiteren Harmonisie-

Wesentliche Entwicklungen bei Hypo Group Alpe-Adria bzw. HETA Asset Resolution AG seit 2014

Am 11. Juni 2014 wurde vom Ministerrat, den Empfehlungen der Hypo-Taskforce folgend, der Rechtsrahmen zum Abbau der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG (HBInt) beschlossen. Dieser sieht die Trennung der Vermögenswerte der Bank in Kern- und Nicht-Kern-Vermögenswerte vor, wobei Letztere in Form einer Abwicklungseinheit, die über keine Bankkonzession verfügt, bestmöglich verwertet werden sollen. Die operative Umsetzung dieser Lösung erfolgte im Herbst 2014 auf Basis zwischenzeitlich geschaffener gesetzlicher Grundlagen. Am 30. Oktober 2014 erließ die österreichische Finanzmarktaufsicht (FMA) den Bescheid zur Deregulierung der Bank. Gleichzeitig erfolgte die Umbenennung der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG in die HETA Asset Resolution AG. Als deregulierte Abbaugesellschaft unterliegt sie nun nicht mehr den regulatorischen Mindestkapitalanforderungen.

Zeitgleich erfolgte die Herauslösung der zum Verkauf bestimmten Kern-Vermögenswerte der Bank und Bündelung in der in Österreich konzessionierten Hypo SEE-Holding, die mittlerweile in Hypo Group Alpe-Adria AG umfirmiert wurde. Diese hält nunmehr die Tochterbanken der ehemaligen Hypo Alpe-Adria-Bank International AG in Südosteuropa (SEE), die entsprechend dem durch die Europäische Kommission genehmigten Restrukturierungsplan bis Jahresende 2015 zu verkaufen sind. Am 23. Dezember 2014 wurde von der HETA Asset Resolution AG verlautbart, dass die Verkaufsverhandlungen über das SEE-Netzwerk an ein Bieterkonsortium, bestehend aus dem US-Fonds Advent International und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, abgeschlossen wurden. Der Abschluss dieser Transaktion ist für Mitte 2015 vorgesehen.

Am 27. Februar 2015 informierte die HETA die Aufsichtsorgane sowie ihren Eigentümer, die Republik Österreich, über ihre drohende Zahlungsunfähigkeit auf Basis erster vorläufiger Ergebnisse aus dem Asset Quality Review. Der Bundesminister für Finanzen teilte daraufhin mit, keine weiteren staatlichen Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen (nach dem Finanzmarktstabilitätsgesetz) setzen zu wollen. Als Folge leitete die FMA in ihrer Funktion als österreichische Abwicklungsbehörde gemäß dem „Bundesgesetz zur Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG, Umsetzung des neuen europäischen Abwicklungsregimes für Banken) die Abwicklung der HETA per Bescheid ein.

Im Zuge der Bescheiderstellung verfasste die OeNB eine gutachtliche Äußerung zu den Auswirkungen eines potenziellen Konkurses der HETA auf die Finanzmarktstabilität in Österreich oder einem anderen Mitgliedstaat. Das Gutachten der OeNB führte dazu aus, dass ein Konkurs der HETA negative Auswirkungen auf die Finanzmarktstabilität in den SEE-Ländern und auf den Finanzmarkt in Österreich hätte. Der am 1. März 2015 von der FMA veröffentlichte Bescheid sieht eine bis 31. Mai 2016 befristete Stundung von Verbindlichkeiten der HETA gegenüber den Gläubigern gemäß BaSAG vor, um die Erstellung eines Abwicklungsplans, der den Zielen des neuen Regimes entspricht, zu ermöglichen.

rung der Finanzbranche innerhalb der EU beiträgt. Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (European Insurance and Occupational Pensions Authority – EIOPA) führte im Herbst 2014 einen EU-weiten Stresstest des Versicherungssektors bereits auf Basis der Eigenmittelanforderungen unter Solvency II durch. Die Ergebnisse zeigen die Schwachstellen des Sektors im Niedrigzinsumfeld und Aufholbedarf in der Vorbereitung auf Solvency II auf – insbesondere bei kleineren Unternehmen.

Zahlungssysteme als wesentlicher Bestandteil der Aufsichtsarbeit

Das reibungslose Funktionieren von Zahlungssystemen ist eine Grundvoraussetzung für die Finanzmarktstabilität. Die Ausübung der Zahlungssystemaufsicht ist somit eine wesentliche Aufgabe der OeNB. Das Aufsichtsspektrum reicht von Systemen zur Abwicklung von Großbetragstransaktionen zwischen Banken bis hin zu E-Geldzahlungen über Handy oder die elektronische Geldbörse, die bargeldloses Zahlen ohne Eingabe eines PIN ermöglichen.

Die Aufsichtstätigkeit beinhaltete 2014 unter anderem die Erstellung einer umfassenden Risikoeinschätzung anlässlich der erstmaligen Zulassung einer zentralen Gegenpartei in

Wesentliche Ergebnisse und Empfehlungen des IWF im Rahmen der Artikel IV-Konsultation im Herbst 2014

Im Rahmen der Artikel IV-Konsultation führt der IWF jährlich bilaterale Gespräche mit Mitgliedstaaten. Für Österreich wurde die jüngste Artikel IV-Konsultation im September 2014 abgeschlossen und veröffentlicht. In seinem Bericht kommt der IWF zur Einschätzung, dass Österreich die globale Wirtschafts- und Finanzkrise bisher relativ gut überwinden konnte. Die stärksten Auswirkungen hatte die Krise auf den Bankensektor und die Staatsverschuldung; auf diese beiden Bereiche legte der IWF daher auch den Fokus bei seiner Überprüfung.

Aufgrund der im internationalen Vergleich unterdurchschnittlichen Kapitalisierung erachtet der IWF einen weiteren Kapitalaufbau bei den österreichischen Banken als notwendig. Das Risikoprofil österreichischer Banken ist gemäß IWF-Einschätzung durch niedrige Profitabilität (unter anderem aufgrund des Niedrigzinsumfelds), sowie durch eine schwache Kreditqualität, vor allem in einigen CESEE-Ländern, gekennzeichnet. Hinzu kommen Unsicherheiten auf Grund geopolitischer Spannungen in Russland und der Ukraine. Der IWF betont daher die Bedeutung der Bildung adäquater Risikovorsorgen durch die Banken. Der IWF begrüßt die Entwicklung eines nachhaltigeren Geschäftsmodells für die österreichischen Tochterbanken im CESEE-Raum (d. h. Stärkung der lokalen Refinanzierungsbasis) und empfiehlt in diesem Zusammenhang eine Fortführung des Nachhaltigkeitspakets der OeNB und FMA.

Die österreichische Staatsverschuldung ist trotz Einsparungen höher als bei anderen Staaten mit vergleichbarem Rating. Österreich hat keine ausreichenden Puffer für die Bewältigung des verstärkten Drucks durch die Kosten der Überalterung, potenzielle weitere Kosten für Bankenrestrukturierungen und Risiken aus dem Engagement der Banken im CESEE-Raum.

Der IWF empfiehlt außerdem ambitioniertere Reformen bei strukturpolitischen Ausgaben, im Wesentlichen beim Pensionssystem, im Gesundheitswesen und bei öffentlichen Subventionen sowie in Bezug auf den Steuerföderalismus. Entsprechende Einsparungen sollen für den rascheren Abbau der Staatsschulden und eine geringere Besteuerung des Faktors Arbeit inklusive Reduktion der Sozialversicherungsbeiträge verwendet werden. Damit kann das Arbeitsangebot erhöht und das potenzielle Wachstum gefördert werden. Darüber hinaus empfiehlt der IWF eine Steigerung des Wachstumspotenzials durch eine Reform des Bildungswesens sowie eine Erleichterung der Finanzierung und eine Reduktion administrativer Hürden für Unternehmensgründungen.

Abwicklung versus Insolvenz

Im Unterschied zur Insolvenz muss die Abwicklung eines Kreditinstituts bereits bei einem wahrscheinlichen Ausfall angeordnet werden, wenn dies im öffentlichen Interesse ist. Ein wahrscheinlicher Ausfall kann vorliegen, wenn aufgrund objektiver Anhaltspunkte in naher Zukunft von einer Überschuldung bzw. Zahlungsunfähigkeit des Kreditinstituts auszugehen ist. Das Insolvenzverfahren kann hingegen erst bei eingetretener Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eröffnet werden. Während beim Insolvenzverfahren der Sinn und Zweck in der größtmöglichen Gläubigerbefriedigung unter Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes liegt, dient eine Abwicklung der Aufrechterhaltung kritischer Funktionen, der Vermeidung erheblicher negativer Auswirkungen auf die Finanzstabilität sowie dem Schutz der öffentlichen Mittel und der Einleger. In jedem Fall dürfen Gläubiger des Kreditinstituts durch eine Abwicklung nicht schlechter gestellt werden als bei einer Insolvenz.

Österreich. Diese Beurteilung basiert auf einer 2012 in Kraft getretenen EU-Verordnung zur Erhöhung der Transparenz und Sicherheit im außerbörslichen Wertpapierhandel. Unter Mitwirkung der OeNB wurden im Jahr 2014 Empfehlungen für die Sicherheit von Internetzahlungen erarbeitet, die eine einheitliche Ausübung der nationalen Aufsichtstätigkeiten unterstützen sollen.

Infolge einer Novellierung des Notenbankgesetzes sind Betreiber von Zahlungssystemen seit 14. Jänner 2015 ver-

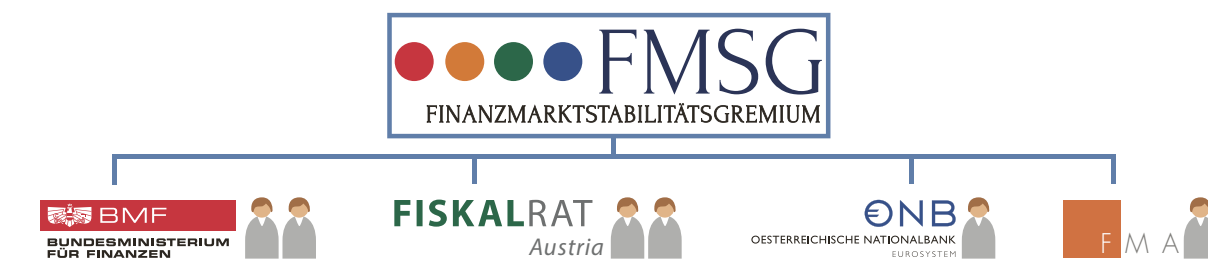
pflichtet, die Aufnahme bzw. die Einstellung des Betriebs eines Zahlungssystems sowie dessen Teilnehmer der OeNB schriftlich zu melden.

Makroprudenzielle Aufsicht nimmt Fahrt auf

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass eine ausschließlich auf Solvenz und Stabilität von einzelnen Finanzmarktteilnehmern ausgerichtete (mikroprudenzielle) Aufsicht sowie eine auf die Preisstabilität fokussierte Geldpolitik alleine keine Gewähr für die Stabilität des Finanzsystems bieten. Die Ursachen sind vielfältig und umfassen unter anderem:

- die stärkere Vernetzung zwischen den Banken, wodurch sich das Ansteckungspotenzial erhöht,
- die Unterschätzung der Auswirkungen von prozyklischem Verhalten der Banken auf die Stabilität des Finanzsystems,

Abbildung 1



- die negativen Anreize, die sich aus „Too-big-to-fail“, der impliziten Staatsgarantie sowie aus der steuerlichen Bevorzugung von Fremdkapital ergeben.

Österreichisches Finanzmarktstabilitätsgremium etabliert

Die makroprudenzielle Aufsicht identifiziert und analysiert vorausschauend Risiken für die Stabilität des österreichischen Finanzsystems und schließt damit die Lücke zwischen mikroprudenzieller Aufsicht und Geldpolitik. In diesem Sinn wurde die makroprudenzielle Aufsicht als neue Säule der Bankenaufsicht im Bankwesengesetz (BWG) verankert (V. Abschnitt (§§ 22–24a BWG)). In Österreich wurde hierfür das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) eingerichtet (§§ 13–13b FMABG).

Die Aufgabe des FMSG ist die Stärkung der Zusammenarbeit in makroprudenziellen Fragen und die Förderung der Finanzmarktstabilität. Es setzt sich aus Vertretern des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), des Fiskalrats, der FMA und der OeNB zusammen, wobei das BMF den Vorsitz innehat und die OeNB das Sekretariat stellt. Das FMSG nahm mit der konstituierenden Sitzung am 8. September 2014 seine Tätigkeit auf und soll künftig viermal jährlich tagen. Bereits in der zweiten Sitzung im November 2014 wurden strukturelle systemische Risiken im Bankensektor diskutiert. In seiner dritten Sitzung am 24. Februar 2015 hat das FMSG den Einsatz und die Kalibrierung des Systemrisikopuffers und des Systemrelevante-Institute-Puffers zur Adressierung struktureller Systemrisiken im österreichischen Banken-

sektor besprochen. Detaillierte Informationen hierzu finden sich auf der FMSG-Homepage.

Makroprudenzielle Maßnahmen in Österreich bereits vor Jahren gesetzt

Seit mehr als zehn Jahren haben FMA und OeNB die mit Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten verbundenen Risiken aufgezeigt. Im Jahr 2003 wurde die erste Version der FMA-Mindeststandards veröffentlicht, die von den Banken bei der Vergabe von Fremdwährungskrediten einzuhalten sind. Im Herbst 2008 wurde von der FMA die Empfehlung abgegeben, an private Haushalte keine neuen Fremdwährungskredite mehr zu vergeben. Im Jahr 2010 folgte eine Erweiterung und 2013 nochmals eine Überarbeitung der FMA-Mindeststandards, unter anderem, um die zwischenzeitlich veröffentlichten Empfehlungen des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (European Systemic Risk Board – ESRB) zu berücksichtigen. Außerdem haben sich die österreichischen Banken im Jahr 2010 zur Einhaltung der sogenannten Guiding Principles für ihr Fremdwährungskreditgeschäft in CESEE verpflichtet.

Rückläufiges Volumen der Fremdwährungskredite in Österreich und in CESEE

Wie schon die Jahre zuvor gingen die Fremdwährungskredite in Österreich auch im Jahr 2014 weiter zurück. Die Schweizer-Franken-Kredite betragen im Dezember 2014 knapp 30 Mrd EUR, wovon 24 Mrd EUR auf private Haushalte entfielen. Etwa drei Viertel davon sind endfällig und mit einem Tilgungsträger

Fünf Fragen und Antworten zur makroprudenziellen Aufsicht in Österreich

Wozu bedarf es einer makroprudenziellen Aufsicht?

Die Schaffung der makroprudenziellen Aufsicht ist eine der Lehren aus der Finanzkrise. Strukturelle und zyklische Systemrisiken, die schwerwiegende Auswirkungen auf das Finanzsystem und in Folge auf die Realwirtschaft haben können, sollen frühzeitig identifiziert und mit den zur Verfügung stehenden Instrumenten reduziert werden.

Welche Zielsetzung verfolgt sie und wie spielt sie mit der Einzelbankenaufsicht zusammen?

Die mikroprudenzielle Aufsicht ist für die laufende Aufsicht von Einzelbanken zuständig und überprüft im Wesentlichen die Einhaltung qualitativer (z. B. Risikomanagement) und quantitativer (z. B. Eigenmittelquoten) Kriterien. Sie zielt auf Gläubigerschutz und die Stabilität der Einzelbanken ab. Die makroprudenzielle Aufsicht hat demgegenüber die Sicherstellung eines stabilen Finanzsystems, niedrigere Eintrittswahrscheinlichkeiten und gesellschaftliche Kosten von Finanzkrisen sowie ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zum Ziel.

Über welche Instrumente verfügt die makroprudenzielle Aufsicht?

Ihr stehen verschiedene Arten von Kapitalpuffern (Systemrisikopuffer, antizyklischer Kapitalpuffer etc.) als Instrumente zur Verfügung. Darüber hinaus besteht unter bestimmten Voraussetzungen im Rahmen des nationalen Flexibilitätspakets die Möglichkeit, auf Systemrisiken zeitlich befristet durch strengere als die EU-weit geregelten Vorschriften (u. a. Eigenmittel- und Liquiditätsanforderungen, Risikogewichte für bestimmte Risikopositionen, Offenlegungspflichten etc.) zu reagieren. Im aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsverfahren stehen u. a. Maßnahmen im Bereich Eigenmittel, Rückstellungen oder Ausschüttungseinschränkungen zur Verfügung.

Der antizyklische Kapitalpuffer z. B. wird von der Behörde vorgeschrieben und ist von den Banken in guten Zeiten aufzubauen und kann in schlechten Zeiten, falls notwendig, abgebaut werden. Eine Unterschreitung hat Ausschüttungssperren für Gewinne und die Erstellung eines Kapitalerhaltungsplans zur Folge. Daneben kann auch mit gezielten Informationsaktivitäten das Risikobewusstsein geschärft werden.

Wer ist in Österreich für die makroprudenzielle Aufsicht zuständig?

Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) ist das zentrale Willensbildungsorgan der makroprudenziellen Aufsicht in Österreich und kann Risikohinweise bzw. Empfehlungen abgeben. Es setzt sich aus Vertretern des BMF, des Fiskalrats, der OeNB und FMA zusammen, wobei das BMF den Vorsitz hat. Die FMA kann als zuständige Behörde makroprudenzielle Maßnahmen setzen.

Welche Rolle nimmt die OeNB ein?

Die OeNB leistet durch ihre Analysen im Bereich systemischer Risiken, Berichte und Sekretariatsaufgaben einen wesentlichen Beitrag zur makroprudenziellen Aufsicht in Österreich. Außerdem trägt sie gemäß ihrem Mandat zur Wahrung der Finanzmarktstabilität in Österreich bei (§§ 44b, 44c NBG). Die OeNB unterstützt das FMSG mit der Übernahme des Sekretariats.

verbunden. Seit der FMA-Empfehlung vom Oktober 2008 an die österreichischen Banken, keine Fremdwährungskredite mehr an private Haushalte ohne Einkommen in dieser Währung zu vergeben, fiel das Volumen um knapp die Hälfte (bereinigt um Wechselkurseffekte). Trotz dieses Rückgangs stellen Fremdwährungskredite weiterhin ein Risiko für private Haushalte und für die österreichische Finanz-

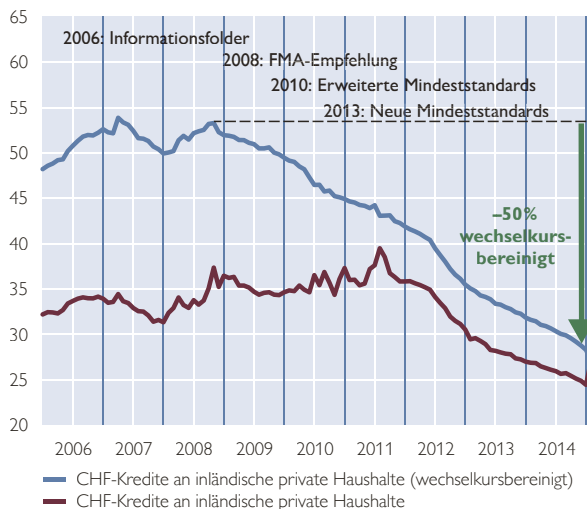
marktstabilität dar. Durch die Aufgabe des EUR/CHF-Mindestkurses der Schweizerischen Nationalbank am 15. Jänner 2015 wertete der Schweizer Franken deutlich auf, wodurch sich auch das ausstehende Fremdwährungskreditvolumen in Schweizer Franken schlagartig erhöhte.

In CESEE hatten die österreichischen Banken Mitte 2014 ein ausstehendes Fremdwäh-

Grafik 17

Schweizer-Franken-Kredite an inländische private Haushalte

in Mrd EUR



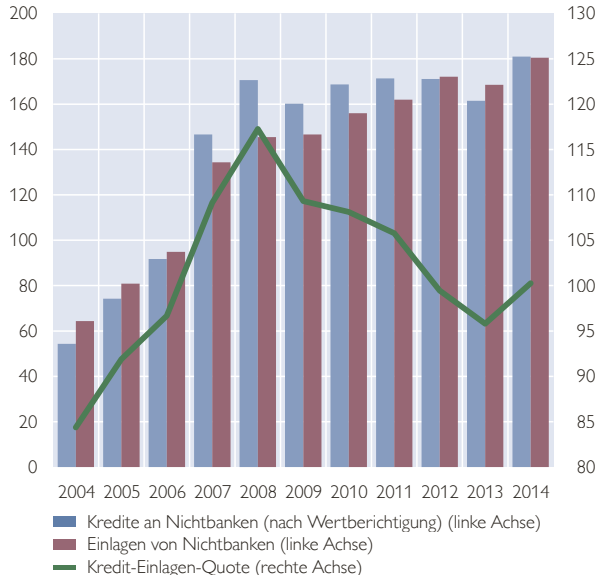
Quelle: OeNB.

Grafik 18

Kredit- und Einlagenentwicklung der österreichischen Tochterbanken in CESEE

in Mrd EUR

in %



Quelle: OeNB.

rungskreditvolumen in Höhe von rund 118 Mrd EUR. Davon wurden etwa 79 Mrd EUR über die österreichischen Tochterbanken in CESEE und weitere 39 Mrd EUR direkt von den Mutterbanken vergeben. Der überwiegende Teil ist in Euro denominated (81 Mrd EUR). Die FMA-Mindeststandards sowie die Guiding Principles trugen dazu bei, dass die österreichischen Tochterbanken in CESEE seit Mitte 2012 das Volumen der ausstehenden Fremdwährungskredite um 9,5 Mrd EUR bzw. 11 % reduzierten. Mitte 2014 betrug das ausstehende Volumen der Schweizer-Franken-Kredite in CESEE 13,7 Mrd EUR und verteilte sich überwiegend auf Ungarn, Polen und Kroatien. In diesen Ländern ist der Anteil der Schweizer-Franken-Kredite an den Gesamtkrediten hoch. In Ungarn wurden 2014 und in Kroatien 2015 Maßnahmen zur Reduktion bestehender Fremdwährungskredite gesetzt, was sich negativ auf die Profitabilität der Banken auswirkt. Die Kredite in Schweizer Franken wurden hauptsächlich an private Haushalte vergeben, während Kredite in USD, die vor allem in Russland

und in der Türkei aushaftend waren, größtenteils an Unternehmen ausgezahlt wurden.

Eine weitere makroprudenzielle Maßnahme der österreichischen Aufsicht ist die im März 2012 veröffentlichte aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken. Das Nachhaltigkeitspaket führte in den vergangenen Jahren zu einer deutlich ausgewogeneren Refinanzierungsstruktur der CESEE-Tochterbanken und reduzierte ihre Abhängigkeit von Liquiditätstransfers der Mutterbanken in Österreich. Auch im September 2014 blieb die Refinanzierungslücke zwischen dem lokalen Kredit- und Einlagevolumen nahezu geschlossen (Höchststand Q1 2009: 27 Mrd EUR) und die konzerninternen Liquiditätstransfers wurden auf 25 Mrd EUR reduziert (Höchststand Q2 2011: 48 Mrd EUR). Diese Entwicklung wurde maßgeblich durch einen Anstieg der lokalen Einlagen erzielt.

² CRD: Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive); CRR: Eigenkapitalverordnung (Capital Requirements Regulation).

Zahlreiche makroprudenzielle Maßnahmen auch auf europäischer Ebene

Mit dem neuen europäischen Bankenaufsichtsrecht (CRD/CRR)² steht den zuständigen Behörden in der EU seit 2014 ein harmonisierter Rechtsrahmen für die makroprudenzielle Aufsicht zur Verfügung. Die neuen behördlichen Befugnisse ergänzen den bisher vor allem an der Solvenz von einzelnen Banken orientierten Aufsichtsansatz durch Einbeziehung der systemischen Perspektive.

Zahlreiche EU-Mitgliedstaaten haben 2014 bereits von den neuen Aufsichtsinstrumenten Gebrauch gemacht, um Risiken im Bereich ihres Finanzsystems entgegenzuwirken. Die EU-weit getroffenen Maßnahmen umfassen ein weites Spektrum an für die makroprudenzielle Aufsicht verfügbaren Instrumenten.

Besonders häufig wurden zusätzliche Kapitalpuffer zur Vorsorge gegen strukturelle Risiken (Systemrisikopuffer) und zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit im Bankensektor vorgeschrieben. Ein großer Teil der EU-Mitgliedstaaten führte auch spezifische Aufsichtsmaßnahmen gegen erhöhte Risiken in der Immobilienfinanzierung ein. Allerdings basieren Aufsichtspolitiken in Zusammenhang mit Risiken auf den Immobilienmärkten zum Teil nicht auf dem harmonisierten EU-Recht, sondern auf ergänzenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften.

Makroprudenzielle Aufsicht im Kontext des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus

Mit der EU-Verordnung zur Errichtung des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM) hat der europäische Gesetzgeber der EZB mit Wirkung ab 4. November 2014 besondere Aufgaben in der Aufsicht über Banken übertragen (siehe Abschnitt „Wesentliche Fortschritte in der Errichtung der Bankenunion“). Diese umfassen nicht nur Befugnisse der EZB in der Aufsicht über

Makroprudenzielle Aufsicht



Einzelinstitute (mikroprudenzielle Aufsicht), sondern auch Kompetenzen im Bereich der makroprudenziellen Aufsicht über den Bankensektor insgesamt. Grundsätzlich bleiben die Behörden der SSM-Mitgliedstaaten für die Durchführung der makroprudenziellen Aufsicht auf nationaler Ebene zuständig. Die EZB hat allerdings die Möglichkeit, gegebenenfalls strengere Aufsichtsmaßnahmen auf Basis des harmonisierten europäischen Bankenrechts selbst festzusetzen. Zur effektiven Durchführung der makroprudenziellen Aufsicht im SSM-Kontext bestehen Informations- und Koordinationspflichten zwischen der EZB und den Behörden der SSM-Mitgliedstaaten. Für Kompetenzen, die nicht auf europarechtlichen Grundlagen basieren, bleiben die nationalen Aufseher hingegen allein zuständig.

Im Rückblick auf ein Jahr Erfahrung mit dem neuen Aufsichtsfeld in Europa zeigt sich, dass insbesondere das Zusammenspiel der eingesetzten Instrumente noch Herausforderungen mit sich bringt. Zudem kommt der Koordination zwischen den Aufsichtsbehörden und Institutionen in der EU sowie der Kommunikation mit der Öffentlichkeit große Bedeutung zu. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Vorarbeiten zur Überprüfung des Rechtsrahmens für den neuen makroprudenziellen

Aufsichtsbereich ein, die die Europäische Kommission 2015 durchführt.

Wesentliche Fortschritte in der Errichtung der Bankenunion

Einheitlicher Aufsichtsmechanismus umgesetzt

Die EZB ist seit 4. November 2014 für die Beaufsichtigung der Banken im Euroraum zuständig. EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums haben die Möglichkeit, im Rahmen einer engen Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Aufsichtsbehörden freiwillig an diesem Aufsichtsmechanismus teilzunehmen. Die SSM-Verordnung bildet die Rechtsgrundlage für den gemeinsamen Aufsichtsmechanismus. Ergänzend dazu regelt die SSM-Rahmenverordnung die konkrete Zusammenarbeit zwischen der EZB und den nationalen zuständigen Aufsichtsbehörden innerhalb des einheitlichen Aufsichtssystems.

Innerhalb des SSM ist die Organisation der Aufsicht dezentral gestaltet und beruht auf einer Aufgabenteilung zwischen EZB und nationalen Aufsichtsbehörden. Die Zuständigkeiten bei der Wahrnehmung der Aufsichtsaufgaben richten sich nach der Unterscheidung zwischen den bedeutenden Banken (Significant Institutions) und weniger bedeutenden Banken (Less Significant Institutions). Bedeutende Banken werden von der EZB direkt beaufsichtigt. Die Beaufsichtigung dieser Institute erfolgt durch gemeinsame Aufsichtsteams (Joint Supervisory Teams – JST), die sich aus Mitarbeitern der EZB und der nationalen Aufsichtsbehörden jener Länder zusammensetzen, in denen die Bank aktiv ist. Jedes JST wird von einem Koordinator aus der EZB geleitet, der für die Umsetzung von Aufsichtsaufgaben und -tätigkeiten verantwortlich ist. Die Größe und Zusammensetzung eines gemeinsamen Aufsichtsteams hängt von der Art, Komplexität, Größe, Geschäftsmodell und Risikoprofil der beaufsichtigten Bank ab.

Im gesamten Euroraum wurden bisher 123 Banken als bedeutend³ eingestuft. Gemessen an der gesamten Bilanzsumme fallen rund 85 % der Bankaktiva im Euroraum unter die direkte Aufsichtszuständigkeit der EZB. In Österreich wurden acht Banken⁴ als bedeutend eingestuft. Gemeinsam mit UniCredit Bank Austria, die über ihr italienisches Mutterinstitut am SSM teilnimmt, werden nun mehr als 60 % der heimischen Bankenaktiva direkt durch die EZB beaufsichtigt.

Planung und Ausführung der an die EZB übertragenen Aufgaben obliegen dem dafür geschaffenen Aufsichtsgremium (Supervisory Board), das dem EZB-Rat als oberstes Beschlussorgan Beschlussentwürfe vorbereitet. Sie gelten als angenommen, wenn der EZB-Rat nicht innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums widerspricht.

Weniger bedeutende Banken werden weiterhin direkt durch die nationalen Aufsichtsbehörden beaufsichtigt. Diese sind dabei aber nicht völlig unabhängig; die EZB übt vielmehr eine Aufsicht über das Gesamtsystem aus, um eine einheitliche und qualitativ hochwertige Aufsichtspraxis sicherzustellen.

Auch im Rahmen der europäischen Aufgabenteilung verbleibt weitreichende Verantwortung bei der FMA und der OeNB. Die FMA trifft weiterhin Aufsichtsentscheidungen über derzeit 557 weniger bedeutende Banken, während die OeNB im Rahmen der Aufsicht weiterhin für sämtliche Aufgaben im Zusammenhang mit der

Bedeutende Banken (Significant Institutions) und weniger bedeutende Banken (Less Significant Institutions)

Eine Bank wird als bedeutend eingestuft, wenn sie eines der folgenden Kriterien erfüllt:

- der Gesamtwert der Aktiva übersteigt 30 Mrd EUR;
- der Anteil der gesamten Aktiva am BIP des teilnehmenden Mitgliedstaats übersteigt 20%, wobei die Bilanzsumme mindestens 5 Mrd EUR betragen muss;
- das Institut hat eine direkte öffentliche finanzielle Unterstützung durch die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSS) oder den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) beantragt oder entgegengenommen;
- das Institut zählt zu den drei größten Instituten des teilnehmenden Mitgliedstaats, unabhängig von seiner absoluten Größe;
- die grenzüberschreitenden Aktiva machen in mehr als einem der anderen SSM-Mitgliedstaaten mehr als 20% der Gesamtaktiva aus (Aktiva über 5 Mrd EUR).

³ Durch den Beitritt Litauens zum Euroraum am 1. Jänner 2015 erhöhte sich die Anzahl der bedeutenden Banken von 120 auf 123.

⁴ BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG, Erste Group Bank AG, Österreichische Volksbanken AG, Raiffeisen-Holding Niederösterreich–Wien reg.Gen.m.b.H., Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, Sberbank Europe AG, VTB Bank (Austria) AG.

Fünf Fragen und Antworten zum SSM

Wozu bedarf es eines einheitlichen Aufsichtsmechanismus?

Der SSM zielt darauf ab, die Sicherheit und die Zuverlässigkeit des europäischen Bankensystems zu gewährleisten, einen Beitrag zur Stabilität des Finanzsystems in der EU zu leisten und einheitliche europäische Aufsichtsstandards und -praktiken zu schaffen.

Über welche Aufgaben und Kompetenzen verfügt die EZB im Rahmen des SSM?

Die Aufgaben der EZB umfassen u. a. die Gewährleistung der Einhaltung der regulatorischen Anforderungen (Eigenmittel, Verschuldungsgrad, Liquidität, Großkredite) sowie von Sorgfaltspflichten und Risikomanagementverfahren für die als bedeutend eingestuften Banken. Die EZB verfügt ausdrücklich nicht über Abwicklungsbefugnisse. Die besonderen Aufsichtsbefugnisse (Konzessionserteilung und -rücknahme, Beurteilung des Erwerbs qualifizierter Beteiligungen) fallen in die alleinige Zuständigkeit der EZB (für bedeutende und weniger bedeutende Banken). Zudem verfügt die EZB zur Wahrnehmung ihrer Aufsichtsfunktion über Untersuchungsbefugnisse (Informationsansuchen, allgemeine Untersuchungen, Prüfungen vor Ort), die sie über weniger bedeutende Banken (auch direkt) ausüben kann.

Wie funktioniert die Bankenaufsicht?

Die Bankenunion basiert auf EU-weit einheitlichen Vorschriften für Banken¹ („Single Rulebook“). Zudem gibt die EZB den Aufsichtsrahmen durch Verordnungen, Leitlinien, Empfehlungen und Weisungen vor und verantwortet, dass der einheitliche Aufsichtsmechanismus wirksam und einheitlich funktioniert. Im Rahmen des SSM teilen sich die EZB und die nationalen Aufsichtsbehörden entlang der Unterscheidung bedeutende/weniger bedeutende Banken die Zuständigkeit für die laufende Aufsicht.

Welche Rolle kommt OeNB und FMA im SSM zu?

Durch die dezentrale Ausgestaltung des SSM spielen die FMA und die OeNB weiterhin eine wesentliche Rolle in der Aufsicht. Ein Großteil der operativen Aufsichtstätigkeiten (Analyse und Vor-Ort-Prüfung) im SSM verbleibt bei den nationalen Aufsichtsbehörden. Die EZB übernimmt die Behördenfunktion lediglich für bedeutende Banken, bei weniger bedeutenden Banken fungiert die FMA weiterhin als Behörde.

Was ändert sich für Banken und Bankkunden?

Der SSM gewährleistet eine konsistente Aufsicht. Davon profitieren insbesondere kleine Länder mit stark grenzüberschreitenden Bankaktivitäten, wie z. B. Österreich. Zudem soll das neue System das Vertrauen in den Finanzsektor stärken und die Kreditversorgung sicherstellen.

¹ Beispielsweise: Eigenkapitalverordnung (CRR); Eigenkapitalrichtlinie (CRD-IV); Richtlinie für die Sanierung und Abwicklung von Banken (BRRD), Verordnung für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM-V).

wirtschaftlichen Analyse (Fact Finding) zuständig ist.

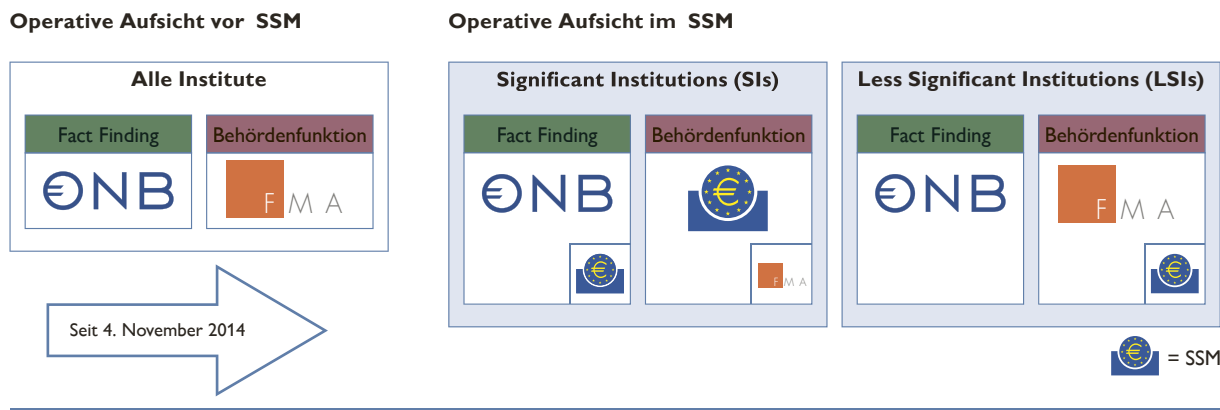
Comprehensive Assessment: Beispielloser „Gesundheitscheck“ für europäische Banken

Bevor die EZB die volle Verantwortung über die Aufsicht der Banken übernahm, mussten sich die betroffenen Banken einer umfassenden Bewertung (Comprehensive Assessment) unterziehen. Diese Bewertung wurde von der

EZB in Zusammenarbeit mit den nationalen zuständigen Behörden zwischen November 2013 und Oktober 2014 durchgeführt und bestand aus einer Überprüfung der Qualität der Aktiva (Asset Quality Review – AQR), basierend auf Jahresenddaten 2013, und einem Stresstest, der die Jahre 2014 bis 2016 umfasste. Die Ergebnisse wurden Ende Oktober 2014 veröffentlicht. Das Comprehensive Assessment deckte insgesamt eine Kapitallücke von 25 Mrd EUR bei 25 Banken des Euroraums auf. Fünf der sechs geprüften österreichischen

Abbildung 3

Vereinfachte Darstellung der Bankenaufsichtsstruktur in Österreich vor und nach Beginn des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus



Banken⁵ bestanden die Prüfung gut und wiesen selbst unter dem schärfsten Stressszenario ausreichende Eigenkapitalpuffer aus (siehe Grafik 19). Für die Österreichische Volksbanken-AG (ÖVAG), die sich bekanntermaßen bereits in einem grundlegenden Restrukturierungsprozess befindet, bestätigte der Stresstest die Analysen der nationalen Aufsicht und wies eine Kapitallücke (ohne in Umsetzung befindliche Restrukturierungsmaßnahmen) von 865 Mio EUR im Jahr 2016 aus.

Ziel des Comprehensive Assessment war es, Transparenz über die Risiken der Banken her-

zustellen und so das Vertrauen der Marktteilnehmer in das Bankensystem zu stärken. Kapitallücken, die im Rahmen der Überprüfung der Qualität der Aktiva oder im Basisszenario bzw. im Stressszenario des Stresstests festgestellt wurden, müssen innerhalb von sechs bzw. neun Monaten nach Veröffentlichung geschlossen werden.

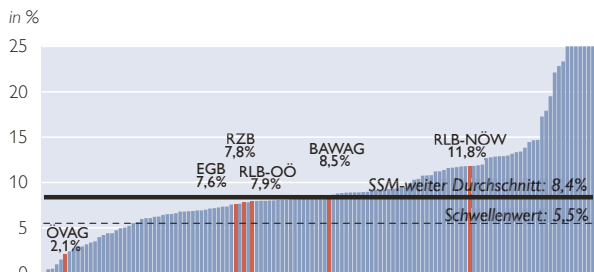
Einheitlicher Abwicklungsmechanismus und harmonisierte Einlagensicherung nehmen konkrete Gestalt an

Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – SRM) ist komplementär zum SSM und sieht einen zentralisierten europäischen Entscheidungsmechanismus für Abwicklungsfragen von Banken vor. Der SRM umfasst nur jene Mitgliedstaaten, die auch am SSM teilnehmen. Das Konzept des SRM zielt darauf ab, die Abwicklungs- und Sanierungsprozesse zu harmonisieren und effizienter zu gestalten. Damit sind nun Voraussetzungen geschaffen, überschuldete Banken abzuwickeln, damit diese rasch und ohne Gefährdung der Stabilität des Finanzsystems aus dem Markt ausscheiden können. Zudem wird sichergestellt, dass Abwicklungsbeschlüsse

Grafik 19

Ergebnisse des Comprehensive Assessment der 130 SSM-Banken

CET1-Ratio 2016, adverses Szenario



Quelle: EZB, OeNB.

⁵ BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG, Erste Group Bank AG, Österreichische Volksbanken AG, Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien reg.Gen.m.b.H., Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Zentralbank Österreich AG. Die Bank Austria wurde als Teil der UniCredit Group mitüberprüft.

in allen teilnehmenden Mitgliedstaaten koordiniert gefasst werden. Insbesondere im Falle von Insolvenzen grenzüberschreitend tätiger Banken

Brückeninstitut (Bridge Bank)

Das Brückeninstitut kann bei Vorliegen der Abwicklungsvoraussetzungen im Hinblick auf die Fortführung wichtiger Funktionen einer in Abwicklung stehenden Bank gegründet werden. Dabei können dem Brückeninstitut neben Anteilsrechten, die „guten“ bzw. überlebensfähigen Vermögensteile übertragen werden; die „schlechten“ bzw. nicht überlebensfähigen Vermögensteile sind im Wege eines Konkursverfahrens zu liquidieren. Das Brückeninstitut ist mittelfristig weiter zu veräußern; ansonsten droht eine Liquidation im Rahmen eines Konkursverfahrens. Das Brückeninstitut ist eine Kapitalgesellschaft und steht ganz oder teilweise im Eigentum einer oder mehrerer öffentlicher Stellen (Bund, FIMBAG, Abwicklungsbehörde oder einer anderen öffentlichen Stelle) und wird ausschließlich durch die Abwicklungsbehörde gesteuert.

ist dieser Mechanismus deutlich effizienter als ein alleiniges Vorgehen von unabhängigen nationalen Behörden.

Mit dem SRM wird es in Zukunft möglich sein, nicht überlebensfähige Banken über einen Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (Single Resolution Board – SRB) mit den Mitteln eines einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Funds – SRF) abzuwickeln. Das SRB hat mit 1. Jänner 2015 seine volle Tätigkeit aufge-

nommen und erarbeitet vorerst Maßnahmen für die Vorbereitung zur Abwicklungsplanung, Informationsbeschaffung und Zusammenarbeit mit den nationalen Abwicklungsbehörden. Maßnahmen zu konkreten Abwicklungen sind erst ab 1. Jänner 2016 möglich. Das SRB setzt sich aus einem Exekutiv-Direktor, vier Vollzeitmitgliedern sowie aus Vertretern der Mitgliedstaaten, die die nationalen Abwicklungsbehörden repräsentieren, zusammen. Die Europäische Kommission und die EZB haben Beobachterstatus. Im Bedarfsfall können weitere Beobachter eingeladen werden. Der SRF wird durch finanzielle Beiträge der Banken gespeist, wobei sich die individuelle Beitragshöhe auf Basis der Größe und des Risikoprofils der jeweiligen Bank bemisst. Der Fonds wird ab 1. Jänner 2016 innerhalb von acht Jahren aufgebaut und wird 2024 mit voraussichtlich 55 Mrd EUR dotiert sein. Dieser Betrag entspricht mindestens 1 % der gedeckten Einlagen aller Banken.

Kasten 13

Nationale Umsetzung der Richtlinie für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (BRRD)

Mit der Umsetzung der BRRD durch das Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) in österreichisches Recht wurde ein nationaler Rechtsrahmen für den Umgang mit Banken in Schieflage geschaffen. Das BaSAG trat am 1. Jänner 2015 in Kraft und trifft Regelungen für folgende drei Themenbereiche und Phasen:

1. die verpflichtende Erstellung von Sanierungsplänen¹ durch die Banken und die Erstellung von Abwicklungsplänen durch die Abwicklungsbehörde samt Befugnissen zur Beseitigung von Abwicklungshindernissen (Vorbeugung);
2. die Möglichkeit für die Aufsichtsbehörden frühzeitig einzugreifen und damit verbundene zusätzliche Eingriffsbefugnisse (Frühintervention); sowie
3. die Einrichtung einer nationalen Abwicklungsbehörde mit den ihr zur Verfügung stehenden Befugnissen und Abwicklungsinstrumenten (Abwicklung).

Die neue Abwicklungsbehörde wurde in der FMA angesiedelt. Analog zum dualen Aufsichtssystem arbeitet die OeNB auch in diesem Bereich eng mit der FMA zusammen. Zu diesem Zweck wurde in der OeNB eine eigene Organisationseinheit für die Abwicklung geschaffen. Die Abwicklungsbehörde ist mit weitreichenden Befugnissen und Abwicklungsinstrumenten ausgestattet. Kernstück des Systems ist das Bail-in-Instrument, das die Verlusttragung durch die Eigentümer und Gläubiger der betroffenen Bank ermöglicht und bereits ab 1. Jänner 2015 verpflichtend vorgesehen ist. Ausgenommen vom Bail-in sind insbesondere durch Einlagensicherungssysteme geschützte Einlagen, besicherte Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Beschäftigten. Darüber hinaus werden den Abwicklungsbehörden weitere Instrumente bzw. Befugnisse eingeräumt: das Recht auf Unternehmensveräußerung, das Recht, Vermögenswerte auf ein Brückeninstitut mit Bankkonzession zu übertragen, und das Recht zur Übertragung von Vermögenswerten auf eine Bad Bank.

¹ Die Verpflichtung zur Erstellung von Sanierungs- und Abwicklungsplänen sowie Frühinterventionsbefugnisse der FMA hatte der österreichische Gesetzgeber bereits teilweise vorweggenommen und im Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz (BIRG) bzw. im Bankwesengesetz (BWG) berücksichtigt. Diese waren an die Vorgaben der BRRD anzupassen und wurden in das BaSAG integriert.

Die Richtlinie für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten (Banking Recovery and Resolution Directive – BRRD) schafft europaweit einheitliche Regeln bei der Abwicklung von Banken. Banken haben präventiv Sanierungspläne auszuarbeiten und darzustellen, welche Maßnahmen sie bei einer Verschlechterung der finanziellen Lage umzusetzen beabsichtigen. Erst wenn die ersten beiden Maßnahmenbündel – Vorbeugung und frühzeitiges Eingreifen durch die Aufsichtsbehörden – nicht greifen, würde das dritte Paket, die konkrete Abwicklung, zur Anwendung kommen.

Das harmonisierte Einlagensicherungssystem (Deposit Guarantee Scheme – DGS), auch

als dritte Säule der Bankenunion bezeichnet, zielt darauf ab, die nationalen Systeme der Einlagensicherung zu harmonisieren. Im Frühjahr 2014 konnte die Einlagensicherungs-Richtlinie abgeschlossen werden. Diese ist bis Juli 2015 von den Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen. Damit wird der Schutz der Ersparnisse der Steuerzahler innerhalb der EU mit einer gesetzlichen Einlagengarantie pro Kunde und Bank mit 100.000 EUR vereinheitlicht. Weitere Kernpunkte sind die Umstellung der Beitragsfinanzierung von im Nachhinein finanzierten Beiträgen auf eine verpflichtende im Vorhinein basierte Finanzierung sowie eine Verkürzung der Auszahlungszeit an die Sparer von 20 auf sieben Tage.



Wir bringen als zentrale wirtschaftspolitische Institution unsere volks- und finanzwirtschaftliche Expertise ein und geben Orientierung mittels hochwertiger und verlässlicher Statistiken.

Aus unserem Leitbild

Weiterentwicklung des Statistikangebots im Einklang mit europäischen Vorgaben

Auswirkungen der ESVG 2010-Umstellung auf die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung

Die zunehmende Vernetzung der globalen Wirtschaft im Allgemeinen sowie die Wirtschafts- und Finanzkrise im Speziellen haben die Herausforderungen für öffentliche Statistikanbieter wie die OeNB in den letzten Jahren enorm verschärft. Neue Daten, detailliertere Gliederungen und immer kürzere Lieferfristen machen die Erstellung und Interpretation von Finanzstatistiken zu einem zunehmend dynamischen Geschäftsfeld. Das Jahr 2014 war darüber hinaus durch die Umstellung zweier elementarer internationaler Statistik-Standards (ESVG 2010, Balance-of-Payments Manual 6 – BPM6) sowie durch wesentliche Weiterentwicklungen der Monetär-, der Zahlungssystem- und der Aufsichtsstatistik geprägt.

Die Umstellung auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) hat weitreichende Auswirkungen auf die Darstellung der finanziellen Vermögenswerte bzw. der Verpflichtungen in der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung (GFR). Beteiligungsgesellschaften sowie Privatstiftungen wurden von den „Nichtfinanziellen Unternehmen“ bzw. „Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ zum Finanzsektor umgeschichtet. Zum anderen führte die Reklassifikation von staatlich kontrollierten Einheiten zu einer Verringerung des Finanzvermögens und der Verbindlichkeiten der Unternehmen sowie der sonstigen Finanzinstitute. Darüber hinaus werden direkte Leistungszusagen in Form der betrieblichen Pensionsrückstellungen von Unternehmen, Banken und Versicherungen gemäß neuer Vorgaben als zusätzliches Finanzvermögen der Haushalte dargestellt.

Auswirkungen der BPM6-Umstellung auf die Zahlungsbilanzstatistik

Seit Juni 2014 veröffentlicht die OeNB die Zahlungsbilanzstatistik nach dem neuen internationalen Standard des IWF (BPM6). Die

Neukonzeptionierung trägt vor allem den realwirtschaftlichen Gegebenheiten internationalisierter Produktion Rechnung. Durch die Klassifikation ausgelagerter Fertigungsschritte als Dienstleistung steigt die Qualität der Zahlungsbilanz als Basis der Berechnung internationaler Wertschöpfungsketten. Darüber hinaus werden statistische Asymmetrien durch die Anpassung der Konzepte von Leistungsbilanz und Außenkonto der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verringert. Die OeNB erwartet, dass die Neukonzeptionierung – infolge der Erhöhung des BIP – rückwirkend zu einer Verringerung des Leistungsbilanzsaldos in Prozent des BIP sowie der Exportquote Österreichs führen wird.

Neue Systeme verarbeiten vieldimensionale Erhebung

Im Oktober 2014 wurde erstmals eine neue vieldimensionale Statistik-Erhebung (in Form von sogenannten Zahlungsverkehrsstatistik-Cubes) im neuen Meldeverarbeitungssystem verarbeitet und in weiterer Folge im neu geschaffenen Data-Warehouse auswertbar gemacht. Die Neuimplementierung dieser Statistik wurde auch als Pilot für die technische Einführung der wesentlich größeren Wertpapier-, Kredit- und Einlagen-Smartcubes genutzt, die alle im Jahr 2015 umgesetzt werden sollen. Gleichzeitig dient die neue Meldung als angewandtes Modell für das Konzept der mehrfachen Nutzung einer Datenquelle, da auf die Daten sowohl die Zahlungssystemaufsicht als auch die Monetär- und die Außenwirtschaftsstatistik zugreifen.

Erfolgreicher Betrieb und weitere Ausweitung von CoCAS

Das von der Deutschen Bundesbank und der OeNB gemeinsam entwickelte Common Credit Assessment System (CoCAS) wird erfolgreich betrieben und genutzt. CoCAS ist ein System, das von Notenbanken im Rahmen ihrer

sogenannten Inhouse-Credit-Assessment-Systeme zur Beurteilung der Bonität nichtfinanzieller Unternehmen im Rahmen der Umsetzung der Geldpolitik verwendet werden kann. Gemäß CoCAS-Vertragswerk sind Bundesbank und OeNB gleichberechtigte Partner, wobei der technische Betrieb durch die Bundesbank und die Modellentwicklung durch die OeNB erfolgt. Bislang konnten die Zentralbanken Spaniens, Belgiens und seit März 2015 auch Portugals als CoCAS-Nutzer gewonnen werden. Diese gelten die in der OeNB entstehenden Kosten vollständig ab. CoCAS sorgt für eine weitere Harmonisierung der Analyselandschaft im Eurosystem und ist sowohl aus Kostengründen als auch aus strategischen Überlegungen von entscheidender Bedeutung für die OeNB.

Anpassung der Analysen, Standardauswertungen und Sekundärstatistiken im Zuge der Einführung von Basel III, ITS und SSM

Die erfolgreich umgesetzte Einführung von Basel III und den darauf basierenden Implementing Technical Standards (ITS) erforderte eine Anpassung sämtlicher darauf aufbauender Analysen, Auswertungen und Sekundärstatistiken. Es wurden die neuen Inhalte für die Aufsicht aufbereitet, die Erhebung der konsolidierten Bankdaten der EZB ausgeweitet und Daten zu europaweit standardisierten Meldungen von Eigenmitteln (Common Reporting – COREP) sowie IFRS-Bilanzen (Financial Reporting – FINREP) an die EZB übermittelt. Ebenso wurden Meldungen an die BIZ um neue Inhalte ergänzt.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde die Weiterentwicklung internationaler Meldevorgaben von der OeNB mitgestaltet. Durch die Mitarbeit in verschiedenen europäischen Arbeits-

gruppen konnte die Datenbasis für internationale Organisationen verbessert werden. Neben der Ausweitung des FINREP wurde auch die europäische Initiative zur Entwicklung einer harmonisierten granularen Kreditdatenbank im Eurosystem (Analytical Credit Dataset – AnaCredit) sowie eines einheitlichen europäischen Meldewesens (European Reporting Framework – ERF) vorangetrieben.

Neuerungen in der Monetärstatistik

Anfang des Jahres 2015 wurde die von der EZB vorgegebene Aktualisierung von Verordnungen zahlreicher EZB-Statistiken (Monetärstatistik, Zinssatzstatistik, Statistik finanzieller Mantelkapitalgesellschaften, Geldmarktfondsstatistik und Investmentfondsstatistik) erfolgreich umgesetzt. Diese hatten vor allem die Anpassung an ESVG 2010, aber auch neu umzusetzende Anforderungen der EZB zum Inhalt. So sind nun z. B. neben einer detaillierteren Sektorenunterteilung in der EZB-Monetärstatistik auch Informationen über konzerninterne Bestände bzw. detailliertere Informationen über Kreditverbriefungs- bzw. Kreditübertragungsaktivitäten verfügbar.

Wie im Abschnitt „Geldpolitische Ausrichtung zunehmend expansiv“ beschrieben, hat die EZB im Juni 2014 beschlossen, gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von bis zu vier Jahren anzubieten, die an die Bedingung geknüpft sind, die dadurch erworbenen Mittel für die Kreditvergabe an den Privatsektor zu verwenden. Für die teilnehmenden Banken ergibt sich dadurch eine vierteljährliche Meldepflicht bis zum Ende des Refinanzierungsprogramms im Jahr 2018. Die Berechnung der Bietungsobergrenzen ist dabei von Bilanzdaten der Banken abhängig und wird mit bereits verfügbaren monetärstatistischen Datenquellen abgeglichen.



Wir sorgen gemeinsam mit unseren Tochterunternehmen für sicheres Bargeld
und einen funktionierenden Zahlungsverkehr.

Aus unserem Leitbild

Ausgabe der zweiten Euro-Banknotenserie und Vorbereitungen zu TARGET2-Securities schreiten voran

OeNB als Bargelddrehscheibe in Europa

Dem Bargeld kommt in Österreich eine unverändert große Bedeutung zu. Entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag versorgt die OeNB gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen, der Geldservice Austria Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA) und der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS), Österreichs Bevölkerung und Wirtschaft mit sicheren Banknoten und Münzen.

Neben ihrer zentralen Rolle im Bargeldkreislauf Österreichs ist die OeNB auch eine wichtige Ansprechpartnerin für viele Notenbanken in Zentral-, Ost- und Südosteuropa, wo der Euro zu einem erheblichen Teil als Zahlungs- und Wertaufbewahrungsmittel verwendet wird.

Die zweite Euro-Banknotenserie

Am 23. September 2014 wurde die neue 10-Euro-Banknote eingeführt und damit die im Jahr 2013 begonnene Ausgabe der zweiten Euro-Banknotenserie in aufsteigender Reihenfolge fortgesetzt. Die Ausgabe der zweiten Euro-Banknotenserie ist auch ein wichtiger Beitrag zur weiter verbesserten Fälschungssicherheit, die durch Fortschritte in den Bereichen Banknotensicherheit und -technologie ermöglicht wurde. Außerdem weisen die neuen 5- und 10-Euro-Banknoten eine spezielle Beschichtung für eine längere Haltbarkeit auf.

Dadurch müssen sie seltener ersetzt werden, wodurch sich die Kosten und die Auswirkungen auf die Umwelt verringern.

Die OeNB hat angesichts der Einführung der zweiten Euro-Banknotenserie das Schulungs- und Informationsangebot verstärkt und Herstellern von Banknotenbearbeitungsgeräten, Wertetransportfirmen sowie Partnern aus dem Bankensektor und Handel die Möglichkeit geboten, ihre Systeme zu testen. Über verschiedene Kommunikationskanäle, allen voran die Online-Medien, wurde auch die Bevölkerung umfassend informiert.

Entwicklung des Bargeldumlaufs

Bis zum Jahresende 2014 stieg der Euro-Banknotenumlauf auf rund 1.016,5 Mrd EUR – eine Steigerung um 6,3% gegenüber Ende 2013. Einerseits ist das Bargeld weiterhin das beliebteste Zahlungsmittel in den Ländern des Euro-raums, andererseits reflektiert dieser Anstieg aber auch die zunehmende Bedeutung des Euro als internationale Reservewährung.

Durch die gemeinsame Währung ist es nicht mehr möglich, exakte Umlaufzahlen der einzelnen Länder zu ermitteln. Den österreichischen Umlauf schätzt die OeNB – beruhend auf Erstausgabemengen, Wachstumsraten bei Bargeldbezügen via Geldausgabeautomaten sowie dem jährlichen Auslieferungsvolumen – auf 27 Mrd EUR bis 30 Mrd EUR.

Kasten 14

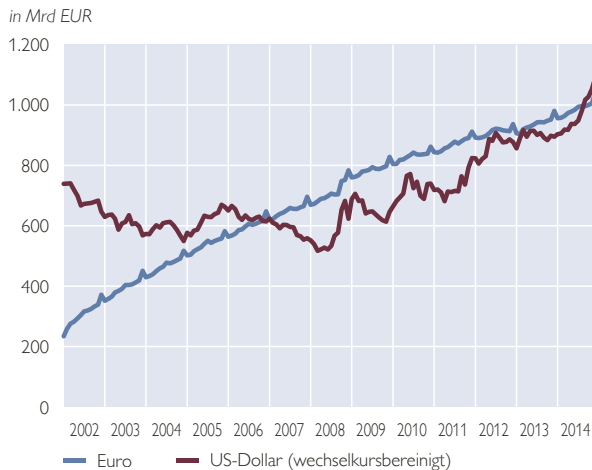
Die neue 20-Euro-Banknote

Am 24. Februar 2015 wurde die neue 20-Euro-Banknote mit moderner Optik und verbesserten Sicherheitsmerkmalen der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Ausgabedatum der neuen 20-Euro-Banknote ist der 25. November 2015. Damit wird die dritte Banknote der Europa-Serie in Umlauf gebracht werden.

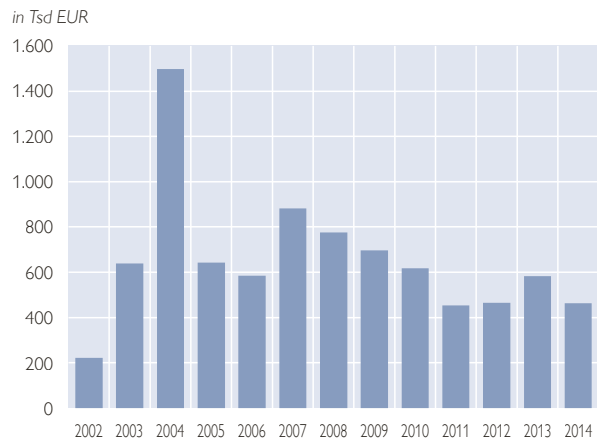
Bei der zweiten Euro-Banknotenserie handelt es sich um eine Weiterentwicklung der ersten Serie. Daher wurden das Leitmotiv „Zeitalter und Stile“ sowie die Hauptfarben beibehalten. Geringfügige Änderungen waren jedoch notwendig, um die verbesserten Sicherheitsmerkmale zu integrieren. Die Sicherheitsmerkmale der Europa-Serie können nach wie vor nach der Echtheitsprüfungsmethode FÜHLEN – SEHEN – KIPPEN leicht geprüft werden.



Bargeldumlauf von Euro und US-Dollar



Durch Euro-Fälschungen in Österreich verursachter Schaden



OeNB mit Schlüsselposition in der Bargeldversorgung

Die OeNB hat im Jahr 2014 insgesamt 1,59 Mrd Banknoten bereitgestellt und 1,62 Mrd Banknoten entgegengenommen und war damit für 4,3 % der gesamten Banknotenauslieferungen und 4,5 % der Banknoteneinlieferungen im Eurosystem verantwortlich. In Österreich wird eine Euro-Banknote im Schnitt drei Mal pro Jahr auf ihre Echtheit und Umlauffähigkeit geprüft und nur dann wieder in den Umlauf gebracht, wenn sie den strengen Eurosystem-Qualitätskriterien entspricht. Eine gute Umlaufqualität erleichtert der Bevölkerung die einfache Echtheitsprüfung einer Banknote.

Weiterhin niedriges Euro-Fälschungsaufkommen in Österreich

In Österreich wurden im Jahre 2014 insgesamt 8.461 Fälschungen aus dem Umlauf sichergestellt. Damit zählt Österreich mit einem Anteil von 1 % am Gesamtfälschungsaufkommen des Euroraums weiterhin zu den Ländern mit dem niedrigsten Fälschungsaufkommen. Die am häufigsten gefälschten Banknoten waren die 50- und 20-Euro-Banknoten; gemeinsam machten sie 74 % aller im Jahr 2014 sichgestellten Fälschungen aus. Neben einer Zunahme an gefälschten 50- und 20-Euro-Banknoten, konnte

ein Rückgang bei den gefälschten 100-Euro-Banknoten verzeichnet werden. Dadurch reduzierte sich im Vergleich zu 2013 der durch Falschgeld verursachte Schaden um 20,5 % auf rund 460.000 EUR.

Zahlreiche vorbereitende Gerätetests für die zweite Euro-Banknotenserie

Auch im Jahr 2014 hat das OeNB-Testzentrum unter Einhaltung von EZB-Vorgaben Prüf-, Zähl- und Sortiergeräte sowie die dazugehörigen Innovationen aus dem Bereich Banknoten-Prüfsensorik kostenlos getestet. Dabei wurden mit 17 internationalen Herstellern insgesamt 134 positive Gerätetests abgeschlossen und zahlreiche vorbereitende Tests für die 10- und 20-Euro-Banknoten der zweiten Euro-Banknotenserie durchgeführt. Die Ergebnisse der Gerätetests werden sowohl auf der OeNB- als auch auf der EZB-Website veröffentlicht.

Effiziente und sichere Zahlungssysteme für Österreichs Finanzplatz

Das Eurosystem und die OeNB stellen leistungsfähige, sichere und effiziente Interbankenzahlungssysteme für den Finanzplatz Österreich zur Verfügung. Das Zahlungssystem der Notenbanken des Eurosystems – TARGET2 –

dient der finalen Abwicklung von nationalen und grenzüberschreitenden Euro-Großbetragszahlungen in Echtzeit. Mit dem nationalen Buchungssystem HOAM.AT (Home Accounting Module Austria) können Kontoinhaber Liquiditätsüberträge, Bargeldgeschäfte und ständige Fazilitäten (Einlage- und Spitzenrefinanzierungsfazilität) durchführen sowie die Erfüllung der Mindestreserve überwachen. Für den Finanzplatz Österreich wurden über diese beiden Systeme im Jahr 2014 rund 2,9 Mio Zahlungsaufträge in der Höhe von rund 23.700 Mrd EUR abgewickelt. Eine der wesentlichen Entwicklungen im Jahr 2014 betraf die Implementierung der Negativverzinsung.

Für die Abwicklung von nationalen und grenzüberschreitenden Interbankenmassenzahlungen stehen den Marktteilnehmern die Clearingservices von OeNB und GSA zur Verfügung. Im Jahr 2014 wurden 574 Mio (Wert: 650 Mrd EUR) nationale und 37,8 Mio (Wert: 86 Mrd EUR) grenzüberschreitende Interbankenzahlungen über die Clearingservices durchgeführt. Dies zeigt die insgesamt sehr erfolgreiche Entwicklung dieses Dienstleistungsangebots seit Inbetriebnahme.

Integration des Zahlungsverkehrsmarktes schreitet weiter voran

Im Jahr 2014 wurde ein großer Meilenstein bei der Realisierung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (Single Euro Payments Area – SEPA) erreicht. Seit 1. August 2014 werden Überweisungen und Lastschriften in Euro in 34 europäischen Ländern in einem einheitlichen Format abgewickelt. In den nächsten Jahren werden sich die Notenbanken des Eurosystems mit weiteren Themen auseinandersetzen, die zu einem integrierten, innovativen und wettbewerbsstarken Zahlungsverkehrsmarkt beitragen.

Negativverzinsung

Bei negativen Zinsen sinkt der Nominalwert des Guthabens auf einem Konto mit jeder Zinsfälligkeit. Girokonten in Euro für mindestreserverpflichtige Banken werden seit 11. Juni 2014 mit dem Zinssatz für die Einlagefazilität negativ verzinst. Girokonten in Euro für nicht mindestreserverpflichtige Banken sowie Euro-Konten ausländischer Institutionen werden seit 1. November 2014 mit dem Zinssatz für die Einlagefazilität negativ verzinst. Girokonten des öffentlichen Haushalts in Euro werden unter Berücksichtigung eines Schwellenwertes rückwirkend seit 11. Juni 2014 mit dem Zinssatz für die Einlagefazilität negativ verzinst.

Neues Gremium entwickelt Strategien für den Zahlungsverkehrsmarkt

Anfang 2014 wurde das Euro Retail Payments Board (ERP) gegründet, um in einem kooperativen Ansatz die notwendigen Visionen und

Kasten 15

TARGET2-Securities: Nächstes Eurosystem-Großprojekt in den Startlöchern

Im Juni 2015 wird das Eurosystem mit TARGET2-Securities (T2S) eine neue Infrastruktur zur effizienten, sicheren und harmonisierten Wertpapierabwicklung in Europa in Betrieb nehmen. Die Vorbereitungsarbeiten für T2S werden von den Notenbanken des Eurosystems in enger Kooperation mit 24 Wertpapierzentralverwahrern aus 21 EU-Mitgliedstaaten koordiniert. Die Migration auf T2S erfolgt in vier Wellen, beginnend mit Juni 2015, und dauert bis Februar 2017. Am 12. September 2016 wird die Umstellung der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB) – dem österreichischen Wertpapierzentralverwahrer – auf T2S erfolgen. Ab diesem Zeitpunkt wird die OeKB Euro-Wertpapiere nur in T2S abwickeln. Die dafür notwendigen Geldkonten werden von der OeNB – auf Basis der Erfordernisse der Marktteilnehmer schon ab März 2016 – in T2S bereitgestellt werden.

Nachdem TS2 im Frühjahr 2014 von der Deutschen Bundesbank, der Banco de España, der Banque de France und der Banca d'Italia dem Eurosystem für Tests zur Verfügung gestellt und diese erfolgreich abgeschlossen worden waren, wurden die Tests Anfang Oktober 2014 auf Wertpapierzentralverwahrer und Notenbanken ausgeweitet. Die OeNB hat sich erfolgreich an T2S angebunden und im Jahr 2014 ihre ersten Tests auf der neuen Plattform gestartet. Parallel zu den Testaktivitäten wurden 2014 die Arbeiten zur Harmonisierung der Wertpapierabwicklung in Europa weiter vorangetrieben. Ein Schwerpunkt liegt auf der Vereinheitlichung der Abwicklung von Kapitalmaßnahmen.

Mit dem Inkrafttreten der Verordnung (EU) Nr. 909/2014 zur Verbesserung der Wertpapierlieferungen und -abrechnungen in der Europäischen Union und über Zentralverwahrer im September 2014 wurden die Aufsicht und die Aufgaben für Wertpapierzentralverwahrer erstmals EU-weit geregelt.

Strategien zu entwickeln. Unter dem Vorsitz der EZB nehmen im ERPB Vertreter der Nachfrage- und der Angebotsseite des Zahlungsmarktes teil. Das inkludiert u. a. Konsumentenvertreter, Händler und Unternehmen sowie Banken, Zahlungs- und E-Geld-Institute. Zudem sind auf rotierender Basis fünf Notenbanken des Eurosystems sowie eine Notenbank eines EU-Mitgliedstaates, das den Euro noch nicht eingeführt hat, vertreten. Die Europäische Kommission hat einen Beobachterstatus. Der Arbeitsplan für die Jahre 2014 bis 2016 umfasst neben Themen, die die Post-SEPA-Migrations-Periode betreffen (z. B. Migration von Nischenprodukten), auch Dossiers wie das elektronische Mandat für das SEPA-Lastschriftenverfahren, Eilzahlungsverfahren und die Standardisierung von Zahlungskarten. Ebenfalls im Fokus stehen Innovationen im Zahlungsverkehr wie z. B. das Zahlen mittels Mobiltelefonen, Internetzahlverfahren und kontaktlose Zahlungen.

Neue Regulierungsvorschriften im Zahlungsverkehr

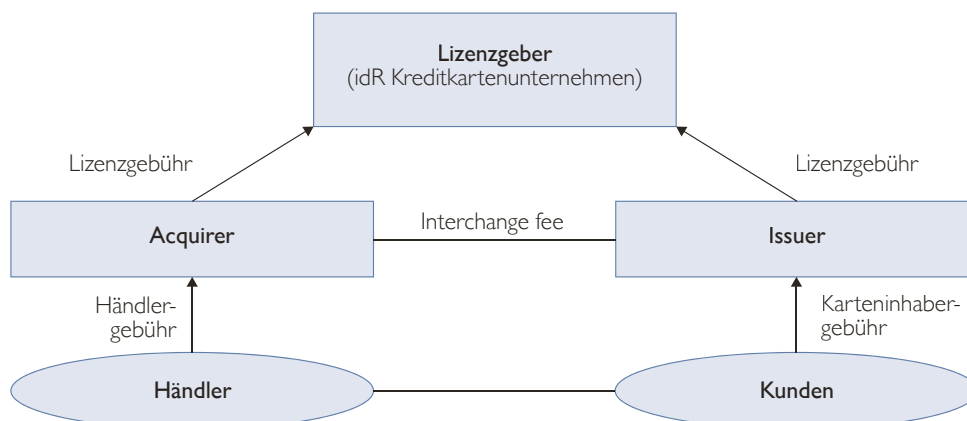
Um dem hohen Innovationstempo im Zahlungsverkehr und der kontinuierlichen Zunahme der elektronischen Zahlungsabwicklung (insbesondere der Karten-, Internet- und Mobiltelefonzahlungen) Rechnung zu tragen, war eine Überarbeitung der rechtlichen Rahmenbe-

dingungen notwendig. Die Europäische Kommission reagierte darauf mit der Veröffentlichung der Zahlungsdiensterichtlinie II (Directive on Payment Services II – PSD II) sowie mit einem Vorschlag zur Regulierung von Interbankenentgelten bei kartengestützten Zahlungsvorgängen.

Verhandlungen zum Gesetzespaket für den Zahlungsverkehr in der finalen Phase

Laut Vorschlag der Europäischen Kommission sollen neue innovative Zahlungsdienstleister wie Internet- und Mobilzahlverfahren in den Anwendungsbereich der PSD II aufgenommen und einer angemessenen Aufsicht und Regulierung unterworfen werden. Dazu zählen auch sogenannte Zahlungsauslösedienste und Kontoinformationsdienste. Ein wesentlicher Aspekt der Sicherheit im Internet-Zahlungsverkehr ist die Frage der Authentifizierung, d. h., dass eindeutig und nachweisbar festzustellen ist, ob der Kunde eine Zahlung in Auftrag gegeben hat. Dies dient als Schutz vor unberechtigten Zahlungen durch Dritte. Die PSD II sieht die Einführung einer starken Kundenauthentifizierung vor. Das bedeutet, dass bei der Durchführung einer Transaktion die Angabe von mindestens zwei Elementen der Kategorien „Besitz“, „Wissen“ und „Inhärenz“ notwendig ist. Der Entwurf für die PSD II wurde im Jahr 2014 intensiv verhandelt und muss noch vom

Abbildung 4



Europäischen Parlament und dem Rat der EU verabschiedet werden. Der Gesetzgebungsprozess wird voraussichtlich Mitte 2015 abgeschlossen werden.

Die zweite Gesetzgebungsinitiative betrifft die Regulierung von multilateralen Interbankenentgelten bei kartengestützten Zahlungsvorgängen (Multilateral Interchange Fee – MIF). MIF sind Gebühren bei einem Kauf mit einer Zahlungskarte, die sich die beteiligten Banken – d. s. die kartenabrechnende Bank (Acquirer) und die kartenausgebende Bank (Issuer) – gegenseitig in Rechnung stellen und die von den Kreditkartenunternehmen festgelegt werden. Die Kosten der MIF muss

letztlich der Händler bzw. der Verbraucher über den Preis eines Produkts zahlen. Sie sind potenziell wettbewerbsverzerrend. Die Verordnung sieht daher eine Deckelung der MIF bei Debit- und Kreditkartentransaktionen vor. Die Verordnung wurde vom Europäischen Parlament im März 2015 verabschiedet und muss nun vom Rat der EU formell angenommen werden, was noch vor dem Sommer 2015 geschehen dürfte.

Elemente einer starken Kundenauthentifizierung

- Besitz: etwas, das ausschließlich der Kunde hat (z. B. chipTAN-Gerät);
- Wissen: etwas, das ausschließlich der Kunde weiß (z. B. Passwort, PIN);
- Inhärenz: eine Eigenschaft des Kunden (z. B. Netzhaut, Fingerabdruck), die diesem eindeutig zugeordnet werden kann.

Direkte Beteiligungen der OeNB

Unterstützung der OeNB bei der Aufgabenerfüllung

Die Gesellschaften Münze Österreich Aktiengesellschaft (MÜNZE), Oesterreichische Banknoten und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) und GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H. (GSA) unterstützen die OeNB bei der Erfüllung ihrer Kernaufgaben im baren und unbaren Zahlungsverkehr. Aufgabe der MÜNZE ist das Prägen, die Ausgabe und Einziehung von Scheide- und Handelsmünzen sowie die Erzeugung und der Verkauf von Gegenständen aus edlen und unedlen Metallen. Die OeBS produziert unter Einsatz hochwertiger Technologie vorrangig Banknoten, wobei die zuverlässige Erfüllung der Aufträge durch professionelles Qualitätsmanagement sichergestellt wird. Gegenstand des Unternehmens der GSA ist die Durchführung und Koordination der Geldbearbeitung sowie die Versorgung mit und die Entsorgung von Zahlungsmitteln. Um die Sicherheit und Effizienz im Zahlungsverkehr zu erhöhen, wurden zur Abwicklung von inländischen und grenzüberschreitenden Interbanken-Massenzahlungen das Clearing Service.Austria (CS.A) und das Clearing Service.International (CS.I) eingerichtet.

Die MÜNZE lieferte im Jahr 2014 493,0 Mio Euro-Münzen im Gegenwert von 73,5 Mio EUR an die OeNB. Im Eurosystem übernimmt die OeBS den Druck jenes Anteils am jährlichen Produktionsvolumen der Euro-Banknoten, der Österreich aufgrund des Kapitalschlüssels zugeschrieben wird. Im Jahr 2014 waren dies 85,0 Mio Stück der 500-Euro Banknoten und 110,1 Mio Stück der neuen 20-Euro Banknoten. 2014 bearbeitete die GSA 1,61 Mrd Banknoten und 2,20 Mrd Münzen.

Die IG Immobilien-Gruppe sowie die Betriebs-Liegenschafts-Management (BLM)-Gruppe wurden gegründet, um die Immobilien der OeNB zu verwalten und den in Immobilien veranlagten Teil der Pensionsreserve der OeNB bestmöglich zu bewirtschaften. Zu ihren Aufgaben gehört es, den Wert des Vermögens zu erhalten, Wertsteigerungen zu ermöglichen sowie den laufenden Ertrag der Objekte zu optimieren.

Qualität, Wirtschaftlichkeit und Sicherheit sind nach wie vor Hauptkriterien der Beteiligungsgesellschaften der OeNB bei ihrer Aufgabenerfüllung. Die direkten und indirekten Beteiligungen der OeNB sind dem Beteiligungsspiegel zu entnehmen.

Besonderheiten und Herausforderungen des Geschäftsjahres 2014

Die MÜNZE konnte im Jahr 2014 auf das 25-jährige Bestehen der Gesellschaft sowie auf eine ebenso lange beeindruckende Entwicklung der Goldbullion-Münze „Wiener Philharmoniker“ zurückblicken. Infolge des Inkrafttretens des novellierten Scheidemünzengesetzes per 1. Juli 2014 wird die MÜNZE durch die Auflösung von Rückstellungen und Rücklagen einmalig einen höheren Jahresgewinn ausweisen. Dies führt zu einer höheren Ausschüttung der Gesellschaft an die OeNB. Zu beachten ist hierbei jedoch, dass sich dadurch die Risiken des Unternehmens nicht verringert haben.

Ende des Jahres 2014 konnten fünf Immobilien der BLM, die in einem internationalen Bieterverfahren zum Verkauf ausgeschrieben wurden, erfolgreich an zwei langfristig agierende Investoren aus Österreich verkauft werden.

Die OeNB –
ein nachhaltiges Unternehmen



Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihr Wissen und ihr Engagement sind unser wichtigstes Kapital. Wir sind Chancengleichheit und Diversität verpflichtet und messen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie einen hohen Stellenwert zu.

Aus unserem Leitbild

OeNB investiert in ihr intellektuelles Kapital und optimiert Prozessabläufe

OeNB – ein wissensbasiertes Unternehmen optimal strategisch positioniert

Mit 1. Juni 2014 wurde das Projekt „Optimierungsanalyse (OPAL)“ gestartet mit dem Ziel, Aufgabenportfolio und Leistungsprozesse der OeNB zu optimieren. Der Hauptfokus liegt dabei auf einer nachhaltigen Reduktion der laufenden Kosten. Darüber hinaus werden in diesem Projekt unter dem Motto „Rethink OeNB“ auch Ideen für die Definition einer neuen und modernen Notenbank erarbeitet, um die OeNB auf die Anforderungen der Zukunft vorzubereiten.

Als Basis für die weiteren Optimierungen wurde per 1. März 2015 eine neue Organisationsstruktur beschlossen. Diese beinhaltet eine Reihe von Änderungen, durch die künftig Effizienzsteigerungen und Synergieeffekte realisiert werden können. So wird die Hauptabteilung „Interne Dienste und Planung“ aufgelassen, ihre Aufgaben werden anderen Hauptabteilungen zugeordnet. Darüber hinaus kommt

es zu weiteren punktuellen Verlagerungen von Themenbereichen sowie Fusionen von Organisationseinheiten, etwa im Bereich der Beteiligungsverwaltung. Bis Ende 2018 soll durch weitere Adaptierungen die endgültige Aufbauorganisationsstruktur umgesetzt werden.

Das Innovationspotenzial und daraus abzuleitende Verbesserungsvorschläge wurden im Berichtsjahr über das laufende Optimierungsprojekt OPAL kanalisiert und forciert, weshalb im Gegenzug die Anzahl individueller Verbesserungsvorschläge über den üblichen Prozess deutlich zurückgegangen ist.

Flexible Personalstrategie der OeNB

Die Anzahl der Mitarbeiter sank im Jahr 2014 leicht. Aufgrund der demografischen Entwicklung kam es zu einer Verschiebung innerhalb der Alterskategorien. Das durchschnittliche Alter der Mitarbeiter (42,8) blieb aber im Vergleich zum Vorjahr stabil. Jedoch kann in den

Kasten 16

Nachhaltige Reformen der OeNB in den letzten Jahren

Die OeNB hat sich in den letzten Jahren zu einem modernen und an Nachhaltigkeit orientierten Unternehmen entwickelt und laufend notwendige innerbetriebliche Reformen umgesetzt. Durch ein straffes Kostenmanagement, schlanke Organisationsstrukturen, fokussierte Kernaufgaben, effizientere Prozesse sowie laufende Anpassungen bei den Dienst- und Pensionsbestimmungen hat sich das Unternehmen grundlegend gewandelt. Insbesondere auf einige einschneidende Reformen jüngerer Zeit bzw. in Vorbereitung befindliche weitere Änderungen ist hinzuweisen:

- Das an branchenüblichen Kriterien orientierte und konkurrenzfähige neue Dienstrecht, das mit Juli 2011 in Kraft trat, positioniert die OeNB als attraktiven Arbeitgeber.
- Per 1. Jänner 2015 wurde das Sonderpensionenbegrenzungsgesetz vollinhaltlich umgesetzt. Für die Dienstrechte I und II (d. h. für bis 30. April 1998 eingetretene Dienstnehmer) bedeutet dies ein höheres Pensionsantrittsalter, deutlich höhere Pensionsbeiträge für Aktive, die Einführung eines Durchrechnungszeitraums für die Berechnung der Pensionshöhe, deutlich gestiegene Pensionssicherungsbeiträge für Pensionisten und die Anpassung der Pensionsvalorisierung an das ASVG.
- Gegenwärtig wird die OeNB auch einer in dieser Dimension bislang noch nicht erfolgten Optimierungsanalyse mit dem Ziel deutlicher Kostenreduktionen unter Mithilfe externer Berater unterzogen.
- Die Sozialleistungen und Sozialeinrichtungen werden bankweit kritisch evaluiert und weiter redimensioniert. Der Reformprozess hat Anfang der 1990er-Jahre eingesetzt und in den letzten 25 Jahren zu vielen Änderungen geführt. Seit dem Jahr 2009 ist insbesondere auch auf folgende Maßnahmen hinzuweisen:
 - Verkauf der Bankhotels,
 - Abschaffung von außerordentlichen Gehaltsvorrückungen und Überleitungen in höhere Gehaltsschemata,
 - ausschließliche Nutzung der Economy Class bei Dienstreisen in Europa,
 - Auflösung der Zweiganstalten in Salzburg und Klagenfurt,
 - Verkauf der Bankwohnungen und
 - Schaffung eines Compliance-Referats.

nächsten Jahren durch das vom Nationalrat im Sommer 2014 beschlossene Sonderpensionenbegrenzungs-gesetz, das eine Anhebung des Pensionsantrittsalters der derzeit aktiven Dienstnehmer der Dienstrechte I und II vorsieht, von einem Anstieg ausgegangen werden.

Universitätslehrgang (ULG) „Finanzmarktaufsicht“

Dieser Lehrgang wurde in Kooperation mit der WU Executive Academy im Jahr 2011 ins Leben gerufen und stellt eine akademische Grundlagenausbildung im Bereich der Aufsicht dar.

Am 4. November 2014 trat der einheitliche Bankenaufsichtsmechanismus in Kraft. Um die Belegschaft der nationalen Zentralbanken auf diese Ent-

wicklung vorzubereiten, wurde innerhalb des ESZB eine umfangreiche Ausbildungs- und Mobilitätsinitiative gestartet. Dies spiegelt sich auch in den Mobilitätskennzahlen wider: Sowohl die Zahl der externen als auch die der internen Jobrotations stieg im Jahr 2014 deutlich an.

Im Jahr 2014 startete neuerlich ein Universitätslehrgang „Finanzmarktaufsicht“ mit 15 Teil-

nehmern der OeNB. Rückläufig war jedoch die Quote jener Mitarbeiter, die zumindest eine Aus- und Weiterbildung besuchten; sie sank auf fast 58%. Obwohl die Fluktuationsrate (Mitarbeiter, die ihr Dienstverhältnis mit der OeNB beendet haben im Verhältnis zur Gesamtanzahl der OeNB-Mitarbeiter) deutlich gestiegen ist, liegt sie mit 1,7% dennoch in einem sehr niedrigen Bereich. Dadurch wird gewährleistet, dass Investitionen in Aus- und Weiterbildung dem Unternehmen zugutekommen und das erworbene Wissen bei der Aufgabenerfüllung der OeNB nachhaltig genutzt wird.

Das umfangreiche Angebot an verschiedenen flexiblen Beschäftigungsmodellen, wie Teilzeit, Teleworking und Sabbatical, wurde auch dieses Jahr sehr gut angenommen. Mit diesen Modellen reagiert die OeNB auf die sich ändernden Anforderungen im modernen Berufsleben einer Expertenorganisation und erleichtert die

Tabelle 2

Indikatoren zu den Investitionen in das wissensbasierte Kapital

Indikator	Einheit	2012	2013	2014
Personalstruktur				
Personalstand (in Ressourcen, Jahresende) ¹	Anzahl	1071,7	1089,1	1084,0
Bis 30 J	%	12,9	12,8	11,3
31 bis 40 J	%	24,2	24,4	27,6
Ab 41 J	%	62,9	62,8	61,1
Fluktuationsrate	%	0,7	0,9	1,7
Personal mit akademischer Ausbildung	%	51,9	54,1	56,4
Gender-Management				
Frauenanteil am Personalstand	%	40	39	39
Frauenanteil in Fachkarriere	%	38	35	38
Frauenanteil in Führungskarriere	%	22	25	26
Flexible Arbeitszeitformen				
Teilzeitarbeit	%	10,5	11,2	11,6
Teleworking	%	5,4	6,3	7,6
Sabbaticals	Anzahl	8	4	6
Mobilität				
Interne Jobrotations	Anzahl	41	39	46
Arbeitsaufenthalte bei nationalen und internationalen Organisationen (externe Jobrotations)	Anzahl	49	42	48
Arbeitsaufenthalte in der OeNB (incoming)	Anzahl	5	5	3
Praktika	Anzahl	47	54	56
Wissenserwerb				
Aus- und Weiterbildungstage (pro Personalressource pro Jahr)	Tage	4,6	3,8	3,7
Aus- und Weiterbildungsquote (mindestens eine Ausbildung pro Jahr)	%	56,9	61,6	57,6

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Eine genaue Definition der Indikatoren entnehmen Sie bitte der „Gesamtliste der Indikatoren“ unter <http://www.oenb.at/Publikationen/Oesterreichische-Nationalbank/Wissensbilanz.html>

¹ Teilzeitkräfte sind anteilmäßig berücksichtigt.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie. 2014 wurde auch das Fachkarrierekonzept angepasst und das Anreizsystem weiterentwickelt.

Die OeNB widmete sich schon bisher intensiv dem Thema Chancengleichheit von Frauen und Männern. Seit 1. Jänner 2014 findet das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz (B-GLBG) auch auf die OeNB Anwendung. Im Zuge der Umsetzung des Gesetzes wurden vier Gleichbehandlungsbeauftragte ernannt, die als Ansprechpartner zur Verfügung stehen und die Maßnahmen zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben erarbeiten. Das Jahr 2014 stand im Zeichen der Erarbeitung eines Frauenförderungsplans mit dem Ziel, der Unterrepräsentation von Frauen entgegenzuwirken.

Compliance stärkt und schützt Unternehmen und Mitarbeiter

Im Jahr 2014 wurde erstmals ein Compliance Risk Assessment (CRA) durchgeführt. Im Fokus stand dabei die Identifizierung von Rechtsrisiken, die zu einer Verbandshaftung für die OeNB führen können, denn mit Inkrafttreten des Verbandsverantwortlichkeitsgesetzes können auch Unternehmen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden.

Entsprechend ihrem Leitbild und ihrem Verständnis als Unternehmen, das auch gesell-

schaftliche Verantwortung übernimmt, fördert die OeNB Projekte v. a. in den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Kultur und humanitäre Hilfe. Die im Vorjahr adaptierten Richtlinien für Spenden und Sponsoring stellen eine objektive Vergabe, eine geregelte Abwicklung und ein entsprechendes Monitoring sicher.

Das neue „Ethical Framework“ des ESZB wird im Laufe des nächsten Jahres auch zu teilweisen Änderungen im Compliance-Regelwerk der OeNB führen. Darüber hinaus wird im Jahr 2015 erstmalig ein Bericht zum Bundes-Public Corporate Governance Kodex (B-PCGK) für das Jahr 2014 erstellt werden.

Das operationale Risikomonitoring der OeNB wurde optimiert

Im Rahmen des Projekts „Relaunch ORION“ im Jahr 2014 wurde eine neue Methodik des operationalen Risikomonitorings in der OeNB umgesetzt. Diese entspricht auch der im ESZB eingesetzten Methodik. Ziel des neuen und schlanken Prozesses des Risikomanagements ist es, die OeNB anhand der erhobenen Risiken unter dem Gesichtspunkt eines optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnisses zu steuern. Für das Management wird somit eine transparente Sicht auf die Risiken der Bank ermöglicht.

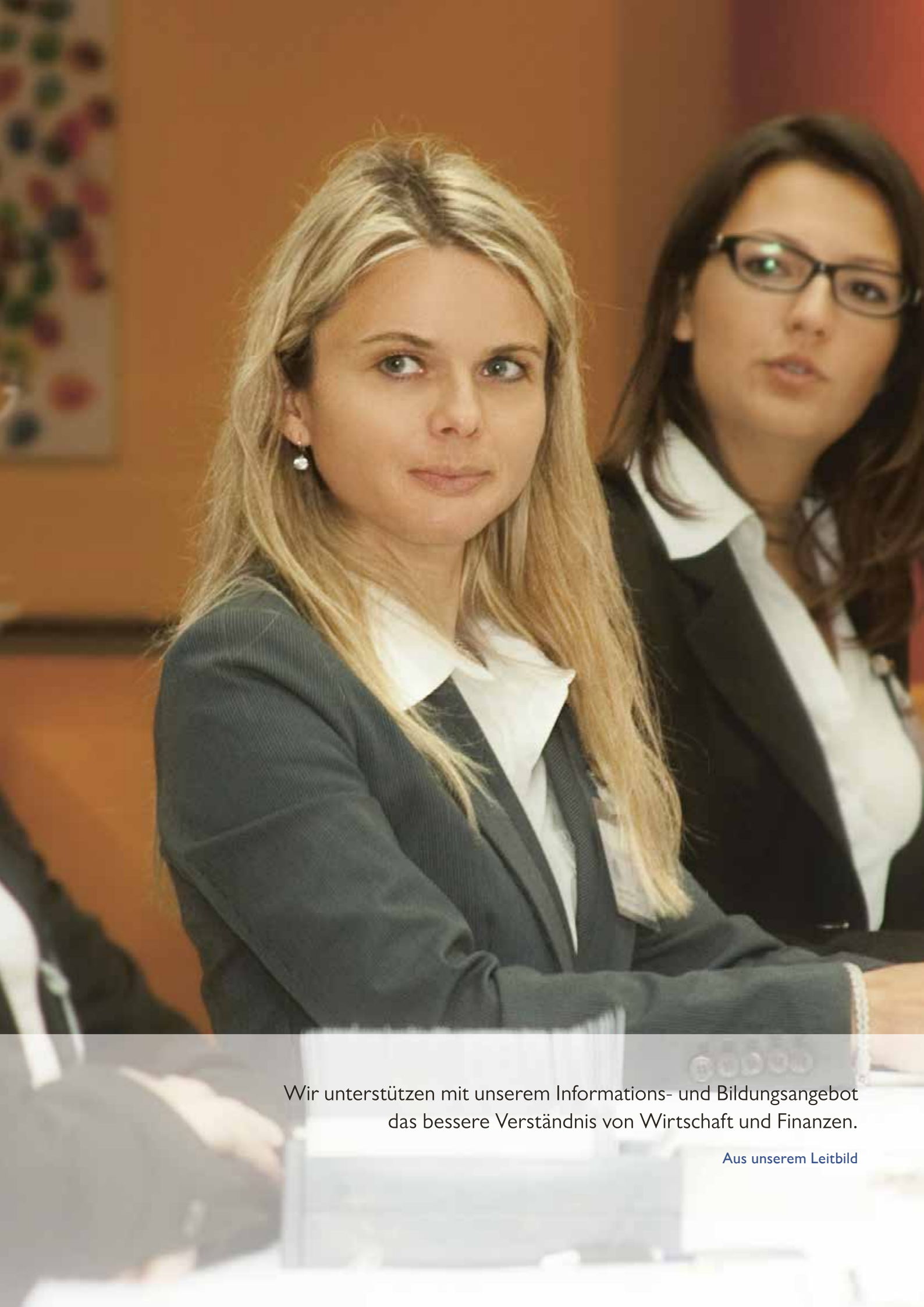
Tabelle 3

Indikatoren zu den wissensbasierten Prozessen

Indikator	Einheit	2012	2013	2014
Managementstruktur und effiziente Prozessabläufe				
Leitungsspanne	Personen	7,3	7,2	6,8
Zertifizierte Geschäftsbereiche	Anzahl	8	8	10
Einträge in der OeNB-Terminologiedatenbank	Anzahl	21.043	21.260	21.545
Automatisierungsgrad des Einkaufs	%	43	43	31
Reklamationsfreie Zahlungsverkehrstransaktionen	%	99,9	99,97	99,96
Technische Infrastruktur				
IT-Services für das ESZB/Eurosystem	Anzahl	4	4	4
IT-Großprojekte	Anzahl	5	7	6
Innovationen				
Verbesserungsvorschläge	Anzahl	52	60	26
Mobile Endgeräte (ohne Mobiltelefone)	Anzahl	679	776	800

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Eine genaue Definition der Indikatoren entnehmen Sie bitte der „Gesamtliste der Indikatoren“ unter <http://www.oenb.at/Publikationen/Oesterreichische-Nationalbank/Wissensbilanz.html>



Wir unterstützen mit unserem Informations- und Bildungsangebot
das bessere Verständnis von Wirtschaft und Finanzen.

Aus unserem Leitbild

OeNB im Dialog mit Bevölkerung und Wirtschaft

OeNB baut Finanzbildungsangebot weiter aus

Seit Jahren verfügt die OeNB über ein breitgefächertes Angebot, um der Bevölkerung finanzielle Bildung zu vermitteln und das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge zu fördern: Unterrichtsmaterialien, Seminare für Lehrkräfte, Wettbewerbe, Wanderausstellungen, Workshops im Geldmuseum, Online-Applikationen (Inflationscockpit, Finanzcockpit) und Vor-Ort-Vermittlung, die vor allem mit den Touren des Euro-Bus erfolgt. Neben den bewährten Projekten startete 2014 die Euro-Logo-Tour. Dabei vermittelt die OeNB im Rahmen von eintägigen Workshops 13- bis 14-Jährigen in deren Klassen die OeNB-Kernthemen Preisstabilität, Zahlungsverkehr und Bargeld. Nach der Pilotphase in Wien und Niederösterreich wird die Tour im Schuljahr 2015/16 auf ganz Österreich ausgeweitet.

Das Geldmuseum zeigte neben der Dauerausstellung zur österreichischen Geldgeschichte im Jahr 2014 die Sonderschau „Gold und Silber lieb' ich sehr... – Vom Berg zur Münze“. Seit Mitte Februar ist dort die Ausstellung „Kauri, Gold und Cybercoins. Formen des Geldes“ zu sehen.

2014 wurde die OeNB Vollmitglied der OECD-Arbeitsgruppe International Network on Financial Education. Die OeNB führte im Herbst 2014 die OECD-Umfrage zum Finanzwissenstand der österreichischen Haushalte durch, die für die Konzeption neuer Bildungsaktivitäten sowie für internationale Vergleiche herangezogen wird.

Zielgruppenfokussiertes Publikationsportfolio

Mit den unterschiedlichen Publikationen – in Form von Foldern, Periodika, Einzelprodukten oder Sonderausgaben – informiert die OeNB die Öffentlichkeit über Leistungen und Entscheidungen des Eurosystems zur Gewährleistung von Preis- und Finanzmarktstabilität. Sie dienen somit als Schnittstelle zwischen der ge-

meinsamen Geldpolitik des Eurosystems und der österreichischen Bevölkerung und Wirtschaft. Umfang, Sprache, Erscheinungsfrequenz und inhaltliche Gestaltung der einzelnen Produkte sind auf die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe (breite Bevölkerung, Medienvertreter, Bildungssektor, Fachpublikum) abgestimmt.

In den volkswirtschaftlich, finanzmarktpolitisch und statistisch ausgerichteten Periodika wird laufend über Daten und Entwicklungen der österreichischen und internationalen Wirtschaft und Finanzmärkte sowie über die Aufgaben, Aktivitäten und Projekte in den einzelnen Geschäftsbereichen der OeNB berichtet. Konjunktur Aktuell oder der Geschäftsbericht sind dafür beispielgebende Produkte. Geld- und wirtschaftspolitisch relevante Studien und Analysen, teilweise mit regionalen Schwerpunkten (Österreich, CESEE), werden in wissenschaftlich ausgerichteten Reihen (z.B. Monetary Policy & the Economy, Financial Stability Report, Focus on European Economic Integration, Working Papers, Statistiken) publiziert. Alle Publikationen der OeNB sind auf der Website unter www.oenb.at nach Themenbereichen geordnet verfügbar und kostenlos herunterladbar.

Zahlreiche Fachtagungen und Vorträge

Die OeNB organisiert jährlich rund 200 Veranstaltungen, die als nationale und internationale Plattformen für den geld- und wirtschaftspolitischen Meinungsaustausch dienen, aber auch dazu genutzt werden, in allen Geschäftsfeldern den Dialog mit den relevanten Institutionen und Partnern zu fördern und zu intensivieren. Die größte Breitenwirkung (mit jeweils mehreren hundert Teilnehmern) haben die jährlich im Frühjahr stattfindende Volkswirtschaftliche Tagung sowie die ebenfalls jährlich im Herbst abgehaltene Conference on European Economic Integration. Auch werden regelmäßig Jour Fixes, Seminare und Workshops mit nationaler und internationaler Beteiligung

organisiert. Rund 700 Vorträge vor externem Auditorium zeigen, dass die Fachkompetenz der OeNB-Mitarbeiter in diversen Themenfeldern sehr gefragt ist.

Kommunikativ forderndes Jahr mit intensiver OeNB-Informationsarbeit

Die Kommunikations- und Informationsarbeit der OeNB hatte 2014 einen bankenaufsichtlichen Fokus: Implementierung des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus SSM, Verstärkung der makroprudenziellen Aufsicht sowie einzelne Bankinstitute, insbesondere die Hypo Alpe Adria. Neben volkswirtschaftlichen Entwicklungen und geldpolitischen Maßnahmen waren aber auch die Einführung der neuen 10-Euro-Banknote der zweiten Euro-Banknotenserie und der einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum SEPA zentrale Themen.

In ihrer auf Wissensvermittlung ausgerichteten Öffentlichkeitsarbeit setzte die OeNB auf etablierte Off- und Online-Kanäle. Die neue Website wurde sehr positiv aufgenommen und hatte im ersten Jahr nach ihrem Relaunch pro Tag durchschnittlich rund 10.000 Zugriffe. Die vierteljährliche Medienresonanzanalyse zeigt, dass die OeNB dank Fachanalysen und Expertenpositionen stark in der Medienöffentlichkeit vertreten ist. Mit dem OeNB-Barometer wird regelmäßig die öffentliche Meinung über die OeNB und den Euro erhoben. Die trotz des anhaltend schwierigen Umfelds kontinuierlich hoch gebliebenen Vertrauens- und Imagewerte sind Beleg einer erfolgreichen und zielgruppengerechten Informationspolitik der OeNB.

Tabelle 4

Indikatoren zum wissensbasierten Output

Indikator	Einheit	2012	2013	2014
Kooperation und Vernetzung				
Nationale Gremien mit OeNB-Beteiligung	Anzahl	81	83	78
Internationale und europäische Gremien mit OeNB-Beteiligung (ESZB u.a.)	Anzahl	261	244	278
Technische Zentralbankkooperation mit CESEE/GUS	Tage	373	569	565
Teilnehmende an Kursen des Joint Vienna Institute (JVI)	Anzahl	1.947	2.145	2.286
Nationale und internationale Veranstaltungen der OeNB	Tage	260	255	194
Externe Vorträge	Anzahl	736	771	665
OeNB-Stipendien	Anzahl	45	45	45
Kommunikation und Information				
Auskünfte der OeNB-Hotlines	Anzahl	31.863	27.235	25.212
Forschungskooperationen mit externen Partnern	Anzahl	79	74	56
Besuche im Geldmuseum, Personen	Anzahl	18.730	18.733	16.059
Bargeldschulungen (inkl. Euro-Shop-Tour), Personen	Anzahl	11.368	17.342	14.192
Bei Schulaktivitäten erreichte Kinder und Lehrkräfte	Anzahl	21.233	19.179	20.182
Kontakte bei der Euro-Info-Tour	Anzahl	32.513	41.956	36.103
Pressekonferenzen	Anzahl	16	14	14
Presseaussendungen	Anzahl	173	192	187
Publikationen				
Fachartikel von OeNB-Mitarbeitern	Anzahl	178	125	117
davon referierte Artikel	Anzahl	63	47	40
Vertrauen und Image				
Vertrauensindikator im 2. Halbjahr	%	58,0	57,0	57,0
OeNB-Imageindex im 2. Halbjahr (positiv, wenn Wert zwischen 5,5 und 10,0)		6,5	6,6	6,8

Quelle: OeNB.

Anmerkung: Eine genaue Definition der Indikatoren entnehmen Sie bitte der „Gesamtliste der Indikatoren“ unter <http://www.oenb.at/Publikationen/Oesterreichische-Nationalbank/Wissensbilanz.html>

OeNB-Mitarbeiter sind in internationalen Gremien aktiv tätig

Die OeNB mit ihren Mitarbeitern wirkt in 278 internationalen Gremien mit. Bei zentralen wirtschaftspolitischen europäischen Gremien standen im Jahr 2014 die (präventive) Krisenbekämpfung, die Vertiefung der Wirtschaftsunion und der erfolgreiche Aufbau einer Europäischen Bankenunion im Mittelpunkt. Das neue Telekonferenzsystem der OeNB bringt Zeit- und Kosteneinsparungen.

JVI passt sein Programm laufend aktuellen ökonomischen und wirtschaftspolitischen Fragestellungen an

2014 standen am Joint Vienna Institute (JVI) 117 Kurswochen auf dem Programm, die von 2.286 Teilnehmern besucht wurden. Die OeNB ist nicht nur einer der wichtigsten Geldgeber, sondern organisierte auch acht Kurse mit den inhaltlichen Schwerpunkten Finanzmarktstabilität, Europäische Integration, Statistik, Bargeld und Zahlungsverkehr, sowie Finanzbildung. 2014 entwickelte sie zwei neue Kurse: „Integration in Europe: European Union and Eurasian Economic Union“ sowie „Finan-

cial Education“, die bei den Kursteilnehmern auf großen Anklang stießen. Seit seiner Gründung im Jahr 1992 zählte das JVI 35.263 Kursteilnehmer, primär aus der CESEE-Region und den GUS-Ländern. Die positive Außenwirkung des JVI stärkt Wien als Stützpunkt internationaler Einrichtungen und als zentrale Informationsdrehscheibe für Osteuropa.

Die OeNB engagiert sich bei der Umsetzung von IPA-Programmen am Westbalkan

Schon seit 2007 beteiligt sich die OeNB an Technical-Assistance-Programmen, die von der EZB koordiniert und von der EU im Rahmen des Heranführungsinstrumentes IPA (Instrument for Pre-Accession Assistance) finanziert werden. Neben anderen Zentralbanken des Eurosystems unterstützte die OeNB 2014 die Bank of Albania, die Central Bank of the Republic of Kosovo sowie die Central Bank of Montenegro beim Kapazitäten- und Institutionsaufbau.

Joint Vienna Institute (JVI):

Das JVI ist ein Ausbildungsinstitut für Experten aus der öffentlichen Verwaltung und aus Zentralbanken in CESEE und GUS. Neben dem BMF und dem IWF ist die OeNB Hauptgeldgeber des Instituts und ein wichtiger Kursanbieter.



Unsere gesellschaftliche Verantwortung zeigt sich auch in unserem Engagement für Wissenschaft und Forschung, humanitäre Anliegen, Kunst und Kultur sowie für die Umwelt.

Aus unserem Leitbild

OeNB fördert Forschung, Wissenschaft, Kunst und Kultur

Engagement für Forschung und Wissenschaft ...

Der Jubiläumsfonds der OeNB zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft fördert seit 1966 wissenschaftliche Arbeiten hoher Qualität aus den Fachdisziplinen Wirtschaftswissenschaften, medizinische Wissenschaften mit klinischem Bezug sowie Sozial- und Geisteswissenschaften. Im Jahr 2014 wurden auf diesem Weg insgesamt 9,36 Mio EUR zur Stärkung und Sicherung des Forschungsstandorts Österreich an 100 Wissenschaftler vergeben. Weiters wurden im gleichen Jahr 17,7 Mio EUR der österreichischen Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung (FTE-Nationalstiftung) zur Verfügung gestellt.

Mit der Vergabe von Stipendien und Preisen (Klaus-Liebscher-Preis, Olga-Radzyner-Preis, Franz-Weninger-Stipendium, Heinz-Kienzl-Preis, Dr.-Maria-Schaumayer-Habilitationsstipendium) wird ein weiterer Beitrag zur Förderung junger Wissenschaftler auf den verschiedensten ökonomischen Sachgebieten geleistet. 2014 wurde erstmalig der Carl-Menger-Preis, der gemeinsam von der Deutschen Bundesbank, der OeNB und der Schweizerischen Nationalbank gestiftet wird, verliehen. Darüber hinaus besteht für junge Wissenschaftler die Möglichkeit eines Forschungsaufenthalts in der OeNB (Visiting Research Program). Österreichweit werden Stipendien im kaufmännischen und betriebswirtschaftlichen Ausbildungsbereich vergeben.

... und für Kunst und Kultur

Die Sammlung historischer Streichinstrumente umfasst 38 Instrumente, die im Wesentlichen von den bedeutendsten Vertretern des klassischen italienischen Geigenbaus, unter anderem Stradivari und Guarneri del Gesù, stammen. Die Instrumente werden an österreichische Musiker verliehen, die so zu Österreichs gutem Ruf als Musikland beitragen.

Zeitgenössische Musik wird durch einen Kompositionspreis, der in Kooperation mit Ö1 ausgeschrieben wird, gefördert. Er wendet sich an Studierende der Studienrichtung Komposition an den fünf österreichischen Musik-Universitäten in Wien, Linz, Salzburg und Graz. Der Sieger des Jahres 2014 erhält von der OeNB ein Preisgeld in Höhe von 10.000 EUR, verbunden mit einem Kompositionsauftrag für ein kammermusikalisches Werk, das 2015 mit Instrumenten aus der Sammlung der OeNB uraufgeführt wird.

Die OeNB hat für ihre Sammlungen der bildenden Kunst zwei dezidierte Schwerpunkte: Kunst der Zwischenkriegszeit und Österreichische Skulptur und Malerei nach 1945. Die OeNB möchte damit einen Beitrag zur Erhaltung österreichischer Kunst im eigenen Land leisten und diese Werte für die Zukunft und Österreich sichern. Die Kunstwerke dieser Sammlungen sind bei Museen im In- und Ausland sehr gefragt.

OeNB übernimmt Verantwortung für die Umwelt

Umweltengagement der OeNB durch externe Zertifikate bestätigt¹

Seit der Einführung des Umweltmanagements gemäß dem europäischen Gemeinschaftssystem für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS, Eco-Management and Audit Scheme) im Jahr 1999 hat die OeNB zahlreiche Zertifikate und Auszeichnungen er-

Fernkälte

Mittels Absorptionsanlagen wird aus Wärme Kälte erzeugt und über Fernleitungen – wie bei der Fernwärme – zum Verbraucher transportiert. Gewonnen wird die Abwärme von Kraftwerken und Abfallverbrennungsanlagen. Diese nachhaltige und umweltfreundliche Kühlmethode reduziert den Strombedarf der Fernkältekunden.

worben, die ihr Engagement im Bereich Corporate Social Responsibility unterstreichen (u. a. Österreichisches Umweltzeichen für Druckerzeugnisse im Jahr 2010, EMAS-Auszeichnung

2012). Weiters wurden auch Kooperationen im Umweltbereich, etwa mit B.A.U.M. Österreich eingegangen, dessen 25-Jahr-Jubiläum am 30. Oktober 2014 im Kassensaal der OeNB gefeiert wurde.

Bundesminister überreichte der OeNB das EU Ecolabel

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) überreichte am 28. November 2014 erstmals der OeNB das EU Ecolabel für den Druckereibereich. Der Einsatz umweltfreundlicher Rohstoffe und Produktionsprozesse, Ressourcenschonung sowie

EU Ecolabel – das Europäische Umweltzeichen

Dieses Umweltgütesiegel zeichnet Produkte und Dienstleistungen aus, die Umweltfreundlichkeit, Langlebigkeit und hohe Qualität aufweisen. Die Erarbeitung der Richtlinien zur Vergabe des Ecolabels erfolgt in Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten. In Österreich ist die zuständige Stelle das BMLFUW.

die konsequente Abfallminimierung wurden damit hervorgehoben.

Grünes Energiemanagement mit Fernkälte und neuem Zertifikat

Das OeNB-Energiemanagement wurde im Frühjahr 2014 erstmals in einem Audit geprüft und mit dem ISO 50001-Energiemanagement-Zertifikat ausgezeichnet. 2014 wurde auch der Fernkälteanschluss in Betrieb genommen, eine innovative Alternative zur Klimatisierung von Server- und Büroräumen, die für die OeNB dauerhaft Kosteneinsparungen bringt. Mit 1. Jänner 2015 wurde der Stromanbieter gewechselt; weiterhin wird jedoch zu 100% zertifizierter Strom aus ausschließlich erneuerbaren Quellen bezogen (Wind, Sonne, Biomasse, Wasserkraft). Das vorbildliche Energiemanagement veranlasste das BMLFUW, die OeNB als EMAS- und Energie-Musterbetrieb in der Broschüre „20 Jahre EMAS – Umweltleistungen, die sich sehen lassen“ anzuführen.

Ökologische Kennzahlen der OeNB

Der Energie- und Wasserverbrauch konnte im Vergleich zu den Vorjahren gesenkt werden, was auf den neuen Fernkälte-Anschluss und Energiesparmaßnahmen zurückzuführen ist. Damit wurde neben einer Kostenreduktion auch ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Der Reiseaufwand der OeNB-Mitarbeiter wird maßgeblich durch die Mitarbeit in internationalen Gremien, die Teilnahme an Bankentwürfen und Vortragstätigkeit bedingt. Der überwiegende Teil der Dienstreisen wird mit dem Flugzeug zurückgelegt. Das Umweltteam der OeNB strebt jedoch danach, den Anteil an umweltgerechter Mobilität – auch von und zur Arbeitsstätte – zu steigern, wie etwa durch Hinweise zur Nutzung der Bahn, der hausinternen Auflade-Stationen für Elektrofahrräder, der City-Bike-Station in der Nähe des OeNB-Hauptgebäudes und weitere Initiativen wie beispielsweise interne Informationskampagnen im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche.

¹ Umwelterklärung gemäß EMAS-VO (EG) Nr. 1221/2009.

Tabelle 5

Ökologische Kennzahlen der OeNB

	Standort	2012	2013	2014	Einheit ¹	Richtwerte ²		
						+	~	-
Energie								
Stromverbrauch, pro Personalressource	Wien	7,30	7,50	6,08	MWh	< 4,5	6	> 8
Wärmeverbrauch	Wien	67	63	55	kWh/m ²	< 110	130	> 150
Gesamtenergieverbrauch ³	Wien	10.985	10.527	9.028	MWh			
davon erneuerbar ⁴	Wien	6.416	6.282	5.348	MWh			
Wasser								
Wasserverbrauch ⁴	Wien	111	122	88	l/MA/Tag	< 60	100	> 120
Material- und Produktverbrauch								
Papierverbrauch gesamt ⁵	Alle	91	95	78	kg/PR	< 100	200	> 500
Schreib-/Kopierpapierverbrauch	Alle	6.113	7.969	7.066	Blatt/PR	< 8.000	10.000	> 12.000
Recyclinganteil bei Kopierpapier	Alle	85	85	85	%	> 30%	20%	< 10%
Reinigungsmittelverbrauch ⁶	Wien	15	24	18	g/m ²	keine Angaben		
CO ₂ -Emissionen, insgesamt ⁷	Alle	1,27	1,22	1,46	t/PR	< 2,8	4	> 4,5

Quelle: OeNB.

¹ PR = Personalressource.

² Quelle: Verein für Umweltmanagement in Banken, Sparkassen und Versicherungen e.V., Leitfaden der „Österreichischen Gesellschaft für Umweltschutz und Technik“.

³ Inklusive Diesel für Notstromaggregat (2012: 6.500 Liter, 2013: 5.200 Liter, 2014: 5.700 Liter).

⁴ Seit 2010 bezieht die OeNB zertifizierten Ökostrom. Der Rückgang beim Strom- und Wasserverbrauch resultiert aus Optimierungen und dem Bezug von Fernkälte ab 2014.

⁵ Der Papierverbrauch enthält die Einkaufszahlen und somit auch Lagerware. Gesamtverbrauch 2014: 84.278 kg.

⁶ Gesamtverbrauch 2014: 1.211 kg. Mehrverbrauch 2013 bedingt durch interne Übersiedlungen.

⁷ Betrieb und Dienstreisen; gesamt 2014: 1.579 Tonnen; CO₂-Umrechnungsfaktoren lt. Umweltbundesamt 2013. Einbezogen werden Energieverbrauch, Dienstreisen, Transporte und Notstromaggregat. Die Berechnungen für das Jahr 2014 beruhen auf aktualisierten CO₂-Äquivalenten, die Vorjahre sind unverändert.

Anmerkung: EMAS sieht Angaben zur biologischen Vielfalt vor. Der Flächenverbrauch, ausgedrückt in m² bebauter Fläche, ist nicht wesentlich und daher auch nicht angeführt. Andere Treibhausgas- und Luftschadstoffemissionen wie z. B. CH₄, N₂O, HFC, PFC, SF₆ bzw. SO₂, NO_x und Feinstaub kommen nicht bzw. nur in geringen Mengen vor.

Tabelle 6

Transportleistungen

	2012	2013	2014
Flug-Dienstreisen, in km	2.977.737	2.541.935	2.638.889
PKW-Dienstreisen, in km	663.143	677.846	520.260
Bahn-Dienstreisen, in km	175.800	175.200	168.000
Treibstoffe für Transporte, in Liter	42.278	36.500	35.829

Quelle: OeNB.

Umwtleistungen und Umweltprogramm

Aktuelle Umweltaktivitäten sind dem Umweltprogramm der OeNB zu entnehmen. So wird bei Ausschreibungen und Einkauf verstärkt auf Umweltaspekte wie umweltschonende Produktion, Gesundheitsbelange, langlebige, reparaturfreundliche Produkte, Kunststoffminimierung, Bevorzugung heimischer Holzarten und Umwelt-Zertifikate des Lieferanten geachtet.

Abfallaufkommen der OeNB von 2012 bis 2014

	Schlüsselnummer	2012	2013	2014
in kg				
Nicht gefährliche Abfälle				
Hausmüllähnlicher Gewerbeabfall ¹	91101	121.016	114.178	95.410
Elektronikschratt	35202	111.840	97.280	83.960
Elektrogroßgeräte	35221	3.756	3.333	1.694
Sperrmüll	91401	0	25	176
Altholz behandelt	17201	5.420	11.020	6.420
		0	2.520	3.160
Nicht gefährliche Abfälle pro Personalressource		113	105	88
Gefährliche Abfälle				
Altlacke, Altfarben, Lösemittel	55502, 59405	14	163	52
Kühlgeräte	35205	183	289	90
Batterien unsortiert, Lithiumakkus	35338, 35337	422	543	241
Bleiakkumulatoren ²	35322	14.082	2.215	38.264
Ölabscheiderinhalte ³	54702	3.700	3.006	3.660
Bild-/Leuchtstoffröhren, Kondensatoren PCB-frei	35210, 35339, 35209	36	998	3
Laborabfälle	59305	60	0	52
Bildschirm- / elektronische / Groß-Geräte	35212, 35201, 35220	95	1.621	914
Reinigungsmittelabfälle	59405	0	43	0
Gase in Stahldruckflaschen (Feuerlöscher), Spraydosen	59802, 59803	0	1.910	13
Altmedikamente	53510	30	30	30
Gefährliche Abfälle pro Personalressource		17	10	40
Altstoffe				
Buntglas ⁴	31469	117.688	128.514	185.705
Weißglas	31468	3.660	1.810	1.810
Metall/Dosen	35315	2.840	2.840	2.840
Bio-Sammlung ⁵	91701	12.890	12.890	12.890
Kunststoff-Verpackungen	57118	5.800	5.800	5.800
Alteisen ⁶	35103, 35105	7.498	13.132	63.880
Altpapier	18718	81.340	85.960	86.570
Papier und Pappe beschichtet	18702	0	4.272	10.105
Insgesamt		257.326	253.510	324.434

Quelle: OeNB.

¹ Konsequente Abfalltrennung, Verwertung von Wertstoffen und Rückgang von Umbauarbeiten bzw. internen Übersiedlungen reduzierten diese Abfälle.

² Erneuerung der unterbrechungsfreien Stromversorgung im Jahr 2014.

³ Ölabscheider in der Garage.

⁴ Altstoffe teilweise mehrjährig gleichlautend, Daten laut Entsorger.

⁵ Inklusive Grünschnitt (Gartenabfall).

⁶ Metallcontainer waren im Jahr 2014 auszuscheiden.

Tabelle 8

Umwtleistungen bis zum Jahr 2014 und Umweltprogramm 2015

	Verantwortlich	Termin	Status
Weitere Ökologisierung der Beschaffung			
Beschaffung von Büromöbeln nach ökologischen Kriterien	Fachabteilung, Umweltteam	2014 / 2015	In Realisierung
Beschaffung von Bürogeräten mit niedrigem Energieverbrauch (z. B. Laptops, Tablet-PC)	Fachabteilung,	2014	Umgesetzt
Anschaffung eines neuen Wertetransportwagens (bessere Abgasbedingungen, geringerer Verbrauch)	Fachabteilungen	2014	Umgesetzt
Beauftragung einer Reinigungsfirma mit Umweltmanagement gemäß ISO 14001-Zertifikat	Fachabteilung, Umweltteam	2014	Umgesetzt
Sorgsamer Umgang mit Ressourcen, Verringerung der Emissionen, weitere Reduktion des Stromverbrauchs um 2%			
Projekt „Fernkälte“ in der OeNB zur Einsparung von Energie	Fachabteilungen	2014	Umgesetzt
Weiterentwicklung des Energiemanagements, Evaluierung von Energieeinsparpotenzialen	Fachabteilung	2015 / 2016	In Vorbereitung
Machbarkeitsstudie zur Verbesserung der Fassadendämmung im Bürogebäude Nord	Fachabteilung	2015 / 2016	In Vorbereitung
Ventilatoren: Umstellung auf Direktantriebe, Tausch auf effizientere Motoren, Einsparpotenzial 100.000 kWh/Jahr	Fachabteilung	2015	In Vorbereitung
Fortgesetzter Bezug von zertifiziertem Ökostrom	Fachabteilung	2015	In Realisierung
Pumpen-Effizienzsteigerung zur Minimierung des Energieverbrauchs	Fachabteilung	2014	Fortsetzung
Bedarfsabhängiges Beleuchtungskonzept bei Arbeitslampen	Fachabteilung	2014	Umgesetzt
Steuerung der Raumkühlung mittels Fenstersensoren	Fachabteilung	2014	Umgesetzt
Reinigungsmitelesinsatz mit Dosiergeräten	Fachabteilung	2014	Umgesetzt
Weitere Forcierung von LED-Beleuchtung			
Sicherheits- und Gangbeleuchtung in Hauptgebäude und Bürogebäude Nord	Fachabteilung	2015	In Realisierung
Garagenstockwerke und Garageneinfahrt	Fachabteilung	2014	Umgesetzt
Förderung umweltfreundlicher Mobilität (Fahrrad, Verleihsystem „City Bike“)	Fachabteilung	laufend	In Realisierung
Stärkung des Umweltbewusstseins, Schulungen			
Erstellung einer Benutzeranleitung für optimierte Raumkühlung,	Umweltteam	2014	Umgesetzt
Aktionen zum „Autofreien Tag“ und „Tag der Sonne“: Motivierung der MitarbeiterInnen, umweltschonende Alternativen zu nutzen	Umweltteam	2015	Wiederkehrend
Kooperationen im Umweltbereich (z. B. BMLFUW, WWF, B.A.U.M.)	Umweltteam	2015 / 2016	In Realisierung
Umfrage zur Weiterentwicklung des Umweltmanagements	Umweltteam	2015	In Vorbereitung
Abfall			
Informationsinitiative z. B. mit Erweiterung der Intranetinformatoren, Abfall-Leitfaden	Fachabteilung	2015	In Vorbereitung
Audit bei Entsorger	Abfallbeauftragter	2015	In Vorbereitung

Quelle: OeNB.

Gültigkeitserklärung, Prüfbescheinigung und Global Reporting Initiative

Der hier vorliegende Nachhaltigkeitsbericht (der Geschäftsbericht und Umwelterklärung inkludiert) der Oesterreichischen Nationalbank wurde – im Rahmen einer Begutachtung nach der EMAS-VO – von der Quality Austria Trainings, Zertifizierungs- und Begutachtungs-GmbH, Zelinkagasse 10/3, 1010 Wien, Österreich, AT-V-0004, als unabhängiger Gutachterorganisation geprüft.



Der leitende Gutachter bestätigt hiermit, dass die Umweltpolitik, das Umweltprogramm, das Umweltmanagementsystem, die Umweltprüfung, das Umweltbetriebsprüfungsverfahren und der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht des Unternehmens mit der EMAS-Verordnung (EG) Nr.1221/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Nov. 2009 (EMAS-VO) übereinstimmen und erklärt die relevanten Inhalte für die Umwelterklärung nach Anhang IV Abschnitt B, Buchstaben a bis h, für gültig.

Weiters bestätigt die Quality Austria, dass der Bericht nach den Vorgaben der Sustainability Reporting Guidelines 2006 G3.1 der Global Reporting Initiative (GRI) aufgebaut ist, die Inhalte und Daten aus dem Jahr 2014 den in der Organisation eingesehenen Aufzeichnungen entsprechen und die Angaben im GRI-Index, der auf www.oenb.at nachzulesen ist, richtig sind, sodass die Selbsteinstufung in die Anwendungsebene B bestätigt werden kann.

Wien, im März 2015

Konrad Scheiber

Konrad Scheiber, Geschäftsführer

Mag. Martin Nohava

Mag. Martin Nohava, Leitender Gutachter

Dr. Martina Göd

Dr. Martina Göd, Gutachterin

Die nächste Umwelterklärung wird im Mai 2016 in Form eines Nachhaltigkeitsberichtes publiziert.

Beteiligungsspiegel

Tabelle 9

Beteiligungen der OeNB zum 31. Dezember 2014

Anteil in %	Gesellschaft	Nennkapital
100	Münze Österreich Aktiengesellschaft, Wien	6.000.000,00 EUR
100	Schoeller Münzhandel GmbH, Wien	1.017.420,00 EUR
	100 Hans W. Hercher Münzen GmbH, Freiburg (Deutschland)	6.000.000,00 EUR
	(51) 51 WON-WorldofNumismatics GmbH, Dresden (Deutschland)	75.000,00 EUR
50	PRINT and MINT SERVICES GmbH, Wien	35.000,00 EUR
33,24	Casinos Austria AG, Wien	40.000.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria AG Liegenschaftsverwaltungs- und Leasing GmbH, Wien	2.000.000,00 EUR
(33,24)	100 Cuisino GmbH, Wien	270.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria Sicherheitstechnologie GmbH, Wien	500.000,00 EUR
(29,58)	89 Congress Casinos Baden BetriebsgmbH, Baden	400.000,00 EUR
(33,24)	100 ÖLG Holding GmbH, Wien	5.000.000,00 EUR
	(22,59) 67,97 Österreichische Lotterien GmbH, Wien	110.000.000,00 EUR
	(11,3) 50 Entertainment Glücks- und Unterhaltungsspiel Gesellschaft mbH, Wien	2.870.000,00 EUR
	(11,3) 100 Glücks- und Unterhaltungsspiel BetriebsgmbH, Wien	35.000,00 EUR
	(11,3) 100 WINWIN International GmbH, Wien	35.000,00 EUR
	(11,3) 100 Win2day Entwicklungs- und BetriebsgmbH, Wien	35.000,00 EUR
	(9,05) 80,08 Rabcat Computer Graphics GmbH, Wien	36.000,00 EUR
	(11,3) 100 Win2day International GmbH, Wien	35.000,00 EUR
	(11,28) 99,84 Win2day Belgium S.A. Brüssel (Belgien), in Liqu.	8.150.000,00 EUR
	(22,59) 100 Albanisch Österreichische Lotterien Holding GmbH, Wien	35.000,00 EUR
	(22,59) 100 Lotaria Kombetare Sh. P.K., Tirana (Albanien)	1.201.950.000,00 ALL
(16,62)	50 Entertainment Glücks- und Unterhaltungsspiel Gesellschaft mbH, Wien	2.870.000,00 EUR
	(16,62) 100 Glücks- und Unterhaltungsspiel BetriebsgmbH, Wien	35.000,00 EUR
	(16,62) 100 WINWIN International GmbH, Wien	35.000,00 EUR
	(16,62) 100 Win2day Entwicklungs- und BetriebsgmbH, Wien	35.000,00 EUR
	(13,31) 80,08 Rabcat Computer Graphics GmbH, Wien	36.000,00 EUR
	(16,62) 100 Win2day International GmbH, Wien	35.000,00 EUR
	(16,59) 99,84 Win2day Belgium S.A. Brüssel (Belgien), in Liqu.	8.150.000,00 EUR
(33,24)	100 Casinos Austria International Holding GmbH, Wien	30.000.000,00 EUR
	(33,23) 99,98 Glücksrad Kft., Sopron (Ungarn)	15.000.000,00 HUF
	(33,24) 99,99 Inmobiliaria Ovalle S.A., Santiago (Chile)	1.139.000.000,00 CLP
	(33,24) 100 Casinos Austria International (Mazedonien) Holding GmbH, Wien	35.000,00 EUR
	(4,58) 13,77 Viage Productions S.A., Brüssel (Belgien)	3.180.000,00 EUR
	(32,91) 99 Casinos Austria International Belgium S.A., Brüssel (Belgien)	61.500,00 EUR
	(33,24) 100 Casinos Austria International GmbH, Wien	2.000.000,00 EUR
	(33,24) 100 Spielbanken Niedersachsen GmbH, Hannover (Deutschland)	15.000.000,00 EUR
	(33,24) 100 Casinoland IT-Systeme GmbH, Hannover (Deutschland)	25.000,00 EUR
	(31,24) 94 Casino Event Immobilien GmbH, Hannover (Deutschland)	25.000,00 EUR
	(33,24) 100 Apollo Casino Resorts Limited, London (Vereinigtes Königreich)	3.010.000,00 GBP
	(33,24) 100 Leisure & Entertainment S.A., Salta (Argentinien)	3.300.000,00 ARS
	(33,20) 99,88 Entretenimientos y Juegos de Azar (ENJ.A.S.A.) S.A., Salta (Argentinien)	46.190.000,00 ARS
	(1,73) 5,21 Complejo Monumento Güemes S.A., Salta (Argentinien)	459.259,00 ARS
	(31,51) 94,79 Complejo Monumento Güemes S.A., Salta (Argentinien)	459.259,00 ARS
	(32,91) 99 Cachi Valle Aventuras S.A., Salta (Argentinien)	208.838,00 ARS
	(3,29) 10 Red 21 de Cobranzas S.A., Salta (Argentinien)	120.000,00 ARS
	(29,91) 90 Red 21 de Cobranzas S.A., Salta (Argentinien)	120.000,00 ARS
	(28,66) 86,23 Viage Productions S.A., Brüssel (Belgien)	3.180.000,00 EUR
	(33,24) 100 Casinos Austria Management Gesellschaft mbH, Wien	100.000,00 EUR
	(33,24) 100 Casinos Odense K/S, Odense (Dänemark)	1.300.000,00 DKK
	(33,24) 100 Fortuna 1 ApS, Odense (Dänemark)	125.000,00 DKK
	(33,24) 100 Casinos Austria International (Czech) s.r.o., Prag (Tschechische Republik)	139.100.000,00 CZK
	(33,24) 100 Czech Casinos a.s., Prag (Tschechische Republik)	100.000.000,00 CZK
	(24,93) 75 Pannon-Partner Kft., Sopron (Ungarn)	330.000.000,00 HUF
	(24,93) 100 Casino Sopron Kft., Sopron (Ungarn)	300.000.000,00 HUF
	(33,24) 100 Casinos Austria (Swiss) AG, Zug (Schweiz)	20.000.000,00 CHF
	(33,24) 100 Casinos Austria Management AG, Chur (Schweiz)	500.000,00 CHF
	(33,24) 100 CAI Management AG, Zug (Schweiz)	200.000,00 CHF
	(33,24) 100 Casinos St. Moritz AG, St. Moritz (Schweiz)	3.500.000,00 CHF
	(33,24) 100 CAI Online AG, Zug (Schweiz)	1.200.000,00 CHF
	(33,24) 100 Casinos Austria International Limited, Brisbane (Australien)	19.578.000,00 AUD
	(33,24) 100 Casinos Austria International (Canberra) Pty Limited, Brisbane (Australien)	2,00 AUD
	(33,24) 100 Casinos Austria Maritime Corp., Fort Lauderdale (USA)	50,00 USD
	(33,24) 100 CAI Ontario Inc., Fort Perry (Kanada)	1.725.000,00 CAD
	(23,93) 72 Great Blue Heron Gaming Com., Port Perry (Kanada)	1.250.000,00 CAD
28,61	Argor Heraeus SA, Mendrisio (Schweiz)	6.369.000,00 CHF
	(28,61) 100 Argor-Heraeus Deutschland GmbH, Pforzheim (Deutschland)	25.000,00 EUR
	(28,61) 100 Argor-Heraeus Italia S.p.A., Cavenago di Brianza (Italien)	520.000,00 EUR
	(25,18) 88 Argor-Heraeus Latin America SpA, Santiago (Chile)	5.000.000,00 USD

Fortsetzung Tabelle 9

Anteil in %	Gesellschaft	Nennkapital
100	Oesterreichische Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH, Wien	10.000.000,00 EUR
50	PRINT and MINT SERVICES GmbH, Wien	35.000,00 EUR
90	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination G.m.b.H., Wien	36.336,31 EUR
25	Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr (STUZZA) G.m.b.H., Wien	100.000,00 EUR
100	IG Immobilien Invest GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	Austrian House S.A., Brüssel (Belgien)	5.841.610,91 EUR
100	City Center Amstetten GmbH, Wien	72.000,00 EUR
100	EKZ Tulln Errichtungs GmbH, Wien	36.000,00 EUR
100	HW Hohe Warte Projektentwicklungs- und ErrichtungsgmbH, Wien	35.000,00 EUR
100	IG Belgium S.A., Brüssel (Belgien)	19.360.309,87 EUR
100	IG Döbling Herrenhaus-Bauträger GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	IG Hungary Irodaközpont Kft., Budapest (Ungarn)	11.852,00 EUR
100	IG Immobilien Beteiligungs GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	IG Immobilien M97 GmbH, Wien	120.000,00 EUR
100	IG Immobilien Management GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	IG Immobilien Mariahilfer Straße 99 GmbH, Wien	72.000,00 EUR
100	IG Immobilien O20-H22 GmbH, Wien	110.000,00 EUR
25	MARINA CITY Entwicklungs GmbH, Wien	120.000,00 EUR
25	MARINA TOWER Holding GmbH, Wien	35.000,00 EUR
(25) 100	MARINA TOWER Entwicklungs GmbH, Wien	36.336,42 EUR
100	IG Netherlands N1 and N2 B.V., Hoofddorp (Niederlande)	91.000,00 EUR
40	U2 Stadtentwicklung GmbH, Wien	100.000,00 EUR
100	BLM Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH, Wien	40.000,00 EUR
100	BLM-IG Bauträger GmbH, Wien	35.000,00 EUR
100	OWP5 Betriebs-Liegenschafts-Management GmbH, Wien	35.000,00 EUR

Quelle: OeNB, Beteiligungsgesellschaften.

Anmerkung: Werte in Klammer sind durchgerechnete Anteile der direkten Beteiligungen; Werte ohne Klammer sind die Anteile der direkt anteilhaltenden Gesellschaft.

Die Anteile der OeNB zum 31. Dezember 2014 an der Europäischen Zentralbank (EZB), Frankfurt (Deutschland), betragen 1,9631 % vom gezeichneten Kapital in Höhe von 10.825.007.069,61 EUR. Weiters hält die OeNB an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel (Schweiz), 8.000 Stück Aktien zu je 5.000 SZR und 564 Stück Aktien ohne Stimmrecht sowie an der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (S.W.I.F.T.), La Hulpe (Niederlande), 74 Anteile zu je 125,00 EUR.

Tabelle 9 zeigt gemäß § 68 Abs. 4 NBG alle direkten und alle indirekten Beteiligungen der OeNB an inländischen und ausländischen Unternehmen, die entweder, und zwar unabhängig von der Beteiligungshöhe, dazu bestimmt sind, dem OeNB-Geschäftsbetrieb zu dienen,

oder, falls diese Bedingung nicht zutrifft, an denen die OeNB eine direkte Beteiligung oder eine durchgerechnete indirekte Beteiligung in Höhe von jeweils mindestens 20% des Nennkapitals besitzt.



Wir sind uns der Verantwortung für Österreich und Europa bewusst
und erfüllen unsere Aufgaben effektiv und effizient.
Grundlage unseres Handelns sind fachliche und soziale Kompetenz, Nachvollziehbarkeit
und verantwortungsbewusste Unternehmensführung.

Aus unserem Leitbild

Jahresabschluss 2014
der Oesterreichischen Nationalbank

Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva

	31. Dezember 2014 <i>in EUR</i>	31. Dezember 2013 <i>in EUR</i>
1 Gold und Goldforderungen	8.892.006.229,75	7.842.819.188,98
2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	11.607.252.464,81	8.962.695.474,63
2.1 Forderungen an den IWF	2.886.454.786,44	3.145.504.739,56
2.2 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva	8.720.797.678,37	5.817.190.735,07
3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	829.263.581,87	694.805.968,94
4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	2.040.691.641,13	1.858.155.920,03
4.1 Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite	2.040.691.641,13	1.858.155.920,03
4.2 Forderungen aus der Kreditfazitat im Rahmen des WKM II	–	–
5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	12.658.680.000,00	7.094.000.000,00
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	3.076.000.000,00	1.220.000.000,00
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	9.582.680.000,00	5.874.000.000,00
5.3 Feinststeuerungsoperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.4 Strukturelle Operationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazitat	–	–
5.6 Forderungen aus Margenausgleich	–	–
6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet	174.087,35	146.091,69
7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	16.404.129.517,03	16.862.400.057,94
7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	6.129.322.865,03	7.102.305.078,82
7.2 Sonstige Wertpapiere	10.274.806.652,00	9.760.094.979,12
8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte	407.966.957,05	410.887.194,16
9 Intra-Eurosystem-Forderungen	30.023.321.762,51	43.507.394.069,55
9.1 Beteiligung an der EZB	221.613.272,84	212.118.362,10
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.137.636.924,67	1.122.511.702,45
9.3 Forderungen aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen ¹	x	x
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	28.664.071.565,00	42.172.764.005,00
9.5 Sonstige Intra-Eurosystem-Forderungen (netto)	–	–
10 Schwebende Verrechnungen	–	–
11 Sonstige Aktiva	9.963.943.193,88	10.252.170.664,10
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	115.509.199,58	106.325.491,17
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	147.983.214,75	146.576.231,05
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	8.396.758.202,03	8.613.078.904,47
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	–	55.366.469,01
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	397.235.800,72	557.388.053,81
11.6 Sonstiges	906.456.776,80	773.435.514,59
	92.827.429.435,38	97.485.474.630,02

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Passiva

	31. Dezember 2014 <i>in EUR</i>	31. Dezember 2013 <i>in EUR</i>
1 Banknotenumlauf	26.236.845.780,00	24.497.459.700,00
2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	12.636.298.100,62	14.937.903.985,72
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	11.676.298.100,62	12.036.903.985,72
2.2 Einlagefazilität	960.000.000,00	2.181.000.000,00
2.3 Termineinlagen	–	720.000.000,00
2.4 Feinsteuerooperationen in Form von befristeten Transaktionen	–	–
2.5 Verbindlichkeiten aus Margenausgleich	–	–
3 Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet	–	–
4 Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen¹	×	×
5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	2.688.712.076,96	308.575.489,07
5.1 Einlagen von öffentlichen Haushalten	181.107.501,34	215.610.325,99
5.2 Sonstige Verbindlichkeiten	2.507.604.575,62	92.965.163,08
6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	461.287.628,53	246.687.650,67
7 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	122.247,64	129.091,23
8 Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	–	–
8.1 Einlagen, Guthaben und sonstige Verbindlichkeiten	–	–
8.2 Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	–	–
9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	2.070.380.641,89	1.941.719.785,16
10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten	30.082.509.505,12	39.148.233.209,66
10.1 Verbindlichkeiten aus der Übertragung von Währungsreserven ¹	×	×
10.2 Verbindlichkeiten aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen	–	–
10.3 Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	–	–
10.4 Sonstige Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten (netto)	30.082.509.505,12	39.148.233.209,66
11 Schwebende Verrechnungen	–	2.439,55
12 Sonstige Passiva	437.340.880,22	357.855.495,35
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	8.841.874,98	–
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten	3.018.881,77	12.653.743,51
12.3 Sonstiges	425.480.123,47	345.201.751,84
13 Rückstellungen	5.364.946.517,29	5.003.897.805,83
14 Ausgleichsposten aus Neubewertung	8.594.878.230,43	6.805.515.322,10
15 Kapital und Rücklagen	4.228.551.037,55	4.217.357.575,88
15.1 Kapital	12.000.000,00	12.000.000,00
15.2 Rücklagen	4.216.551.037,55	4.205.357.575,88
16 Bilanzgewinn	25.556.789,13	20.137.079,80
	92.827.429.435,38	97.485.474.630,02

¹ Nur für den EZB-Jahresabschluss relevant.

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2014

	Geschäftsjahr 2014 <i>in EUR</i>	Geschäftsjahr 2013 <i>in EUR</i>
1.1 Zinserträge	1.018.373.724,44	1.209.799.187,32
1.2 Zinsaufwendungen	-240.746.162,01	-375.898.179,19
1 Nettozinsergebnis	777.627.562,43	833.901.008,13
2.1 Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen	77.390.263,22	106.871.397,05
2.2 Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen	-145.306.432,96	-72.841.514,46
2.3 Zuführung zu/Auflösung von Rückstellungen für allgemeine Währungs-, Zins-, Kredit- und Goldpreisrisiken	-325.000.000,00	-300.000.000,00
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-392.916.169,74	-265.970.117,41
3.1 Erträge aus Gebühren und Provisionen	4.474.864,14	3.747.262,98
3.2 Aufwendungen aus Gebühren und Provisionen	-4.076.870,64	-3.319.865,52
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	397.993,50	427.397,46
4 Erträge aus Beteiligungen	280.048.962,56	89.624.301,40
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	-19.007.963,98	-26.946.888,26
6 Sonstige Erträge	23.990.811,94	60.316.719,62
Nettoerträge insgesamt	670.141.196,71	691.352.420,94
7 Personalaufwendungen	-139.416.332,75	-135.588.531,17
8 Aufwendungen für Altersvorsorgen	-31.152.280,05	-113.946.392,12
9 Sachaufwendungen	-83.869.569,58	-81.552.540,51
10 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-13.025.210,10	-13.925.206,71
11 Aufwendungen für Banknoten	-20.858.835,88	-19.018.292,84
12 Sonstige Aufwendungen	-41.061.779,98	-28.994.349,44
Aufwendungen insgesamt	-329.384.008,34	-393.025.312,79
Geschäftliches Ergebnis	340.757.188,37	298.327.108,15
13 Körperschaftsteuer	-85.189.297,09	-74.581.777,04
	255.567.891,28	223.745.331,11
14 Zuführung zur Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	-230.011.102,15	-203.608.251,31
15 Bilanzgewinn	25.556.789,13	20.137.079,80

Anhang zum Jahresabschluss 2014

Generelle Bemerkungen zum Jahresabschluss

Rechtliche Grundlagen

Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sind gemäß der Bestimmung des § 67 Abs. 2 Nationalbankgesetz 1984 (NBG), BGBl. I Nr. 50/1984 idgF¹, unter Heranziehung der vom Rat der Europäischen Zentralbank (EZB-Rat) gemäß Artikel 26.4 des Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank (ESZB/EZB-Satzung) erlassenen Vorschriften aufzustellen. Die genannten Vorschriften wurden vom EZB-Rat am 11. November 2010² neu beschlossen und werden im vorliegenden Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in ihrer Gesamtheit angewendet. Sofern diese Leitlinie keine Vorgaben enthält, ist auf die im zweiten Satz des § 67 Abs. 2 NBG angesprochenen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und auf den § 67 Abs. 3 NBG hinsichtlich der Anwendung der Bestimmungen des dritten Buchs des Unternehmensgesetzbuchs (UGB) zurückzugreifen. Ausnahmen von der Anwendung des UGB bestehen hinsichtlich der Nichtanwendbarkeit des § 199 UGB (Haftungsverhältnisse) und der §§ 244ff. UGB (Konzernabschluss). § 68 Abs. 3 NBG nimmt auch spezifische Lageberichtsangaben des § 243 UGB von der Anwendung aus.

Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gliederung der Bilanz und der GuV richtet sich im vorliegenden Jahresabschluss nach der im EZB-Rat beschlossenen Struktur.

Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze

Die von der OeNB für die Erstellung ihres Jahresabschlusses angewendeten Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze, die im gesamten

Eurosystem Anwendung finden, sind unionsrechtlich harmonisierte Rechnungslegungsprinzipien und richten sich nach international anerkannten Bilanzierungsstandards. Die darin enthaltenen allgemeinen Rechnungslegungsgrundsätze sind nachstehend zusammengefasst:

- Bilanzwahrheit und Bilanzklarheit
- Bilanzvorsicht
- Stichtagsbezogenheit
- Wesentlichkeit
- Unternehmensfortführung
- Periodenabgrenzung
- Stetigkeit und Vergleichbarkeit

Erfassungszeitpunkt

Die Erfassung von Fremdwährungsgeschäften, von in Fremdwährung denominierten Finanzinstrumenten sowie von damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten hat nach der wirtschaftlichen Betrachtungsweise (am Abschlusstag) zu erfolgen. Ausgenommen davon sind Wertpapiergeschäfte (inklusive Aktieninstrumenten) in Fremdwährung, die auf Grundlage des Zahlungszeitpunkts (Erfüllungstags) erfasst werden können. Die damit zusammenhängenden aufgelaufenen Zinsen, einschließlich Aufschlag oder Abschlag, werden taggenau ab dem Kassa-Abrechnungstag erfasst. Die Erfassung von bestimmten auf Euro lautenden Transaktionen, Finanzinstrumenten und damit zusammenhängenden Rechnungsabgrenzungsposten kann entweder am Abschlusstag oder am Erfüllungstag durchgeführt werden.

Fremdwährungstransaktionen ohne vereinbarten Wechselkurs zur Bilanzwährung werden mit dem jeweils aktuellen Euro-Kurs erfasst.

Bewertungsansatz

Zum Jahresende sind aktuelle Marktkurse bzw. -preise zur Bewertung heranzuziehen. Dies gilt sowohl für die bilanzwirksamen Posten als auch

¹ Das NBG wurde zuletzt mit Wirksamkeit vom 14. Jänner 2015 geändert.

² Leitlinie der Europäischen Zentralbank vom 11. November 2010 über die Rechnungslegungsgrundsätze und das Berichtswesen im Europäischen System der Zentralbanken (EZB/2010/20, zuletzt geändert am 15. Dezember 2014, EZB/2014/54).

für die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Werte.³ Gold-Zinssatzswaps und Gold-Forward-Zinssatzswaps werden nach dem Prinzip des Arbitrage-Pricing bewertet. Dabei zerlegt man die Produkte in jene Bestandteile (LIBOR-Zinskurve, Gold-Swapsätze und Forward-Goldpreise), die auf internationalen Märkten gehandelt und zur Bewertung herangezogen werden.

Für die Ermittlung der Einstandspreise sowie für die Bewertung von Fremdwährungen werden sämtliche Bestände, die sich teilweise in unterschiedlichen Aktiv- bzw. Passivposten der Bilanz sowie in der Bilanz nicht ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten wiederfinden, pro Währung in entsprechenden Währungspositionen zusammengefasst. Bestände an Sonderziehungsrechten (SZR), einschließlich bestimmter einzelner Fremdwährungsbestände, die der Absicherung des SZR-Währungsrisikos dienen, werden als ein Bestand behandelt. Für im Rahmen der Eigenmittelveranlagung als *Sonstiges Finanzanlagevermögen* gehaltene Devisen ist eine eigene Währungsposition zu führen. In Fremdwährung denominierte Aktieninstrumente (Aktien und Aktienfonds), die im *Sonstigen Finanzanlagevermögen* auszuweisen sind, sind ebenso in einer separaten Währungsposition zu führen.

Bei Wertpapieren und Fondsanteilen umfasst die Neubewertung die jeweilige Position in einer Wertpapiergattung, d. h. alle Wertpapiere mit derselben internationalen Wertpapierkennnummer.

Gemäß Beschluss des EZB-Rats vom 15. Dezember 2014 ist der aktuelle Bestand an Wertpapieren für geldpolitische Zwecke zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten (abzüglich etwaiger Wertminderungen) zu bilanzieren, unabhängig davon, ob die Wertpapiere bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Da die betreffenden Wertpapiere bereits dem neuen Bewertungsansatz entsprechend bewertet waren, mussten die Vergleichswerte nicht angepasst werden. Die Wertpapiere, die im Rahmen des ersten und zweiten Ankaufprogramms für gedeckte Schuld-

verschreibungen (Covered Bond Purchase Programmes – CBPP1 und CBPP2) angekauft wurden, unterliegen der Überprüfung auf Wertminderung durch die OeNB. Die im Rahmen des dritten Ankaufprogramms für gedeckte Schuldverschreibungen (CBPP3), des Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme – SMP) und des Programms zum Ankauf von Asset-Backed Securities (Asset-Backed Securities Purchase Programme – ABSPP) angekauften Wertpapiere unterliegen einer für das Eurosystem harmonisierten Überprüfung auf Wertminderung durch die EZB.

Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, und illiquide Anteilspapiere sind mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten zu bilanzieren und unterliegen der Überprüfung auf Wertminderung durch die OeNB.

Der Fondspreis für Masterfonds wird täglich von der jeweiligen Depotbank bzw. vom Masterfonds-Verwalter mithilfe marktüblicher Informationssysteme auf Basis der in den Subfonds enthaltenen Vermögensgegenstände ermittelt. Darüber hinaus erfolgt regelmäßig ein Abgleich zwischen den Masterfonds-Verwaltern, den Depotbanken und den Fondsmanagern hinsichtlich der Bewertung der Vermögensgegenstände in den Subfonds. Dies gilt auch bei wenig oder nicht liquiden Vermögensgegenständen, bei denen die Preisermittlung nicht ausschließlich über marktübliche Informationssysteme erfolgt.

Der Wertansatz von Beteiligungen richtet sich nach dem jeweiligen Substanzwert jeder Gesellschaft.

Erfolgsermittlung

Bei unter oder über pari erworbenen Wertpapieren wird der Differenzbetrag zum Nominalwert als Teil des Zinsergebnisses berechnet und über die Restlaufzeit des Wertpapiers erfolgswirksam amortisiert.

Realisierte Gewinne und Verluste werden erfolgswirksam gebucht. Dabei werden die aus

³ Da im Eurosystem-Bilanzschema keine außerbilanziellen Posten enthalten sind, werden solche Positionen als in der Bilanz nicht ausgewiesene Posten geführt und dargestellt.

Transaktionen resultierenden realisierten Kursgewinne bzw. Kursverluste bei den valutari- schen Beständen nach der Tagesnettodurch- schnittskosten-Methode berechnet. Grundsätz- lich werden dabei die Verkaufspreise jeder Transaktion den Durchschnittskosten der Ankäufe des jeweiligen Geschäftstags ge- genübergestellt. Sind die Verkäufe jedoch höher als die Ankäufe, so wird hinsichtlich des Verkaufsüberhangs der Verkaufspreis mit den Durchschnittskosten des Vortags ver- glichen.

Die aus der jährlichen Neubewertung stam- menden buchmäßigen Gewinne werden nicht in die GuV eingestellt, sondern auf einem Neu- bewertungskonto in der Bilanz passivseitig er- fasst. Buchmäßige Verluste werden gegen Buchgewinne der Vorperioden auf dem ent- sprechenden Neubewertungskonto aufgerech- net, darüber hinausgehende Verluste in die GuV eingestellt. Eine nachträgliche Umkeh- rung durch buchmäßige Gewinne, die in Folgejahren erzielt werden, ist nicht möglich. Buchmäßige Verluste aus einem Wertpapier oder einer Währung werden nicht mit buch- mäßigen Gewinnen aus anderen Wertpapieren oder anderen Währungen saldiert (Netting- Verbot).

Synthetische Instrumente dürfen abwei- chend von den allgemeinen Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätzen behandelt werden. Dabei dürfen jene Ergebnisse saldiert werden,

die aus der Bewertung der einzelnen Teile, die das synthetische Instrument bilden, stammen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegen- stände werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet. Die Abschreibun- gen werden grundsätzlich, beginnend mit dem auf die Anschaffung folgenden Quartal, linear über die erwartete wirtschaftliche Nutzungsdauer vorgenommen (Tabelle 1).

Realisierte Gewinne und Verluste sowie Bewertungsdifferenzen und deren Behandlung im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014

Die realisierten Gewinne und Verluste sowie die Bewertungsdifferenzen aus OeNB-Veranla- gungen sind in Tabelle 2 dargestellt.

Tabelle 1

Vermögensgegenstand	Abschreibungs- dauer
EDV-Hardware und -Software, Fahrzeuge	4 Jahre
Immaterielle Vermögensgegenstände	5 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Einrichtung	10 Jahre
Gebäude	25 Jahre
Sachanlagen im Wert von unter 10.000,- EUR exklusive Umsatzsteuer (geringwertige Vermögensgegenstände)	Abschreibung im Anschaffungsjahr

Tabelle 2

	Realisierte Gewinne GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über GuV) in Tsd EUR	Realisierte Verluste GuV-Posten 2.1 (Verrechnung über GuV) in Tsd EUR	Buchmäßige Verluste GuV-Posten 2.2 (Verrechnung über GuV) in Tsd EUR	Veränderung der buchmäßigen Gewinne (Verrechnung über Neubewertungskonten) in Tsd EUR
Gold	–	–	–	+1.049.187
Fremdwährungen Eigenbestand	59.747	–53.928	–140.850	+452.320
Wertpapiere Eigenbestand	51.582	–7.195	–3.325	+309.003
Eigenmittelveranlagung	28.712	–1.534	–1.131	+8.821
Geldpolitische Geschäfte	7	–1	–	–
Beteiligungen der Eigenmittelveranlagung	–	–	–	–30.726
Insgesamt	140.048	–62.658	–145.306	+1.788.605

Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden

Die Euro-Banknoten werden von der EZB und den nationalen Zentralbanken der 18 Länder des Euroraums, die zusammen das Eurosystem bilden, ausgegeben. Der in der Bilanz der OeNB (und der anderen Zentralbanken des Eurosystems) auszuweisende Euro-Banknotenumlauf wird rechnerisch mit dem dafür vereinbarten Eurosystem-internen Verteilungsschlüssel ermittelt, und zwar jeweils am letzten Geschäftstag jedes Monats.

Vom Gesamtwert der ausgegebenen Banknoten (logistischer Banknotenumlauf) werden 8 % auf die EZB und 92 % auf die nationalen Zentralbanken verteilt, wobei die 92 % je nach den Anteilen der einzelnen nationalen Zentralbanken am eingezahlten Kapital der EZB aufgeteilt werden. Der so ermittelte OeNB-Anteil an den vom Eurosystem insgesamt ausgegebenen Banknoten wird auf der Passivseite der Bilanz im Bilanzposten 1 *Banknotenumlauf* ausgewiesen.

Die Differenz zwischen dem ermittelten OeNB-Anteil und ihrem Anteil am logistischen Banknotenumlauf ergibt eine verzinsliche Intra-Eurosystem-Forderung oder Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit. Überwiegt der logistische Banknotenumlauf, weist die OeNB entsprechende *Nettoverbindlichkeiten aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems* aus; überwiegt der nach dem Banknoten-Verteilungsschlüssel ermittelte Wert, ergeben sich entsprechende *Nettoforderungen* (siehe die Erläuterung zu den Intra-Eurosystem-Salden).

Damit sich mit der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels die Gewinnsituation der einzelnen nationalen Zentralbanken im Vergleich zu den Werten vor der Euro-Bargeldeinführung nicht maßgeblich ändert, gilt für die daraus resultierenden Intra-Eurosystem-Salden in den ersten fünf Jahren nach der Einführung eine Einschleifregelung. Zu diesem Zweck wird die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Banknotenumlauf jeder nationalen Zentralbank im Referenzzeitraum und dem errechneten Durchschnittswert auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels berechnet. Diese Differenz wird mit einem jährlich

sinkenden Faktor ausgeglichen, bis ab dem sechsten Jahr nach der Bargeldumstellung die Seigniorage nur noch auf Basis des Banknoten-Verteilungsschlüssels verteilt wird, der wiederum auf dem Kapitalanteil beruht, den jede nationale Zentralbank bei der EZB eingezahlt hat. Im Berichtsjahr waren die Anpassungen auf die Euro-Bargeldeinführung in Lettland (im Jahr 2014), Estland (im Jahr 2011) und in der Slowakei (im Jahr 2009) zurückzuführen. Die Einschleifphasen enden mit Jahresende 2019, 2016 bzw. 2014.

Die Zinserträge und -aufwendungen im Zusammenhang mit diesen Salden werden über die EZB verrechnet und im GuV-Posten 1 *Nettozinsergebnis* erfasst.

Laut Beschluss des EZB-Rats stehen den nationalen Zentralbanken des Eurosystems die von der EZB auszuschüttenden Gewinne im jeweiligen Finanzjahr zur Gänze zu. Dies betrifft sowohl den Ertrag der EZB aus ihrem 8-prozentigen Anteil am Euro-Banknotenumlauf (Seigniorage) als auch den Ertrag, den die EZB mit jenen Wertpapierbeständen erzielt hat, die sie im Rahmen des SMP, ABSPP und CBPP3 aufgebaut hat. Die Seigniorage der EZB wird jeweils im darauffolgenden Jänner in Form einer vorläufigen Gewinnausschüttung verteilt, sofern der EZB-Rat keinen gegenteiligen Beschluss trifft. Wenn der jährliche Nettogewinn unter dem Ertrag aus dem Banknotenumlauf und unter dem Ertrag aus den genannten Wertpapierankaufprogrammen liegt und der EZB-Rat beschließt, Mittel für die Dotierung der Rückstellung für Wechselkurs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Goldpreisrisiken einzubehalten, wird die Seigniorage nicht zur Gänze ausgeschüttet. Auf Beschluss des EZB-Rats kann die Seigniorage auch um Kosten der EZB für die Banknotenausgabe und -bearbeitung gekürzt werden.

Die an die nationalen Zentralbanken ausgeschütteten Beträge sind im GuV-Posten 4 *Erträge aus Beteiligungen* ausgewiesen.

Risikomanagement

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit als Zentralbank in Erfüllung ihres gesetzlichen

Auftrags stellen finanzielle und operationale Risiken wesentliche Einflussfaktoren auf die Erfolgssituation und auf eine gesicherte Unternehmensfortführung in der OeNB dar. Das Risikomanagement in der OeNB basiert auf verbindlichen Regelungen und wendet anerkannte Verfahren an. Es wird durch eine laufende Überprüfung qualitätsgesichert und bei Bedarf entsprechend adaptiert. Ebenso erfolgt eine laufende Berichterstattung.

Finanzielle Risiken

Die für die OeNB relevanten finanziellen Risiken bestehen aus Markt-, Kredit- und Marktliquiditätsrisiko. Die grundsätzliche Beschreibung des Managements von Währungsreserven und der Risikosteuerung ist in einem *Rulebook*, das vom OeNB-Direktorium (Direktorium) beschlossen wurde, festgelegt. Dem OeNB-Treasury (Treasury) wird auf Vorschlag des Risikokomitees ein vom Direktorium festgelegtes Risikobudget zugeteilt, das die gewünschte Risikobegrenzung des Direktoriums darstellt. Die ständige Einhaltung des Risikobudgets wird anhand spezifischer Risikomesssysteme und -methoden überprüft und durch das Risikokomitee überwacht. Dabei werden Markt- und Kreditrisiken quantifiziert, wobei die Neubewertungskonten bei der Berechnung des Risikos im Ausmaß ihrer Deckungsfähigkeit (aufgrund des Netting-Verbots darf das Neubewertungskonto einer Währung nur beim Risiko derselben Währung gegengerechnet werden) reduzierend berücksichtigt werden. Die Berichterstattung erfolgt regelmäßig an das Risikokomitee und in weiterer Folge an das Direktorium. Neue Währungen und Veranlagungsarten sowie die zur Risikobemessung verwendeten Methoden und Limite sind nach eingehender Analyse vom Direktorium zu bewilligen.

Marktrisiko

Das Marktrisiko ist durch Veränderungen von Marktpreisen auf den Finanzmärkten, insbesondere aufgrund von Veränderungen der Wechselkurse und Zinssätze, beeinflusst. Das

Risikobudget wird vom Investmentkomitee in der Veranlagungsstruktur berücksichtigt. Vom Direktorium werden Konzentrationslimite pro Währung sowie eine für Notenbanken übliche und relativ risikoarme Standardallokation vorgegeben. Das Wechselkurs- und das Zinsänderungsrisiko werden innerhalb der Grenzen des Risikobudgets gesteuert. Die Kontrolle der Einhaltung des Treasury-Risikobudgets erfolgt mit dem Risikomaß Value at Risk (VaR) für das Marktrisiko. Die Marktrisiken aus der einheitlichen Geldpolitik werden von der EZB mittels Expected Shortfall (ES)-Risikomaß ermittelt. Die Berechnungen mittels VaR und ES werden einheitlich mit einem Ein-Jahres-Horizont und einem Konfidenzniveau von 99% durchgeführt. Zusätzlich wird zur Risikobandbreitenermittlung auch ein Drei-Monats-Risikohorizont herangezogen.

Die Risikoposition richtet sich nach dem aktuell veranlagten Eigenbestand inklusive Gold und dem Bestand an nicht abgesicherten SZR sowie der Eigenmittelveranlagung und zweckgewidmeten Veranlagungen.

Zudem sorgt die OeNB auch entsprechend ihrem eingezahlten Kapitalanteil für das Risiko der Veranlagungen der EZB und für die von der EZB eingegangenen Risiken aus der einheitlichen Geldpolitik vor.

Das Risiko aus der Immobilienbeteiligung wird von der OeNB anhand eines Immobilienindex, ebenfalls auf Basis des VaR mit einem Ein-Jahres-Horizont und einem Konfidenzniveau von 99% berechnet.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko stellt die Gefahr, die von einem teilweisen oder vollständigen Ausfall vertraglich vereinbarter Zahlungen ausgeht, dar. Das Management in der Eigenverwaltung erfolgt grundsätzlich über ein Veranlagungs-Limitsystem, in dem sämtliche Limite und deren Ausnützung jederzeit aktuell zur Verfügung stehen. Das Kreditrisiko aus der einheitlichen Geldpolitik wird von der EZB berechnet und im Risikoberichtswesen der OeNB anteilig berücksichtigt. Das Kreditrisiko aus dem

OeNB-Eigenbestand und der Eigenmittelveranlagung wird von der OeNB berechnet und in der Ausnützung des Risikobudgets mitberücksichtigt. Die Kreditrisikoberechnungen des ES und VaR der EZB und der OeNB werden jeweils mit einem Ein-Jahres-Horizont und einem Konfidenzniveau von 99% durchgeführt.

Marktliquiditätsrisiko

Das Marktliquiditätsrisiko besteht darin, dass aufgrund eines engen und nicht in vollem Umfang aufnahmefähigen Marktes Finanzpositionen nicht in vollem Umfang, nicht genügend schnell und eventuell nur mit Preisabschlägen geschlossen werden können. Aus diesem Grund werden Finanzprodukte auf deren Marktliquidität hin analysiert, Positionsgrößen vom Emissionsvolumen abhängig gemacht und die maximalen Restlaufzeiten der Geschäfte limitiert. Dabei wird auf Sicherheit und Liquidität vorrangig Bedacht genommen und die Rentabilität diesen nachgereiht.

Operationales Risiko

Operationale Risiken sind alle jene Risiken, die aufgrund von Schäden oder inadäquaten Abläufen in internen Prozessen, Systemen oder durch Menschen und externe Ereignisse entstehen

können. Das Management des operationalen Risikos der OeNB ist im *ORION – Handbuch für operationales Risikomanagement, Business Continuity und Contingency- und Krisenmanagement* geregelt. Es wird dabei nach der Schwere und Eintrittswahrscheinlichkeit einzelner Risiken auf Reputation, Unternehmensziele und eventuell entstehende finanzielle Schäden bewertet. Es erfolgt eine laufende Evaluierung und eine regelmäßige Berichterstattung an das Management.

Risikovorsorgen für finanzielle Risiken und Verlustabdeckungspotenzial

Dem Gesamtbedeckungsgrundsatz der OeNB Rechnung tragend sind alle finanziellen Risiken den gesamten finanziellen Vorsorgen gegenüberzustellen. Letztere umfassen sowohl direkt zur Risikobedeckung verwendbare als auch zur allfälligen Abdeckung eines Bilanzverlusts verwendbare finanzielle Vorsorgen. Für die Risikoberechnung werden die deckungsfähigen Neubewertungskonten risikoreduzierend berücksichtigt. Zum Bilanzstichtag 2014 standen Risikovorsorgen für finanzielle Risiken in angemessener Höhe zur Verfügung.

Die Risikovorsorgen für finanzielle Risiken und das Verlustabdeckungspotenzial zu den Bilanzstichtagen 2013 und 2014 sind in Tabelle 3 dargestellt.

Tabelle 3

	31.12.2013 in Tsd EUR	Zunahme in Tsd EUR	Abnahme in Tsd EUR	31.12.2014 in Tsd EUR
I. Risikovorsorgen für finanzielle Risiken				
P 15.2 Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	–	–	1.973.263
P 13 Risikorückstellung (mit Rücklagencharakter)	2.850.000	+325.000	–	3.175.000
	4.823.263	+325.000	–	5.148.263
II. Mittel zur Verlustabdeckung				
P 15.2 Gewinnglättungsrücklage	51.686	+8.937	–	60.623
P 15.2 Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft				
Originärer Jubiläumsfonds	31.500	–	–	31.500
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.500.000	–	–	1.500.000
	1.583.186	+8.937	–	1.592.123
Insgesamt	6.406.449	+333.937	–	6.740.386

Anmerkung: P = Passiva.

IT-Sicherheitspolitik

Die IT-Sicherheitspolitik definiert die Leitlinien und Vorgaben zur Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus für Entwicklung, Betrieb und Nutzung von IT-Systemen in der OeNB. Zentrale Aufgaben im IT-Sicherheitsprozess kommen insbesondere

- dem IT-Sicherheitsforum bei der Beratung, Abstimmung und Steuerung der IT-Sicherheit sowie beim Inkraftsetzen von IT-Sicherheitsrichtlinien,
- dem IT-Sicherheitsmanager, der die Verantwortung für die fachliche Richtigkeit der zur Entscheidung vorgelegten Maßnahmen und für die Initiierung sowie Durchführung des IT-Sicherheitsprozesses trägt,
- den IT-Sicherheitsexperten, die für die Erarbeitung und Umsetzung von IT-Sicherheitsrichtlinien und IT-Spezifikationen verantwortlich sind, und
- den fachlichen Produktverantwortlichen zu.

Im Rahmen des IT-Sicherheitsprozesses erfolgen regelmäßige Tests und Berichterstattungen.

und Personen („related parties“) für den Jahresabschluss wesentlich sind und unter marktüblichen Bedingungen abgeschlossen wurden. In diesem Zusammenhang sind in der OeNB ein entsprechendes Berichtswesen und ein eigenes internes Kontrollsystem (IKS) etabliert.

Sofern von der OeNB im Jahr 2014 Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen durchgeführt wurden, erfolgten diese zu marktüblichen Konditionen.

Die OeNB förderte im Geschäftsjahr 2014 Wirtschaftsforschungsinstitute (WIFO, IHS, wiiw) sowie das Joint Vienna Institute mit insgesamt 6.122 Tsd EUR (2013: 5.805 Tsd EUR).

Die Republik Österreich ist Alleineigentümerin der OeNB. Gemäß § 69 Abs. 3 NBG ist ein 90-prozentiger Anteil des Bundes am verbleibenden Reingewinn der OeNB (nach Körperschaftsteuer) sowie gemäß Beschluss der Generalversammlung zusätzlich eine Dividende von höchstens 10% des Anteils am Grundkapital vorgesehen.

Nahestehende Unternehmen und Personen

Gemäß § 237 Z8b UGB ist eine Angabe im Anhang zum Jahresabschluss vorgesehen, sofern Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen

Net Equity

Die Definition des Net Equity richtet sich für Eurosystem-Zentralbanken nach den Darstellungen der EZB (Tabelle 4).

Tabelle 4

	31.12.2013 in Tsd EUR	Zunahme in Tsd EUR	Abnahme in Tsd EUR	31.12.2014 in Tsd EUR
P 13 Risikorückstellung (mit Rücklagencharakter)	2.850.000	+325.000	–	3.175.000
P 14 Neubewertungskonten ¹	6.805.515	+1.792.568	–	8.598.083
P 15.1 Kapital	12.000	–	–	12.000
P 15.2 Rücklagen				
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	–	–	1.973.263
Gewinnglättungsrücklage	51.686	+8.937	–	60.623
Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft				
Originärer Jubiläumsfonds	31.500	–	–	31.500
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	1.500.000	–	–	1.500.000
Net Equity	13.223.964	+2.126.505	–	15.350.469

Anmerkung: P = Passiva.

¹ Enthält sowohl buchmäßige Bewertungsgewinne als auch jene Aufwertungseffekte, die aus der Neubewertung der Wertpapiere und der Beteiligungen im Zuge der Eröffnungsbilanz zum 1. Jänner 1999 resultierten und bisher nicht aufzulösen waren.

Überblick über die Entwicklung der Währungspositionen der OeNB im Geschäftsjahr 2014

Tabelle 5

	31.12.2014 in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Gold und Goldforderungen	8.892.006	7.842.819	+1.049.187	+13,4
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets	11.607.252	8.962.695	+2.644.557	+29,5
Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	829.264	694.806	+134.458	+19,4
Sonstige Aktiva	59.964	85.105	-25.141	-29,5
<i>abzüglich:</i>				
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	122	129	-7	-5,4
Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	-	-	-	-
Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte	2.070.381	1.941.720	+128.661	+6,6
Sonstige Passiva	702	2.786	-2.084	-74,8
Ausgleichsposten aus Neubewertung ¹	97.112	33.180	+63.932	+192,7
	19.220.169	15.607.610	+3.612.559	+23,1
In der Bilanz nicht ausgewiesen (per saldo)	-689.182	-2.177.350	+1.488.168	-68,3
Insgesamt	18.530.987	13.430.260	+5.100.727	+38,0

¹ Resultiert aus der Wertsteigerung von Wertpapieren in Fremdwährung als Folge der Bewertung zum Bilanzstichtag.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

1 Gold und Goldforderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2014	8.892.006	
31.12.2013	7.842.819	
Veränderung	+1.049.187	(+13,4%)

Der Goldbestand beläuft sich per 31. Dezember 2014 unverändert auf 9.002.111,050 Unzen Feingold (ozf) oder 279.996,98 Kilogramm Feingold (kgf). Auf Basis des Bewertungspreises von 987,769 EUR/ozf (d. s. 31.757,51 EUR/kgf) ergibt sich der ausgewiesene Bilanzwert von 8.892.006 Tsd EUR.

Die ausgewiesene Veränderung resultiert aus der Bewertung zum 31. Dezember 2014.

2 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2014	11.607.252	
31.12.2013	8.962.695	
Veränderung	+2.644.557	(+29,5%)

Der Aktivposten 2.1 *Forderungen an den IWF* ist in Tabelle 6 ersichtlich.

Die *Forderung aus der Beteiligung am IWF* hat im Jahr 2014 durch Gutschriften und Anlastungen des IWF eine Abnahme um 190.222 Tsd EUR erfahren.

Weiters haben sich die Bewertung und die Effekte aus per saldo realisierten Kursgewinnen und Buchwertangleichungen (+37.001 Tsd EUR) entsprechend ausgewirkt.

Die Verzinsung der IWF-Beteiligung erfolgt aufgrund der sich wöchentlich ändernden Remunerationsrate, die sich im abgelaufenen Kalenderjahr – in gleicher Höhe wie der SZR-

Zinssatz – zwischen 0,03 % und 0,13 % p. a. bewegte.

Die *Sonderziehungsrechte im Rahmen des IWF*⁴ stehen zum 31. Dezember 2014 mit 1.594,1 Mio SZR zu Buche. Die im Jahr 2014 eingetretene Abnahme um per saldo 90.569 Tsd EUR ist mit –214.537 Tsd EUR auf SZR-Verkäufe zurückzuführen. Die Remuneration der Beteiligung am IWF, Zinsabrechnungen, Realisate und Bewertungsdifferenzen haben sich mit +123.968 Tsd EUR ausgewirkt.

Eine Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme von SZR besteht den Fondsstatuten zufolge so lange, bis der SZR-Bestand das Dreifache der Gesamtzuteilung beträgt, wobei sich die aktuelle Gesamtzuteilung auf 1.736,3 Mio SZR beläuft. Hinsichtlich dieser Verpflichtung zur entgeltlichen Übernahme, der im Fall der Inanspruchnahme eine gleich hohe Forderung gegenübersteht, wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen.

Unter den *Sonstigen Forderungen gegen den IWF* wird die Leistung österreichischer Bei-

träge im Rahmen der Neuen Kreditvereinbarungen (*New Arrangements to Borrow – NAB*) im Zusammenhang mit IWF-Hilfsaktionen ausgewiesen. Auf Basis des BGBl. I Nr. 114/2010 wurde die OeNB ermächtigt, im Namen der Republik Österreich im Rahmen der Aufstockung der NAB den Kreditrahmen auf höchstens 3,6 Mrd SZR zu erhöhen. Die NAB sind am 11. März 2011 in Kraft getreten. Im Rahmen der NAB wurde die OeNB bisher mit insgesamt 571,4 Mio SZR in Anspruch genommen. Dem stehen Rückzahlungen in Höhe von 148,0 Mio SZR gegenüber, daher per saldo 423,4 Mio SZR im Gegenwert von 504,9 Mio EUR. Für den derzeit nicht in Anspruch genommenen Teil der NAB ist zum 31. Dezember 2014 eine Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF für eine mögliche entgeltliche Inanspruchnahme durch den IWF, der im Fall der Inanspruchnahme eine gleich hohe Forderung gegenübersteht, in den *in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* eingestellt.

Mit dem Inkrafttreten des BGBl. I Nr. 101/2013 wurde die OeNB ermächtigt, im

Tabelle 6

	31.12.2014 in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Gesamtforderung (österreichische Quote) im Gegenwert von 2.113,9 Mio SZR ¹	2.520.614	2.363.974	+156.640	+6,6
abzüglich: Nicht abberufener Teil der Quote	2.039.817	1.729.956	+309.861	+17,9
Forderung aus der Beteiligung am IWF	480.797	634.018	–153.221	–24,2
SZR im Rahmen des IWF	1.900.796	1.991.365	–90.569	–4,5
Sonstige Forderungen gegen den IWF	504.862	520.122	–15.260	–2,9
Insgesamt	2.886.455	3.145.505	–259.050	–8,2

¹ Die OeNB hat gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 309/1971 zur Gänze die Quote der Republik Österreich für eigene Rechnung übernommen.

Tabelle 7

	31.12.2014 in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	1.065.727	622.816	+442.911	+71,1
Wertpapiere	7.655.071	5.194.374	+2.460.697	+47,4
Insgesamt	8.720.798	5.817.190	+2.903.608	+49,9

⁴ Gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 440/1969 ist die OeNB ermächtigt, für eigene Rechnung, aber im Namen der Republik Österreich am System der SZR teilzunehmen und die unentgeltlich zugeleiteten bzw. entgeltlich erworbenen SZR in ihre Aktiva einzustellen.

Tabelle 8

	31.12.2014 in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Guthaben bei Banken	84	231	-147	-63,6
Wertpapiere	829.180	694.575	+134.605	+19,4
Insgesamt	829.264	694.806	+134.458	+19,4

Tabelle 9

	31.12.2014 in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	610.757	427.016	+183.741	+43,0
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	1.429.935	1.431.140	-1.205	-0,1
Insgesamt	2.040.692	1.858.156	+182.536	+9,8

Tabelle 10

	31.12.2014 in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte	3.076.000	1.220.000	+1.856.000	+152,1
5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	9.582.680	5.874.000	+3.708.680	+63,1
5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität	–	–	–	–
Insgesamt	12.658.680	7.094.000	+5.564.680	+78,4

Rahmen eines bilateralen Vertrags dem IWF eine zeitlich begrenzte Kreditlinie im Umfang von maximal 6,13 Mrd EUR zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang wurde zum 31. Dezember 2014 eine Eventualverpflichtung für eine mögliche entgeltliche Inanspruchnahme durch den IWF, der im Fall der Inanspruchnahme eine gleich hohe Forderung gegenübersteht, in den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten eingestellt.

Der Aktivposten 2.2 *Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva* ist in Tabelle 7 ersichtlich.

3 Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet

Die Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet sind in Tabelle 8 enthalten.

Im Jahr 2014 wurden als Folge einer Sonderfinanzierungsfazilität (Euro/US-Dollar-Swaps) zwischen der EZB und der Federal Reserve Bank of New York weitere Euro/US-Dollar-Swaps in Höhe von 20 Mio USD

getätigt. Sämtliche abgeschlossenen Euro/US-Dollar-Swaps wurden im Jahr 2014 rückgeführt.

4 Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Die Zusammensetzung des Bilanzpostens 4.1 *Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Kredite* zu den Bilanzstichtagen 2013 und 2014 ist in Tabelle 9 dargestellt.

Die Veränderung der Wertpapiere ist im Wesentlichen auf Transaktionen zurückzuführen. Aufgrund der Werthaltigkeit der Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, war – wie auch im Jahr 2013 – keine Wertminderung zum Bilanzstichtag vorzunehmen. Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere sind Wertpapiere mit fixen oder bestimmbaren Rückzahlungen und einer fixen Endfälligkeit, für die die ausdrückliche Absicht besteht, diese bis zur Endfälligkeit zu halten. Die Bilanzierung der übrigen Wertpapiere erfolgte zum Marktwert.

5 Forderungen in Euro aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

In diesem Bilanzposten sind die zur Liquiditätsbereitstellung durchgeführten Geschäfte dargestellt (Tabelle 10).

Sofern Verluste aus geldpolitischen Geschäften auftreten, sind diese basierend auf Artikel 32.4 der ESZB/EZB-Satzung gemäß den im Geschäftsjahr des Verlusts geltenden Kapitalanteilen an der EZB vollständig unter den nationalen Zentralbanken des Eurosystems aufzuteilen.

5.1 Hauptrefinanzierungsgeschäfte

Als *Hauptrefinanzierungsgeschäfte* werden die wöchentlich stattfindenden liquiditätzuführenden befristeten Transaktionen bezeichnet. Sie werden von den nationalen Zentralbanken im Rahmen von Standardtendern (Zins- oder Mengentender) mit einer Laufzeit von einer Woche durchgeführt. Alle Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurden im Jahr 2014 als Mengentender mit vollständiger Zuteilung durchgeführt.⁵ Der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde im Jahr 2014 zweimal um jeweils 0,10 Prozentpunkte – zuletzt mit Wirkung vom 10. September 2014 – gesenkt und betrug zum Bilanzstichtag 2014 0,05 % p. a.

5.2 Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte

Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte sind liquiditätzuführende befristete Transaktionen, die im monatlichen Abstand mit einer Standardlaufzeit von drei Monaten durchgeführt werden. Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von einer Mindestreserve-Erfüllungsperiode wurden per 9. Juli 2014 eingestellt.

Vom EZB-Rat wurden im Jahr 2014 zwei gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-Term Refinancing Operations – TLTROs) mit einer Sonderlauf-

zeit von 45 bzw. 48 Monaten und einer vorzeitigen gänzlichen oder teilweisen Rückzahlungsmöglichkeit nach zwei Jahren beschlossen.⁶ Die OeNB schloss mit inländischen Kreditinstituten derartige Geschäfte in Höhe von 7,6 Mrd EUR ab. Im Jahr 2014 wurden von den im Jahr 2011 getätigten Geschäften in der Höhe von insgesamt 6,5 Mrd EUR mit einer Sonderlaufzeit von drei Jahren vorzeitig 1,3 Mrd EUR zurückgezahlt. Von den im Jahr 2012 abgeschlossenen Geschäften in Höhe von insgesamt 9,2 Mrd EUR wurden im Bilanzjahr 2,1 Mrd EUR vorzeitig zurückgezahlt. Somit sind aus derartigen Geschäften zum Bilanzstichtag 9,0 Mrd EUR offen.

Sämtliche längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte wurden als Mengentender mit voller Zuteilung durchgeführt.

5.5 Spitzenrefinanzierungsfazilität

Im Jahr 2014 wurde „Übernachtliquidität“ von nationalen Kreditinstituten gegen refinanzierungsfähige Sicherheiten in Höhe von insgesamt 995 Mio EUR in Anspruch genommen. Zum Bilanzstichtag 2014 bestanden keine derartigen Geschäfte.

6 Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2014	174	
31.12.2013	146	
Veränderung	+28	(+19,2%)

In diesem Posten sind Forderungen enthalten, die nicht aus geldpolitischen Geschäften resultieren.

⁵ Beschluss des EZB-Rats vom 4. März 2010 (zuletzt geändert am 6. Oktober 2011).

⁶ Beschluss des EZB-Rats vom 29. Juli 2014.

Tabelle 11

	31.12.2014 in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	6.129.323	7.102.305	-972.982	-13,7
7.2 Sonstige Wertpapiere	10.274.807	9.760.095	+514.712	+5,3
davon:				
Wertpapiere	6.388.021	5.664.852	+723.169	+12,8
Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden	3.886.786	4.095.243	-208.457	-5,1
Insgesamt	16.404.130	16.862.400	-458.270	-2,7

Tabelle 12

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung		Markt- wert	
	Buchwert in Tsd EUR	Marktwert in Tsd EUR	Buchwert in Tsd EUR	Marktwert in Tsd EUR	Buchwert in Tsd EUR	in %	in Tsd EUR	in %
CBPP1	829.142	854.251	1.303.039	1.343.135	-473.897	-36,4	-488.884	-36,4
CBPP2	494.353	540.680	524.899	548.368	-30.546	-5,8	-7.688	-1,4
CBPP3	570.758	574.170	-	-	+570.758	x	+574.170	x
SMP	4.235.070	4.706.681	5.274.367	5.586.948	-1.039.297	-19,7	-880.267	-15,8
Insgesamt	6.129.323	6.675.782	7.102.305	7.478.451	-972.982	-13,7	-802.669	-10,7

7 Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Die Zusammensetzung dieses Bilanzpostens zu den Bilanzstichtagen 2013 und 2014 ist in Tabelle 11 dargestellt.

7.1 Wertpapiere für geldpolitische Zwecke

Dieser Posten umfasst von der OeNB im Rahmen von CBPP1, CBPP2 und CBPP3⁷ erworbene Wertpapiere sowie im Rahmen des SMP⁸ erworbene Schuldverschreibungen des öffentlichen Sektors (Tabelle 12).

Gemäß Beschluss des EZB-Rats vom 15. Dezember 2014 ist der aktuelle Bestand an Wertpapieren für geldpolitische Zwecke zu fortgeschriebenen Anschaffungskosten (abzüglich etwaiger Wertminderungen) zu bilanzieren, unabhängig davon, ob die Wertpapiere bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Da die betreffenden Wertpapiere zum 31. Dezember 2013 bereits dem neuen Bewertungsansatz ent-

sprechend bewertet waren, mussten die Vergleichswerte nicht angepasst werden.

Innerhalb des CBPP1 erwarben die EZB und die nationalen Zentralbanken im Euroraum begebene gedeckte Schuldverschreibungen, wobei der Rahmen bis Ende Juni 2010 ausgeschöpft wurde. Das Gesamtausmaß für Ankäufe von gedeckten Schuldverschreibungen im Eurosystem belief sich für das CBPP1 auf eine Nominale von 60 Mrd EUR, wovon rund 1,5 Mrd EUR auf die OeNB entfielen.

Innerhalb des CBPP2 erwarben die EZB und die nationalen Zentralbanken im Euroraum begebene gedeckte Schuldverschreibungen, um die Refinanzierungsbedingungen für Kreditinstitute und Unternehmen zu vereinfachen und die Kreditinstitute dazu anzuhalten, die Kreditgewährung an ihre Kunden aufrechtzuerhalten und auszuweiten. Dieses Programm wurde am 31. Oktober 2012 plangemäß abgeschlossen. Für das CBPP2 belief sich das Gesamtausmaß der Ankäufe im Eurosystem auf

⁷ Beschluss der EZB vom 2. Juli 2009 (EZB/2009/16), vom 3. November 2011 (EZB/2011/17) und vom 15. Oktober 2014 (EZB/2014/40).

⁸ Beschluss der EZB vom 14. Mai 2010 (EZB/2010/5).

eine Nominale von 16,4 Mrd EUR, wovon rund 0,5 Mrd EUR auf die OeNB entfielen.

Im Oktober 2014 gab der EZB-Rat die technischen Details des CBPP3 bekannt. Innerhalb dieses Programms erwerben die EZB und die nationalen Zentralbanken seither im Euroraum begebene gedeckte Schuldverschreibungen, um die Refinanzierungsbedingungen für Kreditinstitute zu vereinfachen. Für das Programm ist eine Laufzeit von mindestens zwei Jahren vorgesehen. Das Gesamtausmaß im Eurosystem für Ankäufe im Rahmen des CBPP3 per 31. Dezember 2014 beläuft sich auf eine Nominale von 27,9 Mrd EUR. Davon entfallen auf die OeNB 0,5 Mrd EUR.

Im Rahmen des im Mai 2010 begonnenen SMP erwarben die EZB und die nationalen Zentralbanken Schuldverschreibungen des öffentlichen Sektors und des privaten Sektors im Euroraum, um so auf Störungen in bestimmten Segmenten des Wertpapiermarktes im Euroraum zu reagieren und dafür zu sorgen, dass der geldpolitische Transmissionsmechanismus wieder funktioniert. Auf Beschluss des EZB-Rats wurde das SMP im September 2012 mit sofortiger Wirkung wieder aufgehoben.⁹

Insgesamt halten die Zentralbanken des Eurosystems per 31. Dezember 2014 im Rahmen des SMP erworbene Wertpapiere mit einer Nominale in Höhe von 149,3 Mrd EUR. Davon entfallen auf die OeNB 4,4 Mrd EUR.

Erträge und Aufwendungen von Wertpapieren, die für geldpolitische Zwecke erworben wurden, werden im Rahmen der Umverteilung der monetären Einkünfte im Eurosystem abgerechnet. Verluste aus CBPP1 und CBPP2 unterliegen nicht der Verteilung im Eurosystem. Sofern Verluste aus CBPP3- und SMP-Wertpapierbeständen auftreten, sind diese basierend auf Artikel 32.4 der ESZB/EZB-Satzung gemäß den im Geschäftsjahr des Verlusts geltenden Kapitalanteilen an der EZB vollständig unter den nationalen Zentralbanken des Eurosystems aufzuteilen.

Die eurosystemweit harmonisierte Analyse der geldpolitischen Wertpapierbestände des CBPP1, CBPP2, CBPP3 und SMP hat hinsichtlich eines Abschreibungsbedarfs zum 31. Dezember 2014 – wie 2013 – keine Wertminderung ergeben.¹⁰

7.2 Sonstige Wertpapiere

Die Veränderung ist im Wesentlichen auf Transaktionen zurückzuführen. Aufgrund der Werthaltigkeit der Wertpapiere, die bis zur Endfälligkeit gehalten werden, war keine Wertminderung zum Bilanzstichtag vorzunehmen. Die Bilanzierung der übrigen Wertpapiere erfolgte zum Marktwert.

8 Forderungen in Euro an öffentliche Haushalte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2014	407.967	
31.12.2013	410.887	
Veränderung	-2.920	(-0,7%)

Dieser Bilanzposten stellt ausschließlich die Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen dar. Sie basiert auf dem Scheidemünzengesetz 1988, BGBl. Nr. 597/1988 idGF. Die Veränderung im Jahr 2014 ist in Tabelle 13 dargestellt.

Eine am 31. Dezember 2040 allenfalls noch bestehende tilgbare Restschuld ist in den folgenden fünf Jahren (2041 bis 2045) in gleich

Tabelle 13

in Tsd EUR

Rücklieferungen von Silbergedenkmünzen an die Münze Österreich AG gegen Verrechnung mit dem Bund	+4.160
Verwertungserlöse	-1.266
Tilgung aus dem Gewinnanteil des Bundes für das Jahr 2013	-5.814
Insgesamt	-2.920

⁹ Beschluss des EZB-Rats vom 6. September 2012.

¹⁰ Beschluss des EZB-Rats vom 7. Jänner 2015.

hohen jährlichen Raten vom Bund zu tilgen. Für den – erst zum Jahresende 2040 feststehenden – Teil der nicht tilgbaren Bundesschuld ist im Jahresabschluss 2014 eine passivseitige Vorsorge getroffen.

9 Intra-Eurosystem-Forderungen

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2014	30.023.322	
31.12.2013	43.507.394	
Veränderung	-13.484.072	(-31,0%)

In diesem Bilanzposten sind die Forderungen aus dem OeNB-Kapitalanteil an der EZB und jene aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB enthalten. Weiters sind in diesem Posten die Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems ausgewiesen. Die Zusammensetzung der *Intra-Eurosystem-Forderungen* zu den Bilanzstichtagen 2013 und 2014 kann Tabelle 14 entnommen werden.

9.1 Beteiligung an der EZB

In diesem Bilanzposten wird die Beteiligung der OeNB an der EZB ausgewiesen. Der prozentuelle Anteil der OeNB am voll eingezahlten EZB-Kapital beträgt aufgrund der alle fünf Jahre zu erfolgenden Anpassung der Anteile der nationalen Zentralbanken am Kapital der EZB und aufgrund des Eurosystem-Beitritts der Latvijas Banka per 1. Jänner 2014 zum Bilanzstichtag 2014 2,8053 % (31. Dezember 2013: 2,7847%).

9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven

In diesem Posten weist die OeNB ihre aufgrund der Übertragung von Währungsreserven gegenüber der EZB bestehenden Forderungen aus, und zwar zu dem Euro-Gegenwert, den die Vermögenswerte zum Zeitpunkt der Einbringung bei der EZB hatten. Diese Forderungen werden mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems (vermindert um einen Abschlag von 15 %) verzinst. Ein Anspruch der OeNB gegen die EZB auf Rückübertragung dieser Währungen besteht nicht, da die korrespondierende Forderung in Euro denominiert ist. Hinsichtlich der finanziellen Nachschussverpflichtung wird auf die *Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten* verwiesen. Die ausgewiesene Forderung hat sich gegenüber dem Bilanzstand 2013 aufgrund der turnusmäßigen Anpassung der Kapitalanteile und aufgrund des Eurosystem-Beitritts der Latvijas Banka um 15.125 Tsd EUR erhöht.

9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems

In diesem Posten werden die Forderungen der OeNB gegenüber dem Eurosystem erfasst, die sich aus der Anwendung des Banknoten-Verteilungsschlüssels ergeben (siehe auch *Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden*).

Tabelle 14

	31.12.2014 in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
9.1 Beteiligung an der EZB	221.613	212.118	+9.495	+4,5
9.2 Forderungen aus der Übertragung von Währungsreserven	1.137.637	1.122.512	+15.125	+1,3
9.4 Nettoforderungen aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems	28.664.072	42.172.764	-13.508.692	-32,0
Insgesamt	30.023.322	43.507.394	-13.484.072	-31,0

Tabelle 15

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets	115.509	106.326	+9.183	+8,6
11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	147.983	146.576	+1.407	+1,0
11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen	8.396.758	8.613.079	-216.321	-2,5
11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	–	55.366	-55.366	-100,0
11.5 Rechnungsabgrenzungsposten	397.236	557.388	-160.152	-28,7
11.6 Sonstiges	906.457	773.436	+133.021	+17,2
Insgesamt	9.963.943	10.252.171	-288.228	-2,8

11 Sonstige Aktiva

Die *Sonstigen Aktiva* werden in Tabelle 15 dargestellt.

11.1 Scheidemünzen des Euro-Währungsgebiets

Dieser Bilanzposten stellt den Kassenbestand der OeNB an umlauffähigen Euro-Münzen der am Euro-Währungssystem teilnehmenden Mitgliedstaaten dar.

11.2 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Die *Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände* beinhalten *Gebäude und Grundstücke, Anlagen in Bau, Einrichtung und Maschinen* (Geschäftsausstattung, EDV-Hard- und Software, Kraftfahrzeuge), *Mobile Sachwerte* sowie *Nutzungs- und Verwertungsrechte*. Tabelle 16 zeigt die Entwicklung der *Gebäude und Grundstücke*.

Tabelle 16

	in Tsd EUR
Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 31.12.2013 ¹	120.545
Zugänge im Jahr 2014	1.804
Abgänge (zu Anschaffungs- und Herstellungskosten) im Jahr 2014	–
Kumulierte Abschreibungen	60.640
Buchwert 31.12.2014	61.709
Buchwert 31.12.2013	64.507
Abschreibungen des Jahres 2014	4.602

¹ Bei jenen Gebäuden und Grundstücken, die bereits vor dem 31. Dezember 1956 angeschafft worden waren, wurden die Anschaffungskosten aus der Schilling-Eröffnungsbilanz (BGBl. Nr. 190/1954) übernommen.

Die Entwicklung der *Anlagen in Bau* ist in Tabelle 17 dargestellt.

Tabelle 17

	in Tsd EUR
Anschaffungs- und Herstellungskosten bis 31.12.2013	4.561
Zugänge im Jahr 2014	3.398
Abgänge (zu Anschaffungs- und Herstellungskosten) im Jahr 2014	–
Umbuchung	-41
Buchwert 31.12.2014	7.918
Buchwert 31.12.2013	4.561

Unter *Anlagen in Bau* wurden die bisher angefallenen Aufwendungen für den Erwerb von Software im Eurosystem aktiviert.

Die Entwicklung der *Einrichtung und Maschinen* ist in Tabelle 18 dargestellt.

Tabelle 18

	in Tsd EUR
Anschaffungskosten bis 31.12.2013	84.563
Zugänge im Jahr 2014	9.712
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2014 ¹	6.362
Kumulierte Abschreibungen	57.901
Umbuchung	41
Buchwert 31.12.2014	30.053
Buchwert 31.12.2013	29.201
Abschreibungen des Jahres 2014	8.405

¹ Die Abgänge zu Buchwerten (d. s. die seinerzeitigen Anschaffungskosten abzüglich darauf entfallener kumulierter Abschreibungen) betragen 496 Tsd EUR.

Die Entwicklung der *Mobilen Sachwerte* ist in Tabelle 19 dargestellt.

Tabelle 19	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2013	50.063
Zugänge im Jahr 2014	14
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2014	–
Kumulierte Abschreibungen	1.828
Kumulierte Zuschreibungen	9.269
Buchwert 31.12.2014	48.249
Buchwert 31.12.2013	48.235
Abschreibungen des Jahres 2014	–

Die *Mobilen Sachwerte* umfassen die OeNB-Münzensammlung und die Sammlung historischer Streichinstrumente. Die Streichinstrumentensammlung besteht zum Bilanzstichtag 2014 aus 29 Violinen, 6 Violoncelli und 3 Violinen. Die Streichinstrumente werden im Rahmen der Kulturförderung an namhafte Musiker verliehen.

Die *Immateriellen Vermögensgegenstände* stellen das Nutzungs- und Verwertungsrecht für das von der OeNB beauftragte Filmprojekt „Prägende Veränderung – Aufbruch nach Europa“ dar (Tabelle 20).

Tabelle 20	
in Tsd EUR	
Anschaffungskosten bis 31.12.2013	90
Zugänge im Jahr 2014	–
Abgänge (zu Anschaffungskosten) im Jahr 2014	–
Kumulierte Abschreibungen	36
Buchwert 31.12.2014	54
Buchwert 31.12.2013	72
Abschreibungen des Jahres 2014	18

11.3 Sonstiges Finanzanlagevermögen

Das *Sonstige Finanzanlagevermögen* wird in Tabelle 21 dargestellt.

Vom Gesamtbestand der Wertpapierveranlagungen waren 1.622.957 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve und 1.582.896 Tsd EUR der Veranlagung des *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* (davon 1.529.805 Tsd EUR zur Förderung der FTE-Nationalstiftung) gewidmet. Auf die Veranlagung von Eigenmitteln entfielen 4.107.214 Tsd EUR.¹¹ Aus der Bewertung der Wertpapiere, die der Eigenmittelveranlagung gewidmet sind, resultieren buchmäßige Kursgewinne in Höhe von 63.397 Tsd EUR, denen buchmäßige Kursverluste über insgesamt 1.131 Tsd EUR gegenüberstehen.

Von den *Beteiligungen* sind 781.777 Tsd EUR der Eigenmittelveranlagung und 299.383 Tsd EUR der Veranlagung der Pensionsreserve gewidmet. Die Entwicklung der *Beteiligungen* zeigt Tabelle 22.

Tabelle 22	
in Tsd EUR	
Substanzwert zum 31.12.2013	1.111.859
Zugänge im Jahr 2014	–
Abgänge im Jahr 2014 (zu Buchwerten)	–
Abschreibungen des Jahres 2014	–
Neubewertung im Jahr 2014	–30.698
Substanzwert zum 31.12.2014	1.081.161

Die *Sonstigen Veranlagungen und Forderungen* stellen im Wesentlichen täglich fällige und kurzfristige Veranlagungen dar, wovon 2.314 Tsd EUR

Tabelle 21				
	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	7.313.067	7.498.413	–185.346	–2,5
Beteiligungen	1.081.160	1.111.859	–30.699	–2,8
Sonstige Veranlagungen und Forderungen	2.531	2.807	–276	–9,8
Insgesamt	8.396.758	8.613.079	–216.321	–2,5

¹¹ Zu den auf der Passivseite ausgewiesenen Eigenmitteln zählen neben dem Grundkapital die Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken, die Gewinnglättungsrücklage, das ERP-Sondervermögen sowie die Risikorückstellung.

auf die Veranlagung der Pensionsreserve entfallen.

11.4 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2014	–	
31.12.2013	55.366	
Veränderung	–55.366	(–100%)

Der zum Bilanzstichtag 2013 ausgewiesene Saldo resultiert aus Buchwertangleichungen und Realisaten im Zusammenhang mit angekauften bzw. verkauften Terminbeständen.

11.5 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Zusammensetzung des Unterpostens kann Tabelle 23 entnommen werden.

11.6 Sonstiges

Die Zusammensetzung des Unterpostens kann Tabelle 24 entnommen werden.

Gemäß § 3 Abs. 2 ERP-Fonds-Gesetz errechnet sich der Plafond der Finanzierungsverpflichtung der OeNB aus dem seinerzeit von der Bundesschuld abbeschriebenen Betrag über 341.955 Tsd EUR zuzüglich der Summe der auf einem Reservekonto gesammelten Zinsüberschüsse. Zum 31. Dezember 2014 beliefen sich Letztere auf 651.165 Tsd EUR. Der Rahmen für die aus dem Nationalbankblock zu gewährenden Kredite beläuft sich daher am 31. Dezember 2014 auf insgesamt 993.120 Tsd EUR. Die Finanzierung von ERP-Krediten erfolgt gemäß § 83 NBG in Form von Buchkrediten.

Die Restlaufzeiten der Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer der OeNB betragen in fast allen Fällen mehr als ein Jahr. Zur Besicherung der Vorschüsse dienen durchwegs Ablebensrisikoversicherungen.

Tabelle 23

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Aktive Rechnungsabgrenzung	14.118	15.213	–1.095	–7,2
Aktive Antizipationen	364.337	512.696	–148.359	–28,9
Bezahlte Stückzinsen	18.781	29.479	–10.698	–36,3
Insgesamt	397.236	557.388	–160.152	–28,7

Tabelle 24

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
ERP-Kreditforderungen gegen Unternehmen	692.227	682.599	+9.628	+1,4
Forderung gegenüber dem Finanzamt aus KöSt-Vorauszahlung	–	23.523	–23.523	–100,0
Schilling-Scheidemünzen	4.157	3.793	+364	+9,6
Gesellschafterdarlehen	–	35.346	–35.346	–100,0
Gehaltsvorschüsse an Dienstnehmer	8.674	8.661	+13	+0,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	4.359	3.973	+386	+9,7
Geleistete Vorauszahlungen	9.569	13.923	–4.354	–31,3
Forderung gegenüber Münze Österreich AG aus phasenkongruenter Dividendenaktivierung 2014	184.819	–	+184.819	x
noch nicht abgerechneten Münzenrücklieferungen	54	37	+17	+45,9
Sonstige Forderungen	2.598	1.581	+1.017	+64,3
Insgesamt	906.457	773.436	+133.021	+17,2

Tabelle 25

	31.12.2014 in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR
Logistischer Euro-Banknotenumlauf	-2.427.226	-17.675.304	+15.248.078
Anpassungen aus			
Verbindlichkeit aus dem EZB-Anteil am Euro-Banknotenumlauf ¹	-2.281.354	-2.130.168	-151.186
Forderung aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems (CSM)	+30.945.425	+44.302.932	-13.357.507
Nettoforderung aus der Anpassung des Euro-Banknotenumlaufs	+28.664.072	+42.172.764	-13.508.692
Euro-Banknotenumlauf²	26.236.846	24.497.460	+1.739.386

¹ Der Betrag entspricht dem OeNB-Anteil an den 8% der Gesamtsumme des Eurosystem-Euro-Banknotenumlaufs, der in der EZB-Bilanz ausgewiesen wird.
² Das entspricht 2,581% des gesamten Eurosystem-Euro-Banknotenumlaufs (31.12.2013: 2,562%).

Die *Sonstigen Forderungen* zum 31. Dezember 2014 beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus dem laufenden Bankgeschäft.

Passiva

1 Banknotenumlauf

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2014	26.236.846	
31.12.2013	24.497.460	
Veränderung	+1.739.386	(+7,1%)

Der in diesem Posten ausgewiesene Betrag entspricht dem Anteil der OeNB am Gesamtwert des Euro-Banknotenumlaufs (Tabelle 25).

Weitere Erläuterungen zum Euro-Banknotenumlauf sind im Abschnitt *Banknotenumlauf und Intra-Eurosystem-Salden* angeführt.

Die Jahresdurchschnitte der letzten fünf Jahre können Tabelle 26 entnommen werden.

Tabelle 26

	Jahresdurchschnitt des Euro-Banknotenumlaufs in Mio EUR	Veränderung in Mio EUR	in %
2010	20.341	+1.018	+5,3
2011	21.270	+929	+4,6
2012	22.204	+934	+4,4
2013	23.188	+984	+4,4
2014	25.250	+2.062	+8,9

2 Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet

Die Aufgliederung dieses Bilanzpostens kann Tabelle 27 entnommen werden.

2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)

Dieser Posten besteht aus Guthaben auf laufenden Konten von Kreditinstituten, die verpflichtet sind, bei der OeNB Mindestreserven zu halten. Seit Juni 2014 werden über das Mindestreserve-Soll hinausgehende Guthaben (Überschussreserven) entweder mit null Prozent

Tabelle 27

	31.12.2014 in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
2.1 Einlagen auf Girokonten (einschließlich Mindestreserve-Guthaben)	11.676.298	12.036.904	-360.606	-3,0
2.2 Einlagefazilität	960.000	2.181.000	-1.221.000	-56,0
2.3 Termineinlagen	-	720.000	-720.000	-100,0
Insgesamt	12.636.298	14.937.904	-2.301.606	-15,4

oder zum Zinssatz für die Einlagefazilität verzinst, je nach dem, welcher Satz niedriger ist.

2.2 Einlagefazilität

Als *Einlagefazilität* werden jene Einlagen ausgewiesen, die im Rahmen ständiger Fazilitäten von Kreditinstituten bei der OeNB über Nacht getätigt werden. Die Verzinsung erfolgt in Höhe des vom EZB-Rat beschlossenen Zinssatzes für die Einlagefazilität. Im Jahr 2014 wurden derartige Geschäfte mit durchschnittlich 130.017 Tsd EUR durchgeführt.

2.3 Termineinlagen

Im Jahr 2014 wurden *Termineinlagen* zwischen 720.000 Tsd EUR und 8.385.000 Tsd EUR bei Zinssätzen zwischen 0,02 % p. a. und 0,25 % p. a. getätigt.

5 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2014	2.688.712	
31.12.2013	308.575	
Veränderung	+2.380.137	(n.a.)

Darin sind Einlagen von öffentlichen Haushalten in Höhe von 181.108 Tsd EUR (–34.502 Tsd EUR) enthalten.

6 Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2014	461.288	
31.12.2013	246.688	
Veränderung	+214.600	(+87,0%)

Dieser Bilanzposten beinhaltet Guthaben von Zentralbanken, Kreditinstituten und suprana-

tionalen Finanzinstitutionen mit Sitz außerhalb des Euro-Währungsgebiets.

9 Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2014	2.070.381	
31.12.2013	1.941.720	
Veränderung	+128.661	(+6,6%)

Dieser Bilanzposten stellt den zum Marktwert errechneten Gegenwert der vom IWF der OeNB unentgeltlich zugeteilten 1.736 Mio SZR dar. Die Zuteilungen erfolgten jeweils zum 1. Jänner der Jahre 1970 bis 1972, 1979 bis 1981 sowie zum 28. August und 9. September 2009. Die verzeichnete Zunahme geht vor allem auf die realisierten Kursdifferenzen und Buchwertangleichungen zurück.

10 Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten

Bilanzstand	in Tsd EUR	
31.12.2014	30.082.510	
31.12.2013	39.148.233	
Veränderung	–9.065.723	(–23,2%)

In diesem Posten ist jener Nettosaldo dargestellt, der aus Transaktionen der OeNB mit den an TARGET2 teilnehmenden nationalen Zentralbanken und der EZB entstanden ist. Die aus Euro/US-Dollar-Swappgeschäften der OeNB mit der EZB resultierenden unverzinslichen Verbindlichkeiten gegenüber der EZB sind darin ebenfalls zu erfassen. Weiters werden hier der Eurosystem-Verrechnungssaldo aus der Umverteilung der monetären Einkünfte zum Jahresultimo, die Verrechnung aus der anteiligen Rückverteilung der EZB-Seigniorage und angefallene anteilige Aufwendungen im Zusammenhang mit der gemeinschaftlichen Tragung von Verlusten aus geldpolitischen Geschäften des Eurosystems dargestellt.

Die Verzinsung der *Intra-Eurosystem-Verbindlichkeiten* mit der EZB (ohne Berücksichti-

gung der zuvor genannten Swapgeschäfte) erfolgt auf täglicher Basis mit dem jeweils gültigen marginalen Zinssatz des Hauptrefinanzierungsinstruments.

12 Sonstige Passiva

Tabelle 28 zeigt die Zusammensetzung der *Sonstigen Passiva*.

12.3 Sonstiges

Die Zusammensetzung dieses Passivpostens wird in Tabelle 29 dargestellt.

Der *Gewinnanteil des Bundes* errechnet sich gemäß § 69 Abs. 3 NBG mit 90% des Jahresüberschusses (nach Steuern und nach Zuführung zur Pensionsreserve) des abgelaufenen Geschäftsjahres.

Die *Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist* resultiert aus den zum Jahresultimo noch aushaftenden Schilling-Banknoten, die eine Präklusionsfrist aufweisen. Im Jahr 2014 erfolgte

– ebenso wie im Jahr 2013 – keine Präklusion von Schilling-Banknoten.

Dem *Jubiläumsfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft* wurden aus dem Bilanzgewinn 2013 gemäß Beschluss der Generalversammlung 10 Mio EUR zur Verfügung gestellt. Damit sind dem originären Jubiläumsfonds Förderungsmittel von insgesamt 38.672 Tsd EUR zur Verfügung gestanden. Im Jahr 2014 wurden davon 9.797 Tsd EUR zur Auszahlung gebracht. Bei den restlichen 28.875 Tsd EUR handelt es sich um die bis 31. Dezember 2014 nicht ausgezahlten Förderungsmittel, wovon sich Finanzierungszusagen in Höhe von 18.440 Tsd EUR in Abwicklung befinden. Im abgelaufenen Geschäftsjahr sind vom Generalrat für 100 Projekte 9.357 Tsd EUR neu bewilligt worden. Im Rahmen der seit 1966 erteilten Finanzierungszusagen sind – unter Berücksichtigung von Rückzahlungen – insgesamt 761.899 Tsd EUR zur Auszahlung gelangt.

Für die Förderung der FTE-Nationalstiftung stehen aus den Veranlagungserträgen 2014 insgesamt 49,2 Mio EUR zur Verfügung, die

Tabelle 28

	31.12.2014 in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
12.1 Neubewertungsposten aus außerbilanziellen Geschäften	8.842	–	+8.842	x
12.2 Rechnungsabgrenzungsposten ¹	3.019	12.654	–9.635	–76,1
12.3 Sonstiges	425.480	345.201	+80.297	+23,3
Insgesamt	437.341	357.855	+79.486	+22,2

¹ Passive Antizipationen.

Tabelle 29

	31.12.2014 in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Gewinnanteil des Bundes	230.011	181.234	+48.777	+26,9
Verbindlichkeit aus noch in Umlauf befindlichen Schilling-Banknoten mit Präklusionsfrist	112.557	113.695	–1.138	–1,0
Förderungsmittel des Jubiläumsfonds				
Originärer Jubiläumsfonds	28.875	28.231	+644	+2,3
Jubiläumsfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung	49.184	17.713	+31.471	+177,7
Finanzamtsverrechnungskonten	–	349	–349	–100,0
Sonstiges	4.853	3.979	+874	+22,0
Insgesamt	425.480	345.201	+80.279	+23,3

Tabelle 30

	31.12.2013 in Tsd EUR	Auflösung bzw. Verwendung in Tsd EUR	Zuweisung in Tsd EUR	31.12.2014 in Tsd EUR
Risikorückstellung	2.850.000	–	+325.000	3.175.000
Pensionsreserve	1.897.106	–	+734	1.897.840
Rückstellungen für den Personalbereich				
Abfertigungen	61.259	–7.611	+1.097	54.745
Dienstnehmerjubiläen	11.112	–1.091	+3.301	13.322
Nicht konsumierte Urlaube	12.761	–371	+980	13.370
Schlusspensionskassenbeiträge	15.070	–	+2.203	17.273
Pensionskassenbeiträge	955	–250	+545	1.250
Sterbequartale für aktive Mitarbeiter	664	–	+112	776
Gehaltsanteile 2013 bzw. 2014	440	–440	+432	432
Gesetzliche Sozialabgaben	126	–126	+137	137
Sabbatical	181	–92	–	89
Rückstellung für schwebende Rechtsfälle im Personalbereich	352	–	+75	427
Sonstige Rückstellungen				
Unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten	146.429	–2.640	–	143.789
Nicht tilgbarer Anteil der Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen	–	–	+27.788	27.788
Lieferungen und Leistungen	657	–657	+364	364
Leistungen von Konzerngesellschaften	1.938	–1.938	+1.191	1.191
Körperschaftsteuer	–	–	+7.624	7.624
Rückstellung für schwebende Rechtsfälle	3.992	–	+4.301	8.293
Sonstiges	856	–652	+1.033	1.237
Insgesamt	5.003.898	–15.868	+376.917	5.364.947

am Tag nach der Generalversammlung der OeNB an die FTE-Nationalstiftung überwiesen werden.

13 Rückstellungen

Die *Rückstellungen* sind in Tabelle 30 dargestellt.

Die *Risikorückstellung* wird für Fremdwährungs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Goldpreisrisiken gebildet. Für die Ermittlung des Dotierungs- oder eines allfälligen Auflösungsbedarfs der Risikorückstellung werden Bandbreiten für alle finanziellen Risiken der OeNB inklusive der einheitlichen Geldpolitik des Eurosystems aufgrund von Risikoberechnungen mittels VaR und ES mit einem Konfidenzniveau von 99 % sowie unter Verwendung eines Zeithorizonts von einem Jahr (zusätzlich Drei-

Monats-Horizont für Marktrisiko) herangezogen. Ebenfalls werden für die Ermittlung der Risikobandbreiten Stress-Szenarien für das Risiko aus der einheitlichen Geldpolitik berücksichtigt. Die deckungsfähigen Neubewertungskonten werden – unter Berücksichtigung des Netting-Verbots – risikoreduzierend bei der Ermittlung des Marktrisikos berücksichtigt.

Die jährliche Höhe der Risikorückstellung wird durch das Direktorium auch nach geldpolitischen, makroökonomischen und finanzmarktstabilitätspolitischen Überlegungen auf Basis der Risikobandbreite festgelegt. Im Zuge des Jahresabschlusses 2014 wurden der Risikorückstellung 325 Mio EUR zugeführt. Die Risikorückstellung zählt gemäß EZB-Definition zu den zentralbankspezifischen Rückstellungen mit Rücklagencharakter und ist dem Net Equity zuzurechnen.

Das auf Direktzusagen basierende Pensionsystem der OeNB für bis 30. April 1998 eingetretene Dienstnehmer hat als rechtliche Grundlage das NBG. Zur Deckung ist die OeNB vom Gesetz her verpflichtet, eine *Pensionsreserve* zu bilden. Mit 1. Mai 1999 wurde für alle ab 1. Mai 1998 neu aufgenommenen Dienstnehmer neben der ASVG-Pensionsversicherung eine Pensionskassenvereinbarung abgeschlossen. Da somit seit 1. Mai 1998 keine neuen Mitarbeiter mehr in das Direktzusagensystem einbezogen werden, ist der Personenkreis, für den die *Pensionsreserve* zur Absicherung der Pensionen dient, nach oben hin begrenzt, womit dieses System ein geschlossenes darstellt. Aufgrund der neuen gesetzlichen Rechtslage auf Basis von Artikel 81 2. Stabilitätsgesetz 2012 wurden für Anspruchszeiträume ab 1. Jänner 2013 (bis 31. Dezember 2014) gesetzliche Pensionsbeiträge und Pensionssicherungsbeiträge von der OeNB einbehalten und an den Bund abgeführt. Davon betroffen waren Dienstnehmer, die bis 30. März 1993 in die OeNB eingetreten sind, mit 3% und alle Pensionisten mit 3,3%.

Durch den Beschluss des Nationalrats vom 12. Juni 2014 zum Sonderpensionenbegrenzungsgesetz (SpBegrG), das mit 1. Jänner 2015 in Kraft tritt, ergeben sich Auswirkungen auf die Berechnung des Deckungserfordernisses der Pensionsreserve zum 31. Dezember 2014. Infolge des höheren Pensionsantrittsalters, der Einführung eines Durchrechnungszeitraums für die Pensionsbemessung, der Zuführung von Pensions- und Pensionssicherungsbeiträgen zur Pensionsreserve, des Entfalls des Sterbequartals in der Pension, der Deckelung der Pensionen sowie der Valorisierung in Höhe der ASVG-Anpassung, und zwar erst ab dem zweiten Kalenderjahr, ist das Deckungskapital der Pensionsreserve um 267.011 Tsd EUR gesunken.

Im Zuge der jährlichen Evaluierung und Berechnung des Rechnungszinsfußes¹² wurde aufgrund der schon länger anhaltenden Niedrigzinsphase eine Reduktion des Rechnungszinsfußes von 2,998% p. a. auf 2,76% p. a. vorgenommen. Die Absenkung des Rechnungszinsfußes hat sich mit 66.483 Tsd EUR auf das Deckungskapital ausgewirkt.

Darüber hinaus werden für die Berechnung des versicherungsmathematischen Deckungskapitals die aktuellen Sterbetafeln¹³ herangezogen. Als Ausscheideursachen werden Tod, Invalidisierung und Erreichen des kalkulatorischen Pensionsantrittsalters berücksichtigt.

Das Pensionsantrittsalter richtet sich dabei nach den in den jeweiligen Dienstbestimmungen bzw. -verträgen enthaltenen Regelungen unter Bedachtnahme des SpBegrG. Für Mitarbeiter im Aktivstand wird die Teilwertmethode, für jene im Ruhestand wird die Barwertmethode angewendet.

Das zum 31. Dezember 2014 ermittelte Deckungskapital beträgt 2.012.427 Tsd EUR und ist durch die Pensionsreserve und durch stille Reserven in Immobilien voll gedeckt.

Die *Rückstellungen für Abfertigungen, für Jubiläumsgelder und für nicht konsumierte Urlaube* werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet, wobei im Zuge des Jahresabschlusses 2014 der Rechnungszinsfuß von 2,83% p. a. auf 2,76% p. a. gesenkt wurde. Bei der Berechnung der *Rückstellung für Abfertigungen und für Jubiläumsgelder* wurden keine Fluktuationsabschläge berücksichtigt.

Die Reduzierung der *Rückstellung für unbegrenzt eintauschbare Schilling-Banknoten* ist auf Einlösungen zurückzuführen.

14 Ausgleichsposten aus Neubewertung

Die auf den *Neubewertungskonten* erfassten Beträge (Tabelle 31) stellen die aus der Bewertung zum 31. Dezember 2014 resultierenden buch-

¹² Für die Berechnung des Rechnungszinsfußes wird der gleitende siebenjährige Durchschnitt des – um einen Aufschlag erhöhten – von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zinssatzes für eine Nullkupon-Euro-Zinsswapkurve mit einer Restlaufzeit von 15 Jahren unter Berücksichtigung des siebenjährigen Durchschnitts des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für den Euroraum herangezogen.

¹³ AVÖ 2008-P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler.

Tabelle 31

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Neubewertungskonten				
Gold	6.674.176	5.624.989	+1.049.187	+18,7
Fremdwährungen	546.239	93.919	+452.320	n.a.
Wertpapiere	662.398	343.843	+318.555	+92,6
Beteiligungen	440.032	470.731	-30.699	-6,5
Münzsammlung der OeNB	9.269	9.269	-	-
Insgesamt	8.332.114	6.542.751	+1.789.363	+27,3
Nicht aufgelöste Aufwertungsgewinne vom 1.1.1999 (Initial Valuation)				
Beteiligungen	262.764	262.764	-	-
Insgesamt	8.594.878	6.805.515	+1.789.363	+26,3

Tabelle 32

	31.12.2014	31.12.2013	Veränderung	
	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in Tsd EUR	in %
Gewinnlättingrücklage	60.623	51.686	+8.937	+17,3
Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken	1.973.263	1.973.263	-	-
Jubiläumfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft	1.531.500	1.531.500	-	-
Gebundenes ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen	651.165	648.909	+2.256	+0,3
Insgesamt	4.216.551	4.205.358	+11.193	+0,3

mäßigen Gewinne, getrennt nach den einzelnen Bewertungseinheiten, dar. Diese Bewertungsgewinne können in den Folgejahren durch Transaktionen bei den entsprechenden Beständen realisiert bzw. zum Ausgleich künftiger Bewertungsverluste herangezogen werden.

15 Kapital und Rücklagen

Das (*Grund-*)*Kapital* der OeNB beträgt gemäß § 8 NBG 12 Mio EUR. Alleinige Aktionärin ist seit 27. Mai 2010 die Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Finanzen.

Die *Rücklagen* werden in Tabelle 32 dargestellt.

Die Veränderung der *Gewinnlättingrücklage* resultiert aus der Zuweisung aus dem Bilanzgewinn 2013 gemäß Beschluss der Generalversammlung der OeNB vom 27. Mai 2014.

Die *Reserve für ungewisse Auslands- und Wertpapierrisiken* dient der Abdeckung finanzieller Risiken der OeNB.

Der *Jubiläumfonds zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft (Jubiläumfonds)* setzt sich aus dem originären Jubiläumfonds (31,5 Mio EUR) und dem Jubiläumfonds zugunsten der FTE-Nationalstiftung (1,5 Mrd EUR) zusammen. Die zweckgebundenen Mittel zugunsten der FTE-Nationalstiftung wurden im Jahr 2003 aus der *Freien Reserve* (545 Mio EUR) und aus dem *Allgemeinen Reservefonds* (955 Mio EUR) umgewidmet.

Die im Rahmen des Jubiläumfonds zweckgewidmeten Mittel können für eine allfällige Abdeckung eines Bilanzverlusts herangezogen werden.

Das *Gebundene ERP-Sondervermögen aus Zinsüberschüssen* stellt die über die Jahre kumulierten, der OeNB verbleibenden Zinsüberschüsse aus der Kreditvergabe des Nationalbankblocks dar. Es handelt sich dabei um für

Tabelle 33

	31.12.2014 in Tsd EUR	31.12.2013 in Tsd EUR
Verpflichtung zur SZR-Übernahme bis zum insgesamt Dreifachen der unentgeltlichen SZR-Zuteilung gemäß den IWF-Statuten ¹	4.310.346	3.833.794
Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit New Arrangements to Borrow (NAB) ¹	3.763.024	3.482.543
Eventualverpflichtung gegenüber dem IWF im Zusammenhang mit dem bilateralem Abkommen ¹	6.130.000	6.130.000
Nachschussverpflichtung auf die mit 8.564 Stück Aktien zu je 5.000 SZR bestehende Beteiligung an der BIZ, Basel	38.294	35.914
Angekaufte Terminbestände (Termingeschäfte und Swaps in Euro)	1.247.756	2.232.716
Verkaufte Terminbestände (Termingeschäfte und Swaps in Fremdwährungen) ²	1.256.598	2.177.350
Buchwertangleichungen und Realisate im Zusammenhang mit angekauften bzw. verkauften Terminbeständen	8.842	55.366
Verpflichtungen aus im eigenen Namen, jedoch für fremde Rechnung erfolgten Fremdwährungsveranlagungen	8.215	22.296
Rückzahlungsverpflichtungen der OeNB im Fall der Beendigung von Dienstverhältnissen betreffend den Zinsanteil im Zusammenhang mit von Dienstnehmern geleisteten Pensionsbeiträgen	12.897	12.432
Eventualverbindlichkeit aus der Unterdeckung der Pensionsreserve	–	39.317
Eventualverpflichtung im für die OeNB anteiligen Ausmaß aufgrund der Möglichkeit der EZB, weitere Währungsreserven im Ausmaß von bis zu 50 Mrd EUR gemäß Artikel 30.1 der ESZB/EZB-Satzung von den teilnehmenden nationalen Zentralbanken einzufordern	981.550	968.500
Eventualverpflichtung aus gegebenen Bankgarantien	111.000	111.000
Eventualforderung aus erhaltenen Bankgarantien	7.191	7.863
Eventualforderung aus einer Verpflichtungserklärung der OeKB im Rahmen des Zahlungsverkehrs	1.000.000	1.000.000

¹ Für eine mögliche entgeltliche Inanspruchnahme durch den IWF, wobei dieser eine gleich hohe Forderung gegen den IWF gegenübersteht.

² Darin sind zum 31. Dezember 2014 bzw. 2013 auch verkaufte Terminbestände (USD, GBP und JPY), die der Absicherung des SZR-Währungsrisikos dienen, enthalten.

einen Sonderzweck – auch völkerrechtlich – gebundenes Eigenkapital, das nicht anderwärtig verwendet werden kann. Damit steht es für eine allfällige Abdeckung eines Bilanzverlusts nicht zur Verfügung.

Erläuterungen zu den in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten

Die in der Bilanz nicht ausgewiesenen Posten sind in Tabelle 33 dargestellt.

Erläuterungen zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Die einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind in Tabelle 34 dargestellt.

1 Nettozinsergebnis

Das Nettozinsergebnis (Tabelle 35) stellt die Differenz zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen dar.

2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen

Die Realisierten Gewinne/Verluste aus Finanzoperationen sind in Tabelle 36 ersichtlich.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen und -positionen sind in Tabelle 37 dargestellt.

Die Zuführung zur Risikorückstellung hat sich im Jahr 2014 mit 325 Mio EUR (2013: 300 Mio EUR) ausgewirkt.

4 Erträge aus Beteiligungen

Die Erträge aus Beteiligungen sind in Tabelle 38 dargestellt.

Im Jahresabschluss 2014 sind Dividenden für 2013 (67.700 Tsd EUR) und für 2014 (184.819 Tsd EUR) der Münze Österreich AG enthalten, da es aufgrund einer Änderung des Scheidemünzengesetzes 1988 idGF im Geschäftsjahr 2014 erstmals zu einer phasenkongruenten Aktivierung der Dividende für 2014 kam.

Die EZB-Seigniorage für das Jahr 2014 in Höhe von 125,8 Mio EUR und die Erträge der EZB aus SMP-, CBPP3- und ABSPP-Wertpapieren in Höhe von 729,9 Mio EUR wurden

Tabelle 34

	2014 in Tsd EUR	2013 in Tsd EUR	Veränderung ¹ in Tsd EUR	in %
1 Nettozinsergebnis	777.628	833.901	-56.273	-6,8
2 Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorgen	-392.916	-265.970	+126.946	+47,7
3 Nettoergebnis aus Gebühren und Provisionen	398	427	-29	-6,8
4 Erträge aus Beteiligungen	280.049	89.624	+190.425	n.a.
5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften	-19.008	-26.947	-7.939	-29,5
6 Sonstige Erträge	23.991	60.317	-36.326	-60,2
Nettoerträge insgesamt	670.141	691.352	-21.211	-3,1
7 Personalaufwendungen	-139.416	-135.589	+3.827	+2,8
8 Aufwendungen für Altersvorsorgen	-31.152	-113.946	-82.794	-72,7
9 Sachaufwendungen	-83.870	-81.553	+2.317	+2,8
10 Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	-13.025	-13.925	-900	-6,5
11 Aufwendungen für Banknoten	-20.859	-19.018	+1.841	+9,7
12 Sonstige Aufwendungen	-41.062	-28.994	+12.068	+41,6
Aufwendungen insgesamt	-329.384	-393.025	-63.641	-16,2
Geschäftliches Ergebnis	340.757	298.327	+42.430	+14,2
13 Körperschaftsteuer	-85.189	-74.582	+10.607	+14,2
	255.568	223.745	+31.823	+14,2
14 Zuführung zur Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes	-230.011	-203.608	+26.403	+13,0
15 Bilanzgewinn	25.557	20.137	+5.420	+26,9

¹ Die Vorzeichen der Veränderungen beziehen sich auf die absoluten Zu- bzw. Abnahmen des jeweiligen Ertrags- bzw. Aufwandspostens.

Tabelle 35

	2014 in Tsd EUR	2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Nettoerträge aus Fremdwährungsveranlagungen	134.264	125.152	+9.112	+7,3
Nettoerträge aus Euro-Veranlagungen	336.051	275.081	+60.970	+22,2
Geldpolitisches Instrumentarium	316.095	401.300	-85.205	-21,2
Intra-Eurosystem-Salden aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs	65.353	245.680	-180.327	-73,4
Übertragung von Währungsreserven an die EZB	1.600	5.342	-3.742	-70,0
TARGET2-Salden	-61.733	-220.852	-159.119	-72,0
Sonstiges	-14.002	2.198	+16.200	n.a.
Insgesamt	777.628	833.901	-56.273	-6,8

Tabelle 36

	2014 in Tsd EUR	2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Fremdwährungstransaktionen	5.819	50.361	-44.542	-88,4
Wertpapiertransaktionen	71.571	56.510	+15.061	+26,7
Insgesamt	77.390	106.871	-29.481	-27,6

Tabelle 37

	2014 in Tsd EUR	2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Wertpapiere	-4.456	-36.389	-31.933	-87,8
Fremdwährungen	-140.850	-36.452	-104.398	n.a.
Insgesamt	-145.306	-72.841	-72.465	-99,5

Tabelle 38

	2014 in Tsd EUR	2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Dividenden				
BIZ	2.083	3.117	-1.034	-33,2
Münze Österreich AG	252.519	36.500	+216.019	n.a.
Gewinnausschüttungen				
GSA	175	115	+60	+52,2
Rückverteilung EZB-Seigniorage	23.585	38.142	-14.557	-38,2
EZB-Gewinnausschüttung	1.687	11.750	-10.063	-85,6
Insgesamt	280.049	89.624	+190.425	n.a.

gemäß Beschluss des EZB-Rats nicht komplett an die nationalen Zentralbanken rückverteilt, sondern mit einem Betrag von 15 Mio EUR der *EZB-Rückstellung für Wechselkurs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Goldpreisrisiken* zugeführt. Die verbliebene EZB-Seigniorage in Höhe von 840,7 Mio EUR wurde Ende Jänner 2015 an die nationalen Zentralbanken überwiesen, wobei die OeNB einen Betrag von 23,6 Mio EUR erhielt.

5 Nettoergebnis aus monetären Einkünften

Das Nettoergebnis der OeNB aus den monetären Einkünften im Eurosystem ist in Tabelle 39 dargestellt.

Die jährliche Berechnung der monetären Einkünfte erfolgt entsprechend Artikel 32 der ESZB/EZB-Satzung durch die EZB.

Die monetären Einkünfte der OeNB sind ihre Einkünfte aus bestimmten Vermögenswerten, die Gegenposten zur sogenannten monetären Basis darstellen. Zur monetären Basis zählen der Banknotenumlauf, die Euro-Verbindlichkeiten der OeNB gegenüber dem Bankensektor des Euroraums aus den geldpolitischen Geschäften sowie die Intra-Eurosystem-

Tabelle 39

	2014 in Tsd EUR	2013 in Tsd EUR
Einzubringende monetäre Einkünfte (netto)	317.343	499.799
Rückverteilte monetäre Einkünfte	279.036	463.491
Nettoaufwand aus der Umverteilung der monetären Einkünfte im Berichtsjahr	-38.307	-36.308
Nettoertrag aus der Aufrollung für Vorjahre	+7.130	+395
Realisierter Gewinn aus der Verwertung von Sicherheiten	+12.169	-
	-19.008	-35.913
Auflösung Rückstellung im Zusammenhang mit geldpolitischen Operationen des Eurosystems	-	+8.966
Insgesamt	-19.008	-26.947

Nettoverbindlichkeiten der OeNB aus der Emission von EZB-Schuldverschreibungen, dem TARGET2-Zahlungsverkehr und der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Die monetären Einkünfte werden durch anteilige Zinsaufwendungen entsprechend reduziert.

Für die Bemessung der monetären Einkünfte der OeNB werden die folgenden Vermögenswerte herangezogen: Euro-Forderungen gegenüber dem Bankensektor im Euroraum aus den geldpolitischen Geschäften, Wertpapiere für geldpolitische Zwecke, Intra-Eurosystem-Nettoforderungen aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB, aus dem TARGET2-Zahlungsverkehr und aus der Verteilung des Euro-Banknotenumlaufs innerhalb des Eurosystems. Hinzu kommt ein dem Kapitalanteil der OeNB an der EZB entsprechender Teil des Goldbestands (wobei Goldbestände als unverzinslich gelten).

Bei Wertpapieren für geldpolitische Zwecke im Rahmen der CBPP1 und CBPP2 erfolgt die Verzinsung zum jeweils geltenden marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems. Zum Ausgleich etwaiger Wertunterschiede zwischen diesen – besonders zu erfassenden – Aktiva der OeNB und ihrer monetären Basis wird die Differenz ebenfalls mit dem jeweils aktuellen marginalen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems verzinst.

Innerhalb des Eurosystems werden die monetären Einkünfte zusammengelegt und dann an die nationalen Zentralbanken entsprechend ihrem Anteil am voll eingezahlten Kapital rückverteilt.

6 Sonstige Erträge

Darin sind unter anderem Mieterträge und Erträge aus der Verrechnung mit Tochtergesellschaften bzw. der EZB in Höhe von 10.969 Tsd EUR enthalten. Aus der gesetzlich gedeckelten Vergütung der FMA für die Bankenaufsichtskosten der OeNB resultieren 8 Mio EUR.

7 Personalaufwendungen

Die *Personalaufwendungen* beinhalten Aufwendungen für Mitarbeiter im Aktivstand. Erhaltene Bezugsrefundierungen werden von den Personalaufwendungen in Abzug gebracht.

Die *Gehälter* haben gegenüber dem Vorjahr um per saldo 4.893 Tsd EUR (+4,3%) auf 118.415 Tsd EUR zugenommen. Für jene OeNB-Mitarbeiter, die bei Tochtergesellschaften und bei auswärtigen Dienststellen tätig sind, hat die OeNB Bezugsrefundierungen in Höhe von insgesamt 6.056 Tsd EUR vereinahmt.

Die vier Mitglieder des Direktoriums haben Bezüge in Höhe von insgesamt 1.106 Tsd EUR (2013: 1.075 Tsd EUR) erhalten (Tabelle 40).

Tabelle 40

	Bezüge in Tsd EUR
Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny	295,4
Vize-Gouverneur Mag. Andreas Ittner	278,4
Direktor Mag. Dr. Kurt Pribil	266,2
Direktor Mag. Dr. Peter Mooslechner	266,2

Die Höhe der Bezüge des Direktoriums unterliegt dem Bezügebegrenzungs-gesetz, wobei die Bezugshöhe des Gouverneurs mit jener des Bundeskanzlers begrenzt ist. Die Bezüge der übrigen Mitglieder des Direktoriums sind

Tabelle 41

	Stichtag 31. Dezember ¹			Jahresdurchschnitt ¹		
	2014	2013	Veränderung	2014	2013	Veränderung
OeNB-Fachbereiche ²	1.084,0	1.089,1	-5,1	1.092,7	1.083,9	+8,8
Insgesamt	1.234,8	1.232,9	+1,9	1.241,3	1.230,7	+10,6

¹ Teilzeitkräfte sind anteilmäßig berücksichtigt.

² Ohne die außerhalb der OeNB tätigen Mitarbeiter sowie die karenzierten Bediensteten (nach Mutterschutzgesetz, nach Elternkarenzurlaubsgesetz und andere).

mit dem Bezug des Gouverneurs gedeckelt. Die Bezüge wurden auf Basis des Bezügebegrenzungs-gesetzes seit 1. Jänner 2014 um 1,6 % p. a. erhöht. An Sachbezügen (steuerlicher Wert der Privatnutzung von PKWs sowie Zuschüsse zu Versicherungen) und sonstigen Aufwendungen wurden insgesamt 45 Tsd EUR verrechnet. Den Mitgliedern des Präsidiums wurden im Jahr 2014 118 Tsd EUR (2013: 116 Tsd EUR) vergütet. Die Mitglieder des Generalrats können für die Teilnahme an einer Sitzung des Generalrats bzw. Sitzung eines Unterausschusses pro Tag über 250 EUR für karitative Zwecke disponieren. Für die in Ausübung ihres Amtes erwachsenen Reisekosten wird eine angemessene Entschädigung geleistet.

Die Mitarbeiterressourcen werden in Tabelle 41 gezeigt.

Die *Aufwendungen für Abfertigungen* und die *Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen* betragen 1.668 Tsd EUR (2013: 4.321 Tsd EUR) bzw. 593 Tsd EUR (2013: 513 Tsd EUR). Der Abfertigungsaufwand für leitende Angestellte (OeNB-Direktorium) beläuft sich im Berichtsjahr auf insgesamt 23,5 Tsd EUR.

An *Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge* wurden insgesamt 20.351 Tsd EUR (+1.010 Tsd EUR, d. s. +5,2%) geleistet. Davon entfielen auf Sozialversicherungsbeiträge 11.690 Tsd EUR (+770 Tsd EUR, d. s. +7,1%), auf Beiträge zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen 5.056 Tsd EUR (+160 Tsd EUR, d. s. +3,3%) und auf die Kommunalsteuer 3.392 Tsd EUR (+102 Tsd EUR, d. s. +3,1%).

8 Aufwendungen für Altersvorsorgen

Darin sind entrichtete und rückgestellte Pensionskassenbeiträge in Höhe von 6.586 Tsd EUR (2013: 6.586 Tsd EUR) enthalten. Die Pensionsaufwendungen des Jahres 2014 wurden mit 93.606 Tsd EUR aus Veranlagungserträgen der Pensionsreserve gedeckt und beliefen sich auf insgesamt 118.172 Tsd EUR (+2,8%). Die Bezüge für pensionierte Direktoriumsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene betragen 4.201 Tsd EUR.

9 Sachaufwendungen

In den Sachaufwendungen sind unter anderem Aufwendungen für Miete, Betriebskosten, Wartung, Reparatur und Instandhaltung in Höhe von 31.925 Tsd EUR (+1.124 Tsd EUR) sowie Aufwendungen für die Geldbearbeitung über 11.389 Tsd EUR (–454 Tsd EUR) enthalten. Aufwendungen, die jedoch zur Gänze an Tochtergesellschaften bzw. an die EZB weiterverrechnet wurden (insbesondere anteilige, von Tochtergesellschaften zu tragende Miet- und Betriebskosten und sicherheitsrelevante Leistungen), beliefen sich auf 4.193 Tsd EUR (–826 Tsd EUR). Weiters haben sich das OeNB-Projekt OPAL, das die Analyse und Optimierung des OeNB-Aufgabenportfolios zum Ziel hat, mit 1.304 Tsd EUR und der Aufbau des Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM) mit 1.451 Tsd EUR ausgewirkt. Für die Prüfung des OeNB-Jahresabschlusses fielen 109 Tsd EUR (2013: 109 Tsd EUR) und für sonstige Bestätigungsleistungen des OeNB-Abschlussprüfers 22 Tsd EUR (2013: 83 Tsd EUR) an.

Tabelle 42

	2014 in Tsd EUR	2013 in Tsd EUR	Veränderung in Tsd EUR	in %
Zuführung zur Pensionsreserve gemäß § 69 Abs. 2 NBG	–	22.374	–22.374	–100,0
90-prozentiger Gewinnanteil des Bundes gemäß § 69 Abs. 3 NBG	230.011	181.234	+48.777	+26,9
Insgesamt	230.011	203.608	+26.403	+13,0

11 Aufwendungen für Banknoten

Diese Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus dem Ankauf von Euro-Banknoten von der Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS).

12 Sonstige Aufwendungen

Von den *Sonstigen Aufwendungen* entfallen 27.788 Tsd EUR auf die Dotierung der Rückstellung für den nicht tilgbaren Anteil der Forderung gegen den Bundesschatz wegen vor 1989 emittierter Silbergedenkmünzen.

13 Körperschaftsteuer

Gemäß § 72 Abs. 1 NBG ist das geschäftliche Ergebnis des gemäß § 67 NBG unter Beachtung von § 69 Abs. 1 NBG erstellten Jahresabschlusses als Einkommen im Sinne des § 22 Abs. 1 des Körperschaftsteuergesetzes 1988 der Steuerbemessung zugrunde zu legen.

14 Zuführung zur Pensionsreserve und Gewinnanteil des Bundes

Die *Zuführung zur Pensionsreserve* und der *Gewinnanteil des Bundes* sind in Tabelle 42 dargestellt.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag**Beitritt zum Eurosystem**

Litauen erfüllte die Bedingungen für die Einführung des Euro und die Lietuvos bankas trat mit Stichtag 1. Jänner 2015 dem Eurosystem bei. Aufgrund ihres Beitritts hatte die Lietuvos bankas gemäß Artikel 48.1 der ESZB/EZB-Satzung ihren gezeichneten Kapitalanteil voll einzuzahlen sowie in Verbindung mit Artikel 30.1 der ESZB/EZB-Satzung Währungsreserven entsprechend ihrem gezeichneten Kapitalanteil an die EZB zu übertragen.

Der prozentuelle Anteil der OeNB am voll eingezahlten EZB-Kapital (relativer Kapitalschlüssel) ist durch den Beitritt der Lietuvos bankas zum Eurosystem von 2,8053 % auf 2,7888 % gesunken. Der OeNB-Anteil am gezeichneten EZB-Kapital beträgt 1,9631 %.

DIREKTORIUM

Gouverneur Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny
Vize-Gouverneur Mag. Andreas Ittner
Direktor Mag. Dr. Kurt Pribil
Direktor Mag. Dr. Peter Mooslechner

GENERALRAT

Präsident Dkfm. Dr. Claus J. Raidl
Vizepräsident Mag. Max Kothbauer
Dipl.-Ing. August Astl
Dkfm. Elisabeth Gürtler-Mauthner (bis 27. Mai 2014)
Univ.-Prof. MMag. Dr. Gottfried Haber
Dr. Erich Hampel
Mag. Anna Maria Hochhauser
Dipl.-Ing. Johann Marihart (bis 31. Juli 2014)
Mag. Werner Muhm
Dr. Gabriele Payr
Mag. Dr. Walter Rothensteiner
Dr. Dwora Stein
Staatskommissär Sektionschef Mag. Harald Waiglein
Staatskommissär-Stellvertreter Mag. Alfred Lejsek

Gemäß § 22 Abs. 5 NBG 1984 vom Zentralbetriebsrat bei Verhandlungen über Personal-, Sozial- und Wohlfahrtsangelegenheiten entsendet:

Robert Kocmich
Mag. Birgit Sauerzopf (seit 1. März 2014)
Mag. Ferdinand Mramor (bis 28. Februar 2014)

Wien, am 26. März 2015

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny e.h.

Mag. Andreas Ittner e.h.

Mag. Dr. Kurt Pribil e.h.

Mag. Dr. Peter Mooslechner e.h.

Bestätigungsvermerk der Abschlussprüfer



Oesterreichische Nationalbank, Wien
Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014
26. März 2015

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

**Oesterreichische Nationalbank,
Wien,**

für das **Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014** unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2014, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2014 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften und den sondergesetzlichen Bestimmungen des Nationalbankgesetzes 1984 in der geltenden Fassung und den ergänzenden Bestimmungen der vom Rat der Europäischen Zentralbank gemäß Artikel 26 Abs 4 des "Protokolls über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank" mittels der "Guideline of the European Central Bank of 11 November 2010 on the Legal Framework for Accounting and Financial Reporting in the European System of Central Banks (ECB/2010/20)" in der Fassung vom 15. Dezember 2014 (ECB/2014/54) erlassenen Vorschriften, vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es auf Grund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2014 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2014 bis zum 31. Dezember 2014 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Aussagen zum Geschäftsbericht

Auf den gemäß § 68 Abs 1 NBG zu erstellenden Geschäftsbericht finden die Bestimmungen des § 243 Abs 1 bis 3 UGB (Lagebericht), mit Ausnahme von Abs 2 letzter Satz und Abs 3 Z 2 und Z 5, UGB Anwendung.

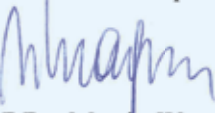
Der Geschäftsbericht ist auf Grund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Geschäftsbericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Geschäftsbericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

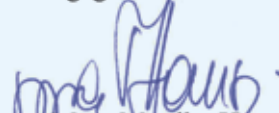
Der Geschäftsbericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 26. März 2015



KPMG Austria GmbH
 Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft


 DDr. Martin Wagner
 Wirtschaftsprüfer


 ppa Mag. Monika Hansi
 Wirtschaftsprüferin

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Geschäftsbericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

Bilanzgewinn und Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Durchführung der in § 69 Abs. 2 und 3 NBG vorgesehenen Zuweisungen (Posten 14 der Gewinn- und Verlustrechnung), von denen 230.011 Tsd EUR auf den Gewinnanteil des Bundes entfallen, verbleibt der in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrech-

nung ausgewiesene Bilanzgewinn 2014 von 25.556.789,13 EUR. Das Direktorium hat in der Sitzung vom 26. März 2015 beschlossen, dem Generalrat folgende Verwendung zu empfehlen:

	<i>in EUR</i>
10-prozentige Dividende auf das Grundkapital von 12 Mio EUR	1.200.000,00
Zuweisung von Förderungsmitteln an den Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank zur Förderung der Forschungs- und Lehraufgaben der Wissenschaft:	
für Förderungen durch die OeNB	10.000.000,00
Zuführung zur Gewinnlättrungsrücklage	14.356.789,13
	25.556.789,13

Bericht des Generalrats zum Geschäftsbericht und Jahresabschluss 2014

Der Generalrat hat in seinen regelmäßigen Sitzungen, durch Beratungen in seinen Unterausschüssen und durch Einholung der erforderlichen Informationen die ihm aufgrund des Nationalbankgesetzes 1984 obliegenden Aufgaben wahrgenommen.

Das Direktorium hat dem Generalrat regelmäßig über die Abwicklung und den Stand der Geschäfte, über die Lage des Geld-, Kapital- und Devisenmarktes, über wichtige geschäftliche Vorfälle, über alle für die Beurteilung der Währungs- und Wirtschaftslage bedeutsamen Vorgänge, über die zur Kontrolle der gesamten Gebarung getroffenen Verfügungen und über sonstige den Betrieb betreffende Verfügungen und Vorkommnisse von Bedeutung berichtet.

Der Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2014 wurde von den in der regelmäßigen Generalversammlung vom 27. Mai 2014 gewählten Rechnungsprüfern – der KPMG Austria GmbH

Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft – aufgrund der Bücher und Schriften der Oesterreichischen Nationalbank sowie der vom Direktorium erteilten Aufklärungen und Nachweise geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Generalrat hat in seiner Sitzung vom 23. April 2015 den Geschäftsbericht des Direktoriums und den Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2014 gebilligt. Er legt den Geschäftsbericht vor und empfiehlt der Generalversammlung, den Jahresabschluss der Oesterreichischen Nationalbank über das Geschäftsjahr 2014 zu genehmigen und dem Generalrat und dem Direktorium die Entlastung zu erteilen. Die Generalversammlung wolle ferner über die Verwendung des Bilanzgewinns gemäß der im Anhang zum Jahresabschluss 2014 erstatteten Empfehlung (siehe oben) beschließen.

Hinweise

Abkürzungen

ABS	Asset-Backed Securities	FINREP	Financial Reporting
ABSPP	Programm zum Ankauf von Asset-Backed Securities (Asset-Backed Securities Purchase Programme)	FMA	Finanzmarktaufsichtsbehörde
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union	FMSG	Finanzmarktstabilitätsgremium
AQR	Prüfung der Aktiva-Qualität (Asset Quality Review)	FTE-National-	Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	stiftung	
BAWAG	BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG	GFR	Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
BGBL	Bundesgesetzblatt	GRI	Global Reporting Initiative
B-GIBG	Bundes-Gleichbehandlungsgesetz	GSA	GELDSERVICE AUSTRIA Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination GmbH
BIP	Bruttoinlandsprodukt	GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
BIRG	Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz	GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	HBInt	Hypo Alpe-Adria-Bank International AG
BMF	Bundesministerium für Finanzen	HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	IFRS	International Financial Reporting Standards
B-PCGK	Bundes Public Corporate Governance Kodex	IHS	Institut für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung
BPM6	Sechste Auflage des Handbuchs zur Zahlungsbilanz und zum Auslandsvermögensstatus (sixth edition of the Balance of Payments and International Investment Position Manual)	IKS	internes Kontrollsystem
BRRD	Richtlinie für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (Bank Recovery and Resolution Directive)	IWF	Internationaler Währungsfonds
BWG	Bankwesengesetz	JVI	Joint Vienna Institute
CBPP	Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme)	kgf	Kilogramm Feingold
CBs	Covered Bonds	LBMA	London Bullion Market Association
CESEE	Zentral-, Ost- und Südosteuropa (Central, Eastern and Southeastern Europe)	LIBOR	London Interbank Offered Rate
CoCAS	Common Credit Assessment System	LSIs	weniger bedeutende Banken (Less Significant Institutions)
COREP	Common Reporting	MIF	kartengestützte Zahlungsvorgänge (Multilateral Interchange Fee)
CRD	Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirements Directive)	MÜNZE	Münze Österreich Aktiengesellschaft
CRR	Eigenkapitalverordnung (Capital Requirements Regulation)	NAB	Neue Kreditvereinbarung (New Arrangement to Borrow)
CS.A	Clearing Service. Austria	NBG	Nationalbankgesetz 1984
CS.I	Clearing Service. International	ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
DAX	Deutscher Aktienindex	OeBS	Oesterreichischen Banknoten- und Sicherheitsdruck GmbH
DGS	Einlagensicherungssystem (Deposit Guarantee Scheme)	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development)
EA	Euroraum (Euro Area)	OeKB	Oesterreichische Kontrollbank
EFSD	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (European Financial Stability Facility)	OeNB	Oesterreichische Nationalbank
EGB	Erste Group Bank AG	OPAL	Optimierungsanalyse
EIB	Europäische Investitionsbank	ÖVAG	Österreichische Volksbanken AG
EIOPA	Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (European Insurance and Occupational Pensions Authority)	ozf	Unze Feingold
EK	Europäische Kommission	PIN	Persönliche Identifikationsnummer
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme	PR	Personalressource
EMAS-VO	EMAS-Verordnung	PSD II	Zahlungsdiensterichtlinie II (Directive on Payment Services II)
EONIA	Euro OverNight Index Average	RLB-NÖW	Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien reg.Gen.m.b.H.
ERF	Europäisches Meldewesen (European Reporting Framework)	RLB-ÖÖ	Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG
ERP	Europäisches Wiederaufbauprogramm (European Recovery Program)	RZB	Raiffeisen Zentralbank Österreich AG
ERPB	Euro Retail Payments Board	S.W.I.F.T.	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
ES	Expected Shortfall	SEE	Südosteuropa (Southeastern Europe)
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus (European Stability Mechanism)	SEPA	einheitlicher Euro-Zahlungsverkehrsraum (Single Euro Payments Area)
ESRB	Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board)	SIs	bedeutende Banken (Significant Institutions)
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	SMP	Programm für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme)
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken	SRB	Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (Single Resolution Board)
ESZB/EZB-Satzung	Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank	SRF	Einheitlicher Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund)
EU	Europäische Union	SRM	Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism)
EURIBOR	Euro InterBank Offered Rate	SSM	Einheitlicher Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism)
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum	SZR	Sonderziehungsrechte
EZB	Europäischen Zentralbank	T2S	TARGET2-Securities
Fed	Federal Reserve System	TAN	Transaktionsnummer
FIMBAG	Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes	TARGET	Transeuropäisches Automatisiertes Echtzeit-Brutto-Express-Überweisungssystem (Trans-European Automated Real-time Gross settlement Express Transfer system)
		TLTROs	gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (Targeted Longer-Term Refinancing Operations)
		UGB	Unternehmensgesetzbuch
		ULG	Universitätslehrgang
		VaR	Value at Risk
		WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
		WKM II	Wechselkursmechanismus II

Zeichenerklärung

- x = Eintragung kann aus sachlichen Gründen nicht gemacht werden
- .. = nicht verfügbar
- 0 = Zahlenwert ist null oder kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit

Für den Jahresabschluss:

- = Zahlenwert ist null
- 0 = Zahlenwert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
- n.a. = nicht anwendbar

Rundungen können Rechendifferenzen ergeben.

Periodische Publikationen

Nähere Informationen finden Sie unter www.oenb.at.

Geschäftsbericht (Nachhaltigkeitsbericht) Annual Report (Sustainability Report)

deutsch | jährlich
englisch | jährlich

Der Bericht informiert über die Geldpolitik des Eurosystems, die allgemeine Wirtschaftslage sowie die Rolle der OeNB bei der Gewährleistung von Preis- und Finanzmarktstabilität und gibt einen Überblick zu den wichtigsten Aktivitäten in den einzelnen Kerngeschäftsfeldern. Der Jahresabschluss der OeNB ist zentraler Bestandteil des Geschäftsberichts.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Oesterreichische-Nationalbank/Geschaeftsbericht.html>

Konjunktur aktuell

deutsch | 7-mal jährlich

Die Online-Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Konjunktur-aktuell.html>

Monetary Policy & the Economy

englisch | vierteljährlich

Die Publikation erläutert insbesondere die nationale Konjunkturentwicklung und präsentiert regelmäßig Prognosen der OeNB zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Österreichs. Sie enthält zentralbankrelevante wirtschaftspolitische Analysen und Studien und resümiert Befunde volkswirtschaftlicher Workshops und Konferenzen der OeNB.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Monetary-Policy-and-the-Economy.html>

Fakten zu Österreich und seinen Banken Facts on Austria and Its Banks

deutsch | halbjährlich
englisch | halbjährlich

Die Online-Publikation gibt einen kompakten Überblick über real- und finanzwirtschaftliche Entwicklungen in Österreich und stellt diese in den internationalen Kontext. Sie enthält Strukturdaten und Indikatoren zur österreichischen Realwirtschaft und des Bankensektors.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Fakten-zu-Oesterreich-und-seinen-Banken.html>

Financial Stability Report

englisch | halbjährlich

Der Berichtsteil enthält Analysen und Einschätzungen der OeNB zur Stabilität des österreichischen Finanzsystems und zu finanzmarktstabilitätsrelevanten Entwicklungen in Österreich und im internationalen Umfeld. Im Schwerpunktteil folgen Analysen und Studien, die im Zusammenhang mit der Stabilität der Finanzmärkte stehen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Finanzmarktstabilitaetsbericht.html>

Focus on European Economic Integration

englisch | vierteljährlich

Die Publikation konzentriert sich auf die Region Zentral-, Ost- und Südosteuropa und bringt Konjunkturberichte, Prognosen und analytische Studien zu makroökonomischen und makrofinanziellen Themen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Focus-on-European-Economic-Integration.html>

Statistiken – Daten & Analysen

deutsch | vierteljährlich

Die Publikation enthält Analysen zu österreichischen Finanzinstitutionen sowie zu Finanzströmen und zur Außenwirtschaft sowie eine englischsprachige Kurzfassung. 14 Tabellen informieren über finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Indikatoren. Diese sind auch auf der OeNB-Website abrufbar.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken---Daten-und-Analysen.html>

Statistiken – Daten & Analysen: Sonderhefte Statistiken – Daten & Analysen: Special Issues

deutsch | unregelmäßig
englisch | unregelmäßig

Die unregelmäßig erscheinenden Sonderhefte der Serie „Statistiken – Daten & Analysen“ berichten ausführlich über spezielle statistische Themen (z. B. Sektorale VGR, Direktinvestitionen und Dienstleistungshandel).

<http://www.oenb.at/Publikationen/Statistik/Statistiken-Sonderhefte.html>

Research Update

englisch | vierteljährlich

Der Online-Newsletter präsentiert einem internationalen Adressatenkreis ausgewählte Ergebnisse der Forschung und Tätigkeit der Hauptabteilung Volkswirtschaft der OeNB. Er informiert über aktuelle Publikationen, Forschungsschwerpunkte, Veranstaltungen, Konferenzen, Vorträge und Workshops. Anmeldung für den Newsletter unter:

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Research-Update.html>

CESEE Research Update

englisch | vierteljährlich

Dieser Online-Newsletter informiert speziell über Forschungsschwerpunkte sowie Publikationen, Veranstaltungen und Termine mit dem regionalen Fokus auf Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Anmeldung für den Newsletter unter:

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/CESEE-Research-Update.html>

Workshops – Proceedings of OeNB Workshops

deutsch, englisch | unregelmäßig

Die Bände dokumentieren seit 2004 Beiträge von Workshops, die von der OeNB mit österreichischen und internationalen Experten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien zu geld- und wirtschaftspolitisch relevanten Themen abgehalten wurden.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Workshopbaende.html>

Working Papers

englisch | unregelmäßig

Diese Publikationsreihe (nur online verfügbar) dient der Diskussion und Verbreitung von wirtschaftswissenschaftlichen Studien und Forschungsergebnissen. Die Beiträge werden einem internationalen Begutachtungsverfahren unterzogen.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Working-Papers.html>

Konferenzband zur Volkswirtschaftlichen Tagung

englisch | jährlich

Die jährlich stattfindende Volkswirtschaftliche Tagung der OeNB stellt eine Plattform für den internationalen Meinungsaustausch über währungs-, wirtschafts- und finanzmarktpolitische Fragen von Zentralbanken, wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern, Finanzmarktakteuren und Vertretern der universitären Forschung dar. Der Konferenzband dokumentiert alle Beiträge.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Volkswirtschaftliche-Tagung.html>

Konferenzband zur Conference on European Economic Integration

englisch | jährlich

Im Zentrum der jährlich stattfindenden CEEI-Konferenz der OeNB stehen aktuelle zentralbankrelevante Fragen im Zusammenhang mit Zentral-, Ost- und Südosteuropa und dem europäischen EU-Erweiterungs- und Integrationsprozess.

<http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Conference-on-European-Economic-Integration-CEEI.html>

Der Band erscheint seit der Konferenz 2001 jährlich im Verlag Edward Elgar, Cheltenham, UK, Northampton, MA.

<http://www.e-elgar.com/>

Bankenaufsichtliche Publikationen

deutsch, englisch | unregelmäßig

<http://www.oenb.at/Publikationen/Finanzmarkt/Bankenaufsichtliche-Publikationen.html>

Sie können aktuelle Veröffentlichungen direkt herunterladen oder kostenfrei bestellen.

Nähere Informationen finden Sie unter www.oenb.at

Adressen

	<i>Postanschrift</i>	<i>Telefon/Fax/E-Mail</i>
Hauptanstalt Otto-Wagner-Platz 3 1090 Wien <i>Internet: www.oenb.at</i>	Postfach 61 1011 Wien	Tel.: (+43-1) 404 20-6666 Fax: (+43-1) 404 20-04-2399 <i>E-Mail: oenb.info@oenb.at</i>
Zweiganstalten		
Zweiganstalt Österreich Nord Coulinstraße 28 4020 Linz	Postfach 346 4021 Linz	Tel.: (+43-732) 65 26 11-0 Fax: (+43-732) 65 26 11-04-6399 <i>E-Mail: regionnord@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich Süd Brockmanngasse 84 8010 Graz	Postfach 8 8018 Graz	Tel.: (+43-316) 81 81 81-0 Fax: (+43-316) 81 81 81-04-6799 <i>E-Mail: regionsued@oenb.at</i>
Zweiganstalt Österreich West Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Adamgasse 2 6020 Innsbruck	Tel.: (+43-512) 908 100-0 Fax: (+43-512) 908 100-04-6599 <i>E-Mail: regionwest@oenb.at</i>
Repräsentanzen		
Repräsentanz New York Oesterreichische Nationalbank 450 Park Avenue, Suite 1202 New York, N. Y. 10022, USA		Tel.: (+1-212) 888-2334 Fax: (+1-212) 888-2515
Repräsentanz Brüssel Oesterreichische Nationalbank Ständige Vertretung Österreichs bei der EU Avenue de Cortenbergh 30 1040 Brüssel, Belgien		Tel.: (+32-2) 285 48-41, 42, 43 Fax: (+32-2) 285 48-48

Der *Geschäftsbericht der OeNB* informiert über die Geldpolitik des Eurosystems, über Entwicklungen der Wirtschaft, der Finanzmärkte und des Zahlungsmittelbereichs. Ferner werden die Aufgaben und vielfältigen Dienstleistungen sowie die Rolle der OeNB im österreichischen und internationalen Umfeld erläutert. Der Jahresabschluss der OeNB und der Anhang zum Jahresabschluss sind integraler Bestandteil des Geschäftsberichts. Seit 2006 bildet der Geschäftsbericht zusammen mit der Wissensbilanz und der *Umwelterklärung* den *Nachhaltigkeitsbericht der OeNB*.

Medieninhaber und Herausgeber Oesterreichische Nationalbank, Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-04-6698

Koordinatoren Manfred Fluch, Maria Silgoner

Inhaltliche Gestaltung Markus Christandl, Jasna Cvijetic, Elisabeth Dutz, Gernot Ebner, Matthias Fuchs, Eleonora Kiemeyer, Angelika Knollmayer, Claudia Kwapil, Martin Much, Maria Oberleithner, Aleksandra Riedl, Josef Schreiner, Patrick Thienel, Klaus Vondra, Mara Vyborny, Tina Wittenberger, Katharina Wolner-Rößlhuber, Manfred Zipko

Redaktion Brigitte Alizadeh-Gruber, Alexander Dallinger

Grafische Gestaltung Abteilung Informationsmanagement und -services

Fotos Helmut Graf, Christian Kisling, Edith Laurent-Neuhauser, Robert Musil

Layout und Satz Franz Pertschi

Druck Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

DVR 0031577

ISSN 2310-9602 (Print)

ISSN 2311-0015 (Online)

© Oesterreichische Nationalbank, 2015. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht der OeNB wurde geprüft und entspricht dem aktuellen Leitfaden G3.1 der Global Reporting Initiative zur Nachhaltigkeitsberichterstattung. Quality Austria hat die Einstufung in die Anwendungsebene B bestätigt.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.

Bitte sammeln Sie Altpapier für das Recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024

